

Die Selbstfinanzierung in der Bundesrepublik und im Ausland

Beiträge

3

DES DEUTSCHEN INDUSTRIEINSTITUTS



WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

18. Jahrgang / Heft 9/10

September-Oktober 1963

Einzelpreis 50 Pf

INHALT:

Seite

Mit den Beschlüssen
des Parteitags ar-
beiten 2

Für ein gewerkschaft-
liches Kampfpro-
gramm 3

Zum 60. Jahrestag des
II. Parteitages der
SDAPR — Der Par-
teitag, der den Bol-
schewismus begrün-
dete 17

August Bebel und die
westdeutsche Arbei-
terklasse 22

Neue Kernwaffen-
pläne der westdeut-
schen Militaristen . . 26

Konjunkturflaute —
Rüstung — Maß-
halten 31

Zum Offenen Brief
des ZK der KPdSU
— Stellungnahme
des Politbüros
des ZK der KPD . . 36

Seminarplan zum Stu-
dium des Grund-
risses der Geschichte
der deutschen Ar-
beiterbewegung —
Von der Pariser
Kommune bis zum
Beginn des Imperia-
lismus 39

Buchbesprechung:

Zur zweiten Ausgabe
des Lehrbuches:
„Grundlagen des
Marxismus-Leni-
nismus“ 43

Mit den Beschlüssen des Parteitages arbeiten

Von MAX REIMANN

ERSTER SEKRETÄR DES ZK DER KPD

In allen Teilen der Bundesrepublik beschäftigen sich Leitungen und Parteiorganisationen mit der Auswertung des Parteitages 1963. Sie befassen sich mit der Programmatischen Erklärung und dem neuen Partei-
statut, mit dem Rechenschaftsbericht und den schöpferischen Diskussionsbeiträgen. Wie die Delegierten des Parteitages, sehen alle Kommunisten in der Teil-
nahme einer Delegation der Sozialistischen Einheits-
partei Deutschlands unter Leitung des Genossen Her-
mann Matern, einer Delegation der KPdSU unter Lei-
tung des Genossen Otto Kuusinen und von Delega-
tionen 16 anderer Bruderparteien eine große Anerken-
nung unseres bisherigen und einen starken Ansporn
für unseren weiteren Kampf.

Der Parteitag, der unter der Losung stattfand:
„Festigt die Kampfgemeinschaft KPD—SED — das
Unterpfand unseres Sieges“ wurde zu einer Manifesta-
tion der unmittelbaren Verbundenheit unserer Parteien
und der festen Gewißheit, daß sich auch die Arbeiter-
klasse und das werktätige Volk der Bundesrepublik
für die sozialistische Zukunft ganz Deutschlands, die
sich in der Deutschen Demokratischen Republik ver-
körpert, entscheiden wird. Die Überreichung des
Lenin-Kampfbanners des ZK der KPdSU wurde zu
einem Erlebnis, das weit über das Forum des Partei-
tages hinaus, in der Partei fortwirkt. Die alten wie
die jungen Kommunisten fühlen sich geehrt und ver-
pflichtet, der Verantwortung, die wir gegenüber un-
serem Volke und der internationalen kommunistischen
und Arbeiterbewegung tragen, noch besser gerecht zu
werden.

Der Parteitag 1963 ist erfolgreich verlaufen. Das
wissen unsere Genossen, das wissen unsere Bruder-
parteien. Das wissen inzwischen schon viele Gewerk-
schafter und Sozialdemokraten, parteilose und christ-
liche Arbeiter. Und davon mußten auch die herrschen-
den Kreise in der Bundesrepublik Kenntnis nehmen.
Der Parteitag wurde deshalb zu einem so großen Er-
folg, weil seine Vorbereitung zu einer Sache der
ganzen Partei geworden war. Parteiorganisationen und
Leitungen nahmen in mehr als 1 200 Abänderungs- und
Ergänzungsvorschlägen an der Erarbeitung unserer
Politik aktiv Anteil. Die Delegierten haben aus den
Erfahrungen großer Arbeiterkämpfe und Volksaktio-
nen wie dem Metallarbeiterstreik, den diesjährigen
Ostermärschen, den Bauernaktionen, den 1. Mai-Kund-
gebungen dargelegt, wie man eine richtige Ziel- und
Aufgabenstellung in der Praxis, in der Arbeit mit
den Massen verwirklicht.

Die erfolgreiche Vorbereitung und Durchführung des Parteitages gilt es jetzt mit einer erfolgreichen Auswertung zu krönen. Das wird der Fall sein, wenn wir, wie die Erarbeitung unserer Politik, jetzt auch deren Verwirklichung zur Sache aller Kommunisten, aller Parteiorganisationen und Leitungen, zur Sache der ganzen Partei machen.

I.

Der Parteitag der KPD 1963 hat mit der einmütigen Annahme der Programatischen Erklärung und der Zustimmung zum Rechenschaftsbericht die politische Linie für die nächste Kampfetappe festgelegt. Die unmittelbare Ziel- und Aufgabenstellung besteht darin, die Arbeiterklasse und alle Volkskräfte zu mobilisieren für den Kampf um Frieden und friedliche Koexistenz in der Welt und in Deutschland, für den Schutz der Verfassung und die Verteidigung der demokratischen Volksrechte, für soziale Sicherheit und die Erhöhung des Lebensstandards des werktätigen Volkes. Die Voraussetzung für jede ernsthafte Veränderung der politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik zugunsten des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts, ist die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, ist das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft und anderen Volksschichten, ist die Sammlung der friedliebenden, demokratischen Volkskräfte im Kampf gegen die aggressiven Kreise des westdeutschen Finanz- und Rüstungskapitals. Das erfordert eine weitere ideologisch-politische Festigung der Partei, die Gewinnung von neuen jungen Kräften, die Befähigung aller Kommunisten und Parteiorganisationen, die Aktionen der Massen für ihre Friedensforderungen, für ihre unmittelbaren demokratischen und sozialen Interessen zu leiten.

Bei der Ausarbeitung unserer politischen Linie ließen wir uns von der in den Dokumenten der Moskauer Beratungen festgelegten Generallinie der kommunistischen Weltbewegung, von den Ideen des Programms der KPdSU und des Programms der SED leiten. Die strategische und taktische Orientierung unserer Partei gründet sich auf eine wissenschaftliche Bestimmung der gegenwärtigen Etappe des Kampfes, auf die reale Einschätzung der ökonomischen und politischen Lage und Entwicklungsperspektiven in der Welt und in Deutschland, auf eine Analyse der Klassenkräfte und des Kräfteverhältnisses in der Bundesrepublik. Sie entspricht den Erfordernissen unserer Zeit und findet daher in der Partei die ungeteilte Unterstützung und in der westdeutschen Arbeiterklasse und Öffentlichkeit zunehmende Beachtung.

II.

Die Richtigkeit unserer Linie im Kampf um Frieden, Demokratie und soziale Sicherheit bestätigt sich in der Praxis, in der Entwicklung, in den politischen Ereignissen. Durch diese wird sie auch fortlaufend bereichert. Zu solchen Ereignissen gehörten der Freundschaftsbesuch N. S. Chruschtschows anlässlich des 70. Geburtstages von Walter Ulbricht, das Auftreten N. S. Chruschtschows auf einer sowjetisch-ungarischen Kundgebung sowie die Veröffentlichung des „Offenen Briefes des ZK der KPdSU an die Parteiorganisationen, an alle Kommunisten der Sowjetunion“.

Der sowjetische Ministerpräsident N. S. Chruschtschow unterbreitete auf der Kundgebung in der Berliner Werner-Seelenbinder-Halle neue Vorschläge für die Einstellung von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser, für den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten der NATO und den Staaten des Warschauer Vertrages. Auf der sowjetisch-ungarischen Freundschaftskundgebung in Moskau hat Genosse Chruschtschow über seine Berliner Initiative hinaus Maßnahmen in Vorschlag gebracht, deren Verwirklichung der Entspannung und der Sicherung eines dauerhaften Friedens dienen. Damit leitete er eine neue Friedensoffensive der Sowjetunion und der Länder des Sozialismus für Entspannung und Abrüstung ein. Zu gleicher Zeit schlug der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Genosse Walter Ulbricht, die Bildung von gesamtdeutschen Kommissionen vor. Er gab so dem Kampf für die Durchsetzung einer Politik der friedlichen Koexistenz in Deutschland, für die Verschärfung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten einen neuen Impuls.

Der „Offene Brief des ZK der KPdSU an die Parteiorganisationen, an alle Kommunisten der Sowjetunion“, dem das Politbüro des ZK der KPD in einer Erklärung*) vollinhaltlich zustimmte, ist durchdrungen von der Treue zum Marxismus-Leninismus, zu den Erklärungen der Moskauer Beratungen. In ihm wird erneut die Politik der friedlichen Koexistenz als die Generallinie der Außenpolitik der Sowjetunion bekräftigt. Dieses bedeutsame Dokument zeugt von der großen Friedensmission der Kommunisten. Es ist ein hervorragender Beitrag und eine bedeutsame Hilfe für die weitere

*) Siehe Wortlaut in dieser Nummer, S. 36—39

Entfaltung des Kampfes der Arbeiterklasse und der ganzen westdeutschen Bevölkerung gegen die aggressiven und revanchistischen Kräfte des deutschen Monopolkapitals, für Frieden und friedliche Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen, zwischen der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik und der monopolkapitalistischen Bundesrepublik. Im Offenen Brief des ZK der KPdSU wird erneut bekräftigt, was wir auch in unserer Programmatischen Erklärung feststellten: Die friedliche Koexistenz ist die einzig mögliche Alternative zu einem die Bundesrepublik, ihre Arbeiterklasse und Bevölkerung vernichtenden Atomkrieg.

Die neue Initiative der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik, insbesondere die erfolgreichen Ergebnisse der Moskauer Konferenz von Regierungsvertretern der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens über die Einstellung von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser sowie einen Nichtangriffspakt zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages haben die Unsicherheit der herrschenden Kreise in Bonn vertieft. Erste Schritte auf dem Wege der Entspannung der internationalen Lage machen die Krise der Bonner „Politik der Stärke“, die wir auf unserem Parteitag charakterisiert haben, noch deutlicher. Sie verschärfen zugleich die Widersprüche zwischen den Kräften im Regierungslager und in den Bonner Parteien, die die bankrotte Politik der Revanche und des kalten Krieges fortsetzen und den Kräften, die für eine realistischere Linie in der westdeutschen Außenpolitik eintreten. So entsteht eine Lage, die es den Friedenskräften und allen Anhängern einer Politik der Vernunft ermöglicht, erfolgreicher für die Änderung des Bonner Kurses zugunsten einer realistischen Politik des Friedens und der Verständigung zu kämpfen.

Die neuen Vorschläge N. S. Chruschtschows und Walter Ulbrichts vereinigen sich mit den Forderungen unserer Programmatischen Erklärung zu einem umfassenden Kampfprogramm zugunsten des Friedens, der friedlichen Koexistenz, der Verständigung und Abrüstung. Wie die Sowjetunion und die Länder des Sozialismus eine neue große Friedensoffensive eingeleitet haben, besteht unsere Aufgabe darin, auch in der Bundesrepublik die friedliebenden Kräfte im Kampf gegen die Bonner Revanche- und Rüstungspolitik in die Offensive zu bringen. Die Forderungen unseres Kampfprogramms wurzeln tief in den friedlichen Interessen der Masse der westdeutschen Bevölkerung. Sie sind eine geeignete Grundlage für die Mobilisierung der Massen, für die Entfaltung einer großen Aussprache mit dem Ziel, alle friedliebenden Kräfte in der gemeinsamen Aktion zu einigen.

III.

Die Aussprache über die Notwendigkeit der Veränderung der Politik und über den künftigen politischen Kurs der Bundesrepublik hat in breiten Kreisen der westdeutschen Bevölkerung begonnen. Sie hat ihre Ursachen erstens in der zunehmenden Erkenntnis, daß die Fortsetzung der bankrotten „Politik der Stärke“ der Bundesrepublik in eine bedrohliche Lage bringt; zweitens in den Wirkungen der Friedenspolitik der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik auf Westdeutschland und drittens in dem Auftreten von Friedenskräften aller Bevölkerungskreise verschiedener politischer und weltanschaulicher Bekenntnisse. Sie zeigt sich in der gewerkschaftlichen Diskussion über den Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms, in dem die Forderung nach einer eigenen Abrüstungsinitiative und Ablehnung der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr bekräftigt werden. Sie findet ihren Ausdruck in den zahlreichen Publikationen namhafter Publizisten, Journalisten und Politiker, die nach neuen Wegen für eine an den Realitäten orientierten westdeutschen Außenpolitik suchen. Es wird deutlich in den zahlreichen Zuschriften an bürgerliche Zeitungen, in denen sich die Leser gegen die sture Fortsetzung der „Politik der Stärke“ und gegen die zunehmende Gefahr des Revanchismus aussprechen. Das macht sich nicht zuletzt bemerkbar in dem öffentlich diskutierten Verlangen bestimmter Kreise der Bourgeoisie, eine Verbesserung der Handelsbeziehungen mit den Ländern des Ostens wünschen.

Das Neue der sich entwickelnden großen Aussprache besteht darin, daß das Bedürfnis und die Bereitschaft wachsen, über die Fragen von Krieg und Frieden, über die Perspektive der Bundesrepublik und ganz Deutschlands, mit den Kommunisten zu sprechen.

Was kann es daher Wichtigeres geben, als daß alle Kommunisten, alle Leitungen und Parteiorganisationen die beginnende Volksaussprache dadurch zu beeinflussen suchen, daß sie — gewappnet mit der Programmatischen Erklärung, den Vorschlägen N. S. Chruschtschows und Walter Ulbrichts — eine Vielzahl von Gesprächen mit Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, parteilosen und christlichen Arbeitern, Vertretern der Bauern und des Bürgertums, Persönlichkeiten des

geistigen und öffentlichen Lebens führen. Wenn diese Gespräche verbunden werden mit der Wahrnehmung aller Möglichkeiten, die friedliebenden demokratischen Kräfte in die Aktion zu führen, dann ist dies der wichtigste Schritt, auch in der Bundesrepublik zur Offensive zu kommen und auf den Verlauf der politischen Ergebnisse stärkeren Einfluß zu nehmen.

Der beschleunigten Fortsetzung der bankrotten „Politik der Stärke“, wie sie sich in dem Bestreben der Bonner Machthaber nach Verfügungsgewalt über Atomwaffen, in der Erhöhung des Rüstungsetats für das Jahr 1964 auf 22 Milliarden DM, in der Aufnahme der Serienproduktion von 3 000 neuen Panzern, in der Aufstellung einer sogenannten Zivilschutztruppe, in den Revancheekundgebungen zeigt, müssen die friedliebenden Kräfte ihre Friedensaktionen entgegensetzen. Was sie, gestützt auf die Deutsche Demokratische Republik und deren Friedenspolitik, zu erreichen vermögen, zeigt das Verbot des SS-Treffens in Hameln, zeigen die vielen Petitionen an die Moskauer Konferenz der drei Großmächte, zeigen die Atommahnwachen am 6. August und die Aktionen anläßlich des Antikriegstages am 1. September.

Den beschleunigten Versuchen der herrschenden Kreise in Bonn, die verfassungsmäßigen Rechte einzuschränken und die Notstandsgesetze im Herbst zur Beschlußfassung zu bringen, müssen die demokratischen Kräfte den Kampf für den Schutz und die Verteidigung der Verfassung entgegenstellen. Zur Verteidigung der demokratischen Rechte gehört das Eintreten für die Säuberung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens von den Verantwortlichen für die Verbrechen der Nazi-Diktatur. Ein solcher Verantwortlicher ist Globke, der vom Obersten Gericht der Deutschen Demokratischen Republik als Inspirator des Massenmordes entlarvt und zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wurde. Es muß jetzt die Aufgabe aller demokratischen Kräfte sein, durch die gemeinsame Aktion für die Entfernung dieses Massenmörders und die Sauberkeit des Staates aufzutreten. Zugleich gilt es in einer mächtigen Protestbewegung die Bonner Regierung zur Einstellung des Prozesses gegen die VVN zu zwingen. kommt es darauf an, für den Schutz aller Bürger vor Polizei- und Justizwillkür, für die freie Betätigung aller demokratischen Organisationen, für die Wiederherstellung der Legalität der KPD zu kämpfen.

Mit solchen, von den Volkskräften getragenen Aktionen läßt sich auch Einfluß nehmen auf den bevorstehenden Bundeskanzlerwechsel und auch auf die Bundestagswahlen 1965 zugunsten einer Politik, die den realen Kräfteverhältnissen, den Erfordernissen unserer Zeit, einer eigenen Abrüstungsinitiative, der Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten und der Sicherung der verfassungsmäßigen Volksrechte Rechnung trägt. In diesen unmittelbaren Aktionen, nicht aber in der Verströung auf die kommenden Bundestagswahlen liegt die Chance, in der Bundesrepublik eine andere Politik, eine Politik des Friedens und der Demokratie durchzusetzen. Es wäre irrtümlich zu glauben, daß sich sozusagen von selbst die Dinge in der Bundesrepublik dadurch zum Besseren wenden, wenn Adenauer durch Erhard abgelöst wird. Eine Regierung unter Erhard wird im Wesentlichen die bisherige Außen- und Innenpolitik der Adenauer-Regierung fortsetzen, wenn sie nicht durch eine Volksbewegung gezwungen wird, den politischen Kurs zu ändern. Wie die Adenauer-Regierung, so wird auch eine Regierung unter Erhard nur dann bereit sein, den Forderungen des Volkes entgegenzukommen, wenn diesen Forderungen durch die Aktionen der Volkskräfte Nachdruck verliehen wird.

Wie Adenauer ist auch Erhard ein Vertreter der großen Monopole. Während sein wirtschaftspolitischer und sozial-reaktionärer Kurs den großen Konzernen zu ungeheuren Gewinnen verhilft, fordert er von den Arbeitern und Werktätigen das „Maßhalten“. Mit seinen Beleidigungen und Diffamierungen erweist er sich als erklärter Gegner der Interessen der Arbeiterklasse und des gewerkschaftlichen Kampfes. Wenn er schon heute erklärt, daß er sich als künftiger Bundeskanzler mehr mit den innerpolitischen Fragen beschäftigen werde, so sollte jeder wissen, daß dies für die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften, für die Bauern und die werktätige Bevölkerung nur zusätzliche Belastungen und den weiteren Abbau des bereits erreichten Lebensstandards bedeuten wird. Eine Regierung unter Erhard wird nicht den sozial-reaktionären Druck auf die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften, auf die Bauern und die übrigen werktätigen Schichten vermindern, sondern vielmehr im Interesse der großen Monopole und des Wetttrübens den arbeitenden Menschen zusätzliche Lasten aufbürden und zugleich den Angriff auf die demokratischen Rechte und eine freie gewerkschaftliche Betätigung verschärfen.

Wer es ernst meint mit dem Wunsch, die SPD möge aus den kommenden Bundestagswahlen im Jahre 1965 als stärkste Partei, als Regierungspartei hervorgehen, der muß sich jetzt mit aller Entschiedenheit gegen die von Wehner, Brandt und Erler verfolgte „Gemeinsamkeitspolitik“ mit den deutschen Monopolherren und Militaristen und deren Adenauer- oder Erhard-Regierung wenden. Er muß für eine eigene, selbständige Alternative der SPD zur gescheiterten „Politik der Stärke“

eintreten. Die sozialdemokratischen Genossen und Gewerkschafter handeln richtig, die nicht abwarten, sondern die gegenwärtige Krise der Adenauer-Erhard-Politik zugunsten der Änderung des politischen Kurses in der Bundesrepublik nutzen. Die Arbeiterklasse und alle Volkskräfte gegen die Schaffung von weiteren Tatsachen der Militarisierung, der Einschränkung der verfassungsmäßigen Rechte und die sozialen Belastungen der Werktätigen für eine Initiative der Bundesrepublik zur Entspannung, Abrüstung und Verständigung zu mobilisieren — darauf kommt es an. Nur so werden günstige Voraussetzungen für eine Wahlniederlage der CDU/CSU geschaffen.

IV.

Zu den neuen Erscheinungen in der Bundesrepublik gehören die Entwicklungsprozesse in den Gewerkschaften. Die Gewerkschaften sind an einer Wegscheide angelangt. Zur Entscheidung steht die Frage: Wird es den deutschen Monopolherren und den „Gemeinschafts“-Politikern, wie Wehner, Brandt, Erler, Deist und Leber, gelingen, die Gewerkschaften an den Kurs des Monopolkapitals zu binden, sie gleichschalten und zu einem „Ordnungsfaktor“ dieses Staates zu machen oder werden die Gewerkschaften als Kampforganisationen der Arbeiterklasse, als bedeutende gesellschaftliche Kraft gestärkt und sich durch ihren konsequenten Kampf immer mehr Einfluß auf allen Gebieten des gesellschaftlichen, politischen und staatlichen Lebens verschaffen? **Der Kampf dieser beiden Linien ist in der stärksten Massenorganisation der westdeutschen Arbeiterklasse mit aller Schärfe entbrannt. Auf diese neue Lage müssen alle Kommunisten, muß die ganze Partei eingestellt werden; denn hier geht es um das Wichtigste für die nächste und künftige Entwicklung der Bundesrepublik: Es geht um die Rolle und Perspektive der westdeutschen Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften.**

Der Parteitag 1963 hat mit der Programmatischen Erklärung und dem Rechenschaftsbericht den Standpunkt und die Aufgaben der Kommunisten in den Gewerkschaften bestimmt und zugleich betont, daß die gewerkschaftliche Tätigkeit die beste Basis für die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten, christlichen und parteilosen Arbeitern im Interesse der Stärkung der Gewerkschaften und der Erhöhung ihres Einflusses ist. Unsere vom Parteitag gegebene ideologisch-politische Orientierung für die Entwicklung des gewerkschaftlichen Kampfes hat in einer Reihe von Stellungnahmen zum Entwurf des Grundsatzprogrammes des DGB eine weitere Bereicherung erfahren.

Der vorliegende neue Entwurf des Grundsatzprogramms des DGB ist, obwohl er in einigen seiner Feststellungen und Forderungen ein Kompromiß zwischen den Vertretern der beiden Linien darstellt, ein Fortschritt im Vergleich zum ersten Entwurf. Wir teilen daher die Meinung der Mehrheit der westdeutschen Gewerkschafter, daß der Entwurf eine Grundlage für die unumgängliche Diskussion über grundsätzliche Fragen und Forderungen der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung darstellt.

Unser positives Bekenntnis zu einer Reihe von Forderungen des Grundsatzprogrammes schließt ein unsere konstruktive und vorwärtsweisende Kritik in Auffassungen und Feststellungen, die weder den Interessen der Arbeiterklasse noch der Erhöhung des Einflusses der Gewerkschaften dienlich sind. Es ist Aufgabe aller Kommunisten in der gewerkschaftlichen Diskussion und an deren Entfaltung stärksten Anteil zu nehmen.

Die gewerkschaftliche Aktion für die Verhinderung der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr und die Wiederbelebung der Antiatombewegung, die Verhinderung der Notstandsgesetze durch den Einsatz aller gewerkschaftlichen Mittel, der Kampf gegen das „Sozialpaket“, die Mieterhöhungen und die Entwicklung einer aktiven Lohnpolitik ist jetzt das entscheidende geworden. Was kann es angesichts dieser Lage Wichtigeres geben, als in Auswertung unseres Parteitages die gewerkschaftliche Tätigkeit aller Kommunisten zu verstärken. Eine erfolgreiche Arbeit im Interesse der Gewerkschaften ist nur durch die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten gegeben. Das gemeinsame Gespräch, die gemeinsamen Aktionen, das gemeinsame Bemühen von Kommunisten und Sozialdemokraten für die Verwirklichung der gewerkschaftlichen Beschlüsse — das ist die Hauptlinie der Auswertung des Parteitages unter den Massen.

V.

Die Zeit nach dem Parteitag hat vollauf die Richtigkeit unserer Feststellung bestätigt, daß sich der Kampf der Bauern gegen die antinationale Bonner Agrar- und EWG-Politik für die Erhaltung ihrer bäuerlichen Wirtschaften verschärft und zuspitzt. Davon zeugen die bäuerlichen Bewegungen in allen Teilen der Bundesrepublik, vor allem in Norddeutschland und in Rheinland-Pfalz. In Rheinland-Pfalz sind die Bauern zu Selbsthilfeeaktionen übergegangen. Sie haben ihre Produkte in die Städte gebracht und verkauft sie unter Ausschaltung des monopolisierten

Großhandels direkt an die Verbraucher. Gleichzeitig haben sie eine neue Welle von Aktionen angekündigt.

Das Streben der westdeutschen Bauernschaft und ihrer Notgemeinschaften nach Durchführung von Aktionen zur Änderung der Bonner Agrar- und Wirtschaftspolitik hat dazu geführt, daß die Außerordentliche Delegiertenversammlung und das Präsidium des Bauernverbandes ein Agrar- und Sofortprogramm beschlossen hat: Herabsetzung der Unkosten durch Senkung der Preise für Industrieerzeugnisse, wie Düngemittel und Landmaschinen, und durch Herabsetzung der Zinsen für Kredite; Erhöhung der staatlichen Mittel und Steuererleichterungen. Die Monopolverherren und ihre Adenauer-Erhard-Regierung haben diese Forderungen abgelehnt. Sie erklärten, infolge der „schwierigen Finanzlage“ und dem „geringen Zuwachs der Steuereinnahmen“ sei die Erfüllung der Bauernforderungen nicht möglich. Die Bauern äußern darüber ihre berechnete Empörung und das umso mehr, als die Adenauer-Regierung gleichzeitig die Erhöhung des Rüstungs- etats für das kommende Jahr angekündigt hat.

Es bestätigt sich vollauf, was wir auf unserem Parteitag sagten: Die Lage in der Bundesrepublik ist jetzt so, daß die Arbeiter das Bündnis mit der Bauernschaft herstellen müssen, um ihre gemeinsamen Interessen im Kampf gegen die Monopole, für eine Politik des Friedens, der Demokratie, der wirtschaftlichen und sozialen Sicherheit durchzusetzen. Die Basis für dieses Bündnis hat sich seit unserem Parteitag noch bedeutend erweitert. Die Arbeiterklasse und die Bauernschaft sind die bedeutendsten Kräfte unseres Volkes.

Wir können heute feststellen, daß in dem Agrarprogramm des Bauernverbandes, in den Kampfprogrammen der Notgemeinschaften Forderungen enthalten sind, die denen unserer Parteitag sehr nahe kommen und daher unsere ganze Unterstützung finden. Die Übereinstimmung der bäuerlichen Forderungen mit denen unserer Partei, die Tatsache, daß sich die Kommunisten konsequent an die Seite der kämpfenden Bauern stellen, hat dazu geführt, daß die Bauern sich voll wachsenden Vertrauens an uns Kommunisten wenden. Sie erwarten von uns Antwort auf die sie bewegenden Fragen und eine Aufklärung über die Perspektiven der Entwicklung in der Bundesrepublik, insbesondere der westdeutschen Landwirtschaft. Hier ist unserer Partei eine große Verantwortung erwachsen. Unserer Partei, der marxistisch-leninistischen Kampfpartei, ist es aufgetragen, für die Herstellung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft zu wirken. Wir haben der Arbeiterklasse und der Bauernschaft zu erklären, was sich hinter den Versuchen der Monopole verbirgt, die Arbeiterklasse gegen die Bauernschaft und die Bauernschaft gegen die Arbeiterklasse aufzubringen. Wir haben den großen Gefahren entgegenzuwirken, die der bäuerlichen Bewegung von neofaschistischen Kräften droht, die die Kampfbereitschaft der Bauern irreleiten möchten.

Den Parteitag auswerten, die Massen mit den von ihm beschlossenen Aufgaben vertraut machen, heißt darauf hinwirken, daß die Arbeiterklasse die Sache der Bauern zu ihrer eigenen Sache macht. Unsere Aufgabe ist es, den Arbeitern, wie den Bauern zu erklären, daß die Bauern-Forderungen und die Forderungen der Arbeiter auf Kosten der Rüstungsgewinne der großen Monopole, des Rüstungsetats und im Ergebnis einer eigenen Abrüstungsinitiative der Bundesrepublik erfüllt werden können. Die Hilfe der Arbeiterklasse für die Bauernschaft bei der Durchführung von bäuerlichen Selbsthilfeaktionen ist ein wichtiger Beitrag, die große Bewegung der Bauernschaft weiterzuführen.

VI.

Der Parteitag 1963 hat deutlich gemacht, daß sich unsere Partei auch unter den Bedingungen des Verbots ideologisch-politisch und auch organisatorisch gefestigt, ihre Verbindungen zu den Massen erweitert hat. Die Wirksamkeit unserer Politik auf immer breitere Kreise der westdeutschen Arbeiterklasse und Bevölkerung, die erfolgreiche Arbeit vieler Kommunisten und Parteiorganisationen in Betrieben, in den Gewerkschaften und anderer gesellschaftlicher Organisationen, in den Aktionen der Arbeiterklasse und anderer Volkskräfte haben die reaktionäre westdeutsche Presse gezwungen, dem Kampf und der Entwicklung unserer Partei mehr Beachtung zu schenken. Mit ihren Mitteilungen, Kommentaren und Artikeln über unseren Parteitag haben sie ungewollt bestätigt, daß die Kommunistische Partei eine gesellschaftliche und politische Kraft ist, deren erfolgreiche Tätigkeit nicht übersehen werden kann und für die weitere Entwicklung der Bundesrepublik in Rechnung gestellt werden muß.

Die Zeit, da auch der Kampf für die Wiederherstellung der Legalität in eine neue Phase tritt, ist gekommen. Die Arbeiterklasse, die Bauern und Vertreter der anderen Volksschichten können sich überzeugen, daß die Kommunisten die konsequentesten Kämpfer für die Sicherung des Friedens und den Schutz der Verfassung,

für die schrittweise Annäherung beider deutscher Staaten sind. Sie können sich davon überzeugen, daß die KPD in der Weltgemeinschaft von mehr als 80 kommunistischen und Arbeiterparteien, die in ihren Reihen mehr als 40 Millionen Mitglieder vereinigen, eine geachtete Stellung einnimmt und eine bedeutende Kraft darstellt. In der Vorhut der weltumspannenden Gemeinschaft der kommunistischen und Arbeiterparteien kämpft die Kommunistische Partei der Sowjetunion, die Partei Lenins, mit der wir in untrennbarer Freundschaft verbunden sind und unter deren Führung das Sowjetvolk den Kommunismus aufbaut, der ganzen Menschheit den Weg in eine Welt des Friedens, der Freiheit, der Gleichheit, der Brüderlichkeit und des sozialen Wohlstands weist.

Gewerkschafter und sozialdemokratische Genossen spüren, daß die Kommunisten in der Vertretung der Arbeiterinteressen im Betrieb, im gesamten gesellschaftlichen und politischen Leben in der vordersten Reihe stehen. Das hat zu Folge, daß das Vertrauen zu unserer Partei und zugleich die Bereitschaft wächst, den Kampf für die Wiederherstellung unserer Legalität zu fördern und auch zu unterstützen.

Der Erfolg unseres Bemühens um die Wiederherstellung der Legalität der Partei hängt entscheidend von der Aktivität aller Genossen, von dem legalen Wirken aller Kommunisten für die Verwirklichung der von unserem Parteitag in der Programmatischen Erklärung und im Rechenschaftsbericht dargelegten Politik ab. Die Verwirklichung dieser Politik erfordert geradezu, daß die Partei und ihre Organisationen noch stärker unter den Massen, unter der Arbeiterklasse im Betrieb, in den Gewerkschaften wirksam wird. Das erfordert, die Partei auf der Grundlage des neuen Statuts ideologisch-politisch und auch organisatorisch so zu stärken und zu mobilisieren, daß alle Mitglieder und Funktionäre im kollektiven Parteileben erfaßt und befähigt werden, die Arbeiter in den Betrieben, die Kollegen in den Gewerkschaften, die Bauern auf dem Lande nicht nur über unsere Politik aufzuklären, sondern sie auch für deren Verwirklichung in die Aktion zu führen. Parteiorganisationen im Ruhrgebiet, an der Wasserkante und in Hessen können bereits beachtliche Erfolge in der Auswertung des Parteitags aufweisen. Mit einer zielstrebigsten und geplanten Arbeit setzten sie die Beschlüsse des Parteitags durch Selbstverpflichtungen und Erteilung von Parteaufträgen konkret ins Leben um. Sie werden sich nunmehr laufend mit der Kontrolle gefaßter Beschlüsse zu beschäftigen haben, um ihre Verwirklichung vollauf zu sichern.

Das Parteiaufgebot im Jahre 1962 wurde zu einem bedeutsamen Erfolg. Die neu aufgenommenen Mitglieder fest in den Parteiorganisationen zusammenzuschließen, sie mit unserer Politik und den grundlegenden Kenntnissen unserer marxistisch-leninistischen Lehre vertraut zu machen, ihnen zu helfen, ihre Verbindungen zu den Werktätigen auszubauen ist eine Aufgabe, deren Lösung unserer Partei einen neuen Aufschwung gibt.

Während des Parteitags sprach ich mit vielen jungen Genossen, auch solchen, die erst unter den Bedingungen der Illegalität Mitglieder der Partei wurden. Sie erzählten mit Begeisterung, wie sie den Weg zur Partei fanden, sprachen aber auch mit Sorge darüber, daß ihnen oft wenig Verständnis und Förderung seitens der älteren Genossen entgegengebracht wird. Ich möchte mich deshalb besonders an die älteren Genossen wenden, die durch ihre unerschütterliche Treue zur Sache der Partei und ihre reichen Kampferfahrungen berufen sind, gerade den jüngeren, den neu aufgenommenen Genossen jede Hilfe und Unterstützung zu geben. Es kann für einen älteren Genossen nichts Schöneres geben, als zu sehen, wie sich junge Menschen unserer Gemeinschaft anschließen, sich für unsere marxistisch-leninistische Lehre interessieren und mit ihrer jugendlichen Energie und Begeisterung an der Verwirklichung unserer Aufgaben mitwirken wollen. Man sollte daher mit allen Vorbehalten gegenüber jüngeren Genossen Schluß machen und stattdessen die jungen Genossen fördern, ihnen die Erfahrungen der Kämpfe unserer Partei vermitteln, sie zu aktiven Taten ermuntern und sie fest in die kollektive Gemeinschaft einbeziehen.

Die erfolgreiche Verwirklichung des Parteiaufgebots und vor allem der Verlauf des Parteitages, auf dem zahlreiche junge Genossen aufgetreten sind, haben gezeigt, welche gewaltigen Möglichkeiten unsere Partei in der Gewinnung von neuen Mitgliedern aus den Reihen der jungen Arbeiter hat. Diese Möglichkeiten gilt es jetzt durch die organisierte, gezielte Mitgliederwerbung wahrzunehmen. Es ist erfreulich und begrüßenswert, wenn einige Parteigruppen die Initiative ergriffen und sich verpflichtet haben, aus Anlaß des 45. Jahrestages der Gründung der KPD neue Mitglieder zu werben. Diese Initiative ist ein hervorragender Beitrag zur Vorbereitung und würdigen Begehung dieses bedeutsamen Tages. Wir empfehlen, daß in den kommenden Wochen weitere Grundeinheiten und Parteileitungen diesem Beispiel folgen. Das Zentralkomitee wird ihnen dabei jede Unterstützung geben und alles tun, ihre Eigeninitiative zu fördern und auf die ganze Partei zu übertragen.

Für ein gewerkschaftliches Kampfprogramm

von JOSEF LEDWOHN

Der Entwurf für ein Grundsatzprogramm des DGB, der jetzt in der Arbeiterschaft diskutiert wird, ist das vorläufige Ergebnis einer längeren Auseinandersetzung in den Gewerkschaften.

Dabei geht es um Grundfragen der Arbeiterbewegung, um die Rolle der Arbeiterklasse in dem staatsmonopolistischen System der Bundesrepublik, um die Aufgaben der Gewerkschaften zur Wahrung der Interessen der Werktätigen, um die Rettung des Friedens, die Durchsetzung einer demokratischen Ordnung, den sozialen und kulturellen Fortschritt. Es geht aber auch um gesamtdeutsche Fragen, um die Aktionseinheit der ganzen deutschen Arbeiterklasse, die Beziehungen der Arbeiterorganisationen der beiden deutschen Staaten, den Kampf der ganzen deutschen Arbeiterklasse für eine friedliche, demokratische und sozialistische Zukunft der deutschen Nation.

Jetzt kommt es in den Gewerkschaften darauf an, die demokratischen Aufgaben der Arbeiterklasse zu formulieren, die auf diesem Weg in die Zukunft als politische Notwendigkeit auf der Tagesordnung stehen. Dazu heißt es in der „Programmatischen Erklärung“ unseres Parteitages:

„Heute machen es die Lebensinteressen der Arbeiterklasse und der ganzen Bevölkerung der Bundesrepublik zur ersten und dringendsten Aufgabe, den Frieden zu retten, die friedliche Koexistenz und die Verständigung der beiden deutschen Staaten zu erkämpfen, die demokratischen Volksrechte zu verteidigen. Im Ringen um diese Ziele werden sich die Klassenkämpfe und das Klassenbewußtsein der Arbeiter weiter entwickeln, wird das Bündnis der antimonopolistischen Kräfte erstarken, werden die Werktätigen ihren Einfluß auf das gesamte politische und gesellschaftliche Leben erweitern.“)

I.

Der Kampf in den Gewerkschaften um ein Grundsatzprogramm wird vor dem Hintergrund der beschleunigten atomaren Kriegsvorbereitung, der wachsenden Unsicherheit der wirtschaftlichen Entwicklung, scharfer Angriffe auf die soziale Lebenslage der Werktätigen und die demokratischen Rechte des Volkes geführt. Andererseits steht das Ringen um Grundfragen der Arbeiterbewegung im Zeichen des wachsenden Willens der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften, die volksfeindliche und antisoziale Politik aufzuhalten und die wichtigsten eigenen Forderungen durchzusetzen.

In diesem sich entwickelnden Kampf wird der ideologisch-politische Klärungsprozeß in der Arbeiterklasse beschleunigt. Eine wichtige Ursache für diese Beschleunigung ist die unaufhaltsame Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt und in Deutschland zugunsten des Sozialismus. Das bringt viele noch schwankende Funktionäre in der Arbeiterbewegung dazu, die Lage klarer und realer einzuschätzen.

Für das weitere Ringen um das Grundsatzprogramm des DGB, das ein wirkliches Kampfprogramm für die Werktätigen in der Bundesrepublik werden muß, ist es wichtig zu beachten, daß die Monopolherren und ihre Regierung versuchen und weiter versuchen, den Gewerkschaften mit Hilfe solcher rechter Führer der SPD wie Wehner, Deist, Leber die Politik des Godesberger Programms aufzudrängen, um die Gewerkschaften für die offene Unterstützung der NATO-Politik zu gewinnen und diese Organisationen der Arbeiterklasse zu „Ordnungsfaktoren“ der staatsmonopolistischen Gesellschaftsordnung zu degradieren.

Auf dem 6. DGB-Kongreß haben diese gewerkschaftsfeindlichen Kräfte eine Niederlage erhalten. Das Politbüro des Zentralkomitees unserer Partei schätzte die Ergebnisse dieses Kongresses wie folgt ein:

„Auf dem 6. DGB-Kongreß setzten sich — in scharfer Auseinandersetzung mit den Anhängern der Politik der Unterwerfung der Gewerkschaften unter die Interessen des Monopolkapitals und des Militarismus — die Kräfte in den westdeutschen Gewerkschaften durch, die in vielen Fragen einen gewerkschaftspolitischen Standpunkt einnehmen, der bereits wichtige Züge der Herausbildung einer unabhängigen Arbeiter- und Gewerkschaftspolitik beinhaltet. Das ist eine Politik des gewerkschaftlichen Eintretens für die Sicherung des Friedens — gegen

die Atomrüstung, für die Erringung demokratischer Verhältnisse und größerer sozialer Gerechtigkeit — gegen Notstandsdictatur und sozialen Abbau, für die Sicherung der Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung.“^{*)}

Diese in Hannover beschlußmäßig festgelegte Politik der Gewerkschaften bringt den Willen der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder zum Ausdruck und stützt sich u. a. auf starke Positionen in solchen Industriegewerkschaften wie IG Metall, IG Chemie, Papier, Keramik, ÖTV. Gewerkschaftsführer mit großer Autorität bei den Arbeitern in Westdeutschland, wie Brenner, Gefeller, Kummernuß, Küpper sind bekannte Wortführer jener Kräfte, die für eine unabhängige, an den Klasseninteressen der Arbeiter orientierte Gewerkschaftspolitik eintreten. Diese Kräfte, Millionen Mitglieder des DGB und ihre Führer verlangen demokratische und soziale Reformen in der Bundesrepublik. Von dieser Position her nehmen sie und ihre Wortführer in zahlreichen sozialen und politischen Fragen eine antimonopolistische Haltung ein, wobei die meisten der Wortführer prinzipiell auf dem Boden der kapitalistischen Ordnung stehen bleiben. Das erklärt, warum es auch bei den für einen fortschrittlichen Kurs eintretenden Kräften im DGB und den Industriegewerkschaften viele Illusionen und antikommunistisches Auftreten gibt. Diese ideologischen und politischen Schwächen zeigen, wie notwendig es ist, in den Gewerkschaften kameradschaftlich alle historischen und aktuellen Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung im ganzen und die speziellen Erfahrungen der politischen Entwicklung der Bundesrepublik zu diskutieren, um den Klärungsprozeß weiter zu fördern, den Kampf der Arbeiter bewußter und zielstrebtiger zu gestalten.

II.

Die direkten Gegenspieler dieser fortschrittlichen Kräfte in den Gewerkschaften sind die jetzt in der SPD-Führung bestimmende Gruppe und solche Gewerkschaftsführer wie Leber, der offensichtlich die Aufgabe übernommen hat, eine Gegenplattform zur beschlossenen Politik des DGB und auch zum vorliegenden Entwurf des Grundsatzprogramms des DGB zu vertreten und in den Gewerkschaften durchzusetzen. Auf dem Verbandstag der IG Bau, Steine, Erden wurde eine solche Gegenplattform im Referat Lebers dargelegt und leider auch vom Verbandstag bestätigt.

Damit sind die zwei Linien der Gewerkschaftspolitik innerhalb des DGB für jedermann deutlich sichtbar und wird noch klarer, daß die der Gewerkschaftsbewegung drohenden Gefahren, in ein Anhängsel der Regierungspolitik verwandelt zu werden, nach wie vor groß sind. Es bedarf der ganzen Aktivität aller Kommunisten, Sozialdemokraten, aller demokratisch gesinnten Gewerkschaftsmitglieder, um die Unabhängigkeit einer kämpferischen Gewerkschaft sowohl gegen die Monopolgewaltigen mit ihren Notstandsgesetzen wie auch gegen die Verfälscher der Gewerkschaftspolitik in den eigenen Reihen zu wahren.

Wenn es Leber auch gelang, auf dem Verbandstag in Westberlin die Zustimmung der Delegierten zu seiner Anti-DGB-Plattform zu erreichen, so ist er doch in der Hauptsache der Wortführer von Kräften außerhalb der Arbeiterklasse und außerhalb der Gewerkschaften. Es ist kein Zufall, daß Leber in Westberlin von Lemmer, Wehner bis zu Kennedy politische Hilfestellung bekam und das Lob für Lebers „neuen Stil“ in der reaktionären Presse in der Bundesrepublik allgemein ist. Das Gefährlichste an der Lage ist aber, daß die Anti-DGB-Plattform Lebers die aktive Unterstützung der Führer der SPD hat, die den Apparat der SPD beherrschen und alles tun, um ihre Linie der Gemeinsamkeit mit der CDU-Regierung in den Gewerkschaften durchzusetzen. Auch in der Spitze des DGB, z. B. beim 1. Vorsitzenden Rosenberg, sind nicht nur Sympathien für die Anti-DGB-Plattform der IG Bau, Steine, Erden vorhanden, sondern die Tendenz, diese Linie in den DGB hineinzutragen.

Im Ringen um ein den Interessen aller Werktätigen entsprechendes Grundsatzprogramm des DGB sollten alle Gewerkschafter die Hauptkritik gegen die Plattform Lebers richten und dabei die positiven Seiten des vorliegenden Entwurfs hervorheben und begründen. Je gründlicher die Kritik an den „Leberschen Ideen“ ist, umso deutlicher treten auch die Schwächen hervor, die dem Entwurf des Grundsatzprogramms anhaften und noch überwunden werden sollten.

Um welche Fragen geht es dabei? Im Entwurf für das Grundsatzprogramm des DGB heißt es zur Einschätzung der Lage der Arbeiter in der Bundesrepublik:

^{*)} siehe auch „Wissen und Tat“, Nr. 1/2 1963: „Der DGB-Kongreß und die Verantwortung der Gewerkschaften für soziale Sicherheit, Demokratie und Frieden“.

„Aber die Ungerechtigkeit der Einkommens- und Vermögensverteilung, die Abhängigkeit vom wirtschaftlichen Marktgeschehen und von privater Wirtschaftsmacht sind noch nicht überwunden. Die Entwicklung in der Bundesrepublik hat zu einer Wiederherstellung alter Besitz- und Machtverhältnisse geführt. Die Großunternehmen sind erstarkt, die Konzentration des Kapitals schreitet ständig fort. Die Kleinunternehmen werden zurückgedrängt oder den Großunternehmen wirtschaftlich untergeordnet. Die Arbeitnehmer, d. h. die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, sind nach wie vor von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen. Ihre Arbeitskraft ist auch heute noch ihre einzige Einkommensquelle.“³⁾

Diese Feststellungen gehören mit zu den wichtigsten Kernsätzen des Entwurfs und erfordern mit zwingender Logik eine gegen die Monopole gerichtete Klassenpolitik der Gewerkschaften. Im Referat Lebers heißt es dagegen:

„Diese Entwicklung in den letzten hundert Jahren war eine ununterbrochene und permanente soziale Revolution. Es war nicht nur eine permanente, sondern es war eine erfolgreiche Revolution. Sie veränderte nicht nur die materielle Lage des Arbeitnehmers, sondern auch seine Stellung und seine Rolle in der Gesellschaft.“⁴⁾

Das Resultat des Kampfes der Arbeiterklasse seit 100 Jahren gipfelt in den sozialistischen Revolutionen und dem Sieg des Sozialismus in Rußland, in weiteren Ländern Europas und Asiens! In Deutschland hat die sozialistische Revolution in der DDR gesiegt, nachdem die Konterrevolution 1918 und 1933 siegte und in der Bundesrepublik die reaktionären monopolkapitalistischen Kräfte sogar ein drittes Mal ihre Macht wieder aufrichten konnten. Die tatsächlichen Revolutionen existieren für Leber nicht wie auch die Katastrophen der kapitalistischen Entwicklung in der Geschichte Deutschlands, die Krisen, Kriege, Inflationen, der faschistische Terror und der reaktionäre Ungeist einfach ausgelöscht werden. Leber deklariert weiter: daß „... die starren, für den Arbeiter geradezu unüberwindlichen Klassenschranken von einst nicht mehr existieren“; „damit hat sich die ursprüngliche Abhängigkeit auf ein Maß reduziert, das sich ähnlich auch in anderen Bereichen menschlichen Zusammenlebens vorfindet“; daß „... die aus Abhängigkeit und Besitzlosigkeit resultierende Unsicherheit weitgehend beseitigt wurde“; daß „... heute nicht wenige Arbeitnehmer zu persönlichem Eigentum gekommen sind“; daß „... heute ein Arbeitnehmer von Angehörigen anderer Schichten nicht mehr zu unterscheiden“ ist.

In der Plattform Lebers wird also die Existenz von Klassen in der Bundesrepublik bestritten. Die Erfahrungen der Arbeiter lehren aber in der Bundesrepublik herrscht ein erbitterter Klassenkampf, der rasch an Schärfe zunimmt. Der Arbeiter soll schon zu Eigentum gekommen, wohlhabend geworden sein und sich nicht von den herrschenden Multimillionären unterscheiden! Der Unsinn von der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Gleichheit der Arbeiter mit „anderen Schichten“ der Bevölkerung wird übrigens von Leber selbst an anderer Stelle seiner Ausführungen widerlegt, wo er von der Einkommens- und Vermögensverteilung spricht.

Vergleicht man, was im Entwurf des DGB zur Lage der Arbeiter gesagt ist mit den Phrasen Lebers, so zeigt sich, daß beides durch einen Abgrund getrennt ist. Im Entwurf des DGB kommt der Wille zur Änderung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse zum Ausdruck, während Leber die volle, restlose Anerkennung des staatsmonopolistischen Systems fordert. Das zeigt sich auch in der strikten Ablehnung Lebers, eine Überführung der großen Baukonzerne in Gemeineigentum zu fordern, wie das für „Schlüsselindustrien und andere markt- und wirtschaftsbedeutende Unternehmungen“ im Entwurf festgelegt ist.

III.

Voll einverstanden kann man sein mit der Forderung nach einer Politik des Friedens, wozu es im Entwurf heißt:

„Grundlage für den sozialen Fortschritt und die soziale Sicherheit in allen Teilen der Welt ist die Erhaltung des Friedens. Die Gewerkschaften fordern die Achtung aller Atomwaffen und aller sonstigen Massenvernichtungsmittel sowie die allgemeine und kontrollierte Abrüstung. Die Beseitigung von Hunger, Armut

³⁾ Grundsatzprogramm des DGB, Entwurf, S. 8

⁴⁾ Grundsatzreferat „Unser Weg“ auf dem Verbandstag der IG Bau, Steine, Erden in Westberlin

und Unterdrückung in allen Teilen der Welt ist eine wichtige Bedingung für eine stabile Friedensordnung.“³⁾

Unermüdlich müssen wir Kommunisten in den Gewerkschaften mit den Sozialdemokraten und Christen um Klarheit für eine Politik des Friedens zwischen beiden deutschen Staaten ringen, damit die Gewerkschaften sich für sachliche Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR, für einen Friedensvertrag und schließlich eine Konföderation als Weg zur Wiedervereinigung einsetzen.

Was aber hat Leber zu diesen Fragen zu sagen? In dem sogenannten Grundsatzreferat „Unser Weg“ kommt das Wort „Frieden“ nicht einmal vor. Dagegen sagt Leber: „Wenn sie (die Regierung — d. V.) es beispielsweise für notwendig hält, für die Rüstung mehr Geld auszugeben, dann erwarten wir von ihr, daß sie sich vor die Arbeiterschaft stellt und in aller Offenheit erklärt, warum solche Rüstungsausgaben notwendig sind.“ Das ist alles. Die Regierung soll also ihre antikommunistische Propaganda für die Kriegsrüstungen noch verstärken. Davon haben die Arbeiter aber schon genug gehört. Nach Leber sollen die Gewerkschaften in der Sache des Friedens, wo es um das Leben unseres ganzen Volkes geht, einfach abdanken, haben sie hier keine Aufgabe. Eine solche Preisgabe eindeutiger Grundsätze des DGB muß energisch bekämpft werden.

IV.

Das Verhältnis der Gewerkschaften zum Staat wird auch im Entwurf des DGB völlig mißverständlich und unklar behandelt:

„Die Gewerkschaften sind aufgerufen, am stetigen Ausbau des sozialen Rechtsstaates und an der Gestaltung der demokratischen Gesellschaft mitzuwirken. Damit werden die Gewerkschaften zum entscheidenden Integrationsfaktor der Demokratie und wichtigen Partner der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Willensbildung.“⁴⁾

Daraus kann man entnehmen, was man will. Einerseits wird der Eindruck erweckt, die Bundesrepublik sei bereits ein „sozialer Rechtsstaat“ und eine „demokratische Gesellschaft“ und andererseits wird dieser „soziale Rechtsstaat“ und die „demokratische Gesellschaft“ als Forderung, als Aufgabe der Gewerkschaften formuliert.

Wir verstehen, daß diese Formulierungen ein Kompromiß darstellen zwischen den progressiven Kräften und der Gruppe, die auf dem Boden des Godesberger Programms der SPD steht. Das gilt besonders für die Feststellung, die Gewerkschaften sollen zum „entscheidenden Integrationsfaktor der Demokratie“ werden. Das ist doch ein direktes Zugeständnis an die Leber-These, die Gewerkschaften müßten „Ordnungsfaktoren“ in der Bundesrepublik sein. Wer soll sich etwas Vernünftiges unter dem Begriff „Integrationsfaktor der Demokratie“ vorstellen? Die Gewerkschaften haben die Verpflichtung, ihre ganze Kraft zum Schutz der demokratischen Rechte, wie sie im Grundgesetz festgelegt sind, einzusetzen und dafür zu kämpfen, daß auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens die Gewerkschaften als größte demokratische Kraft Einfluß bekommen.

Leber wiederholt über den Staat die alten, längst widerlegten Behauptungen der bürgerlichen Ideologen, „... daß in einer demokratischen Ordnung immer der die Macht im Staat ausübt, der über die Mehrheit verfügt, die aus einer freien Wahl hervorgegangen ist“. Nun, in der jüngsten Geschichte haben die Monopolherren schon vor den ersten Wahlen in Westdeutschland die wirtschaftliche und politische Macht erhalten, u. a. auch mit Hilfe der Besatzungsmächte aus USA, Großbritannien und Frankreich. Selbst von „Mehrheiten“ beschlossene Gesetze zur Verhinderung von wirtschaftlicher Machtkonzentration wie in Hessen der Art. 41 der Verfassung über Gemeineigentum und das Sozialisierungsgesetz von Nordrhein-Westfalen für den Bergbau wurden von der „Militärmacht“ aufgehoben. Es klappt ein tiefer Abgrund zwischen dem, was nach der Verfassung und nach dem Gesetz sein soll, und dem, was wirklich ist. Unter den Gewerkschaftern wächst die Erkenntnis, daß die großen Monopole mit ihrer wirtschaftlichen Macht auch den Staat beherrschen, d. h. die Politik der Regierung bestimmen, den Machtapparat des Staates, Verwaltung, Militär, Polizei rücksichtslos für die Durchsetzung ihrer eigenen Interessen einsetzen. Diese Tatsachen sind so augenscheinlich, daß sogar Leber sagen muß:

„Es ist auf der einen Seite der Machtanspruch und die tatsächliche Macht, die sich aus der Konzentration des Besitzes von Produktionsmitteln ergibt. Diese

³⁾ Grundsatzprogramm des DGB, Entwurf, S. 8

⁴⁾ Ebenda, S. 7

Konzentration von Macht kann zur Gefahr für den demokratischen Staat und damit auch für die Freiheit und die demokratischen Rechte der arbeitenden Bevölkerung werden. Wir wollen eine Demokratie, die auf dem Willen der Bürger und nicht auf die Einflüsse konzentrierten Kapitals gegründet ist.⁷⁾

Das richtige Verhältnis der Gewerkschaften zum Staat ist keine abstrakte Frage, sondern eine reale Frage des Kampfes der Arbeiter für demokratische Rechte und Demokratie auf allen Gebieten des Lebens in der Bundesrepublik.

Im Beschluß unseres Parteitages sind die aktuellen Aufgaben in diesem Kampf gezeigt und auch die Perspektive einer erfolgreichen demokratischen Volksbewegung dargelegt, in der die führende Kraft die Arbeiterklasse sein muß. Die KPD ruft auf zum Schutz des Grundgesetzes und der demokratischen Volksrechte. Sie fordert:

„Verhinderung jeglicher Notstandsgesetzgebung, Schutz der Tarifautonomie, des Koalitions- und Streikrechts, der Meinungs- und Pressefreiheit.

Säuberung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens von den Verantwortlichen für die Verbrechen der Nazidiktatur.

Sicherheit der Bürger vor Polizei- und Justizwillkür, Amnestie für die Opfer der politischen Gesinnungsjustiz, freie Betätigung aller demokratischen Organisationen.“⁸⁾

Die KPD gibt ihrer Überzeugung Ausdruck, daß der Kampf für die Demokratie zu einer friedlichen demokratischen Ordnung in der Bundesrepublik führen wird:

„Die KPD tritt dafür ein, daß in einer solchen neuen demokratischen Ordnung tiefgreifende soziale Umgestaltungen verwirklicht werden, um die großkapitalistischen Monopole an der Wurzel ihrer Macht zu treffen. Diese Ordnung wird die gesellschaftlichen Reformen durchführen die nach 1945 von der großen Mehrheit des Volkes gefordert wurden, die im Grundsatzprogramm der Gewerkschaften proklamiert und auch in einigen Länderverfassungen niedergelegt sind. Die großen Konzerne in der Industrie, im Bank- und Versicherungswesen werden nationalisiert und einer demokratischen Leitung und Kontrolle unterstellt. Entsprechend den Forderungen der Gewerkschaften wird den Arbeitern und Angestellten, ihren Betriebsräten und Gewerkschaften das volle Mitbestimmungsrecht in Betrieb und Wirtschaft gesichert.“⁹⁾

Mögen die Gewerkschafter prüfen, wie weit diese Forderungen der KPD übereinstimmen, mit dem, was sie sich vorstellen, wenn sie davon sprechen, die Bundesrepublik muß ein „demokratischer und sozialer Rechtsstaat“ sein.

V.

Eine weitere wichtige Frage, die grundsätzliche Bedeutung hat, ist das Verhältnis der Gewerkschafter zu den Unternehmern und die Rolle, die die Gewerkschaften in der Auseinandersetzung der Arbeiter mit den Monopolherren in allen sozialen Fragen einnehmen sollen. Im Entwurf des Grundsatzprogramms heißt es dazu: „Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften sind und bleiben unabhängig von Regierungen, Parteien, Konfessionen und Unternehmern. Sie bekräftigen ihre Entschlossenheit zur weltanschaulichen, religiösen und politischen Toleranz.“¹⁰⁾ Wenn auch die Bemerkung: „... Entschlossenheit zur ... politischen Toleranz“ nicht richtig ist und falsch ausgelegt werden kann, so ist damit doch prinzipiell die selbständige Rolle der Gewerkschaften als Interessenorganisation der Arbeiter anerkannt. Das aber kann nichts anderes bedeuten, als daß die Gewerkschaften ihre Aufgaben in eigener Zuständigkeit von den Klasseninteressen der Arbeiter ausgehend stellen. Damit ist der Politik der „Gemeinsamkeit“, wie sie Wehner mit der CDU und Leber mit den Baukonzernen anstreben, eine Absage erteilt. Nehmen wir ein Beispiel: Im Entwurf wird geschrieben: „Die aktive Lohn- und Gehaltspolitik ist auf eine gerechtere Verteilung des Sozialprodukts gerichtet.“ Die praktische Konsequenz dieses Grundsatzes für die Lohnpolitik ist die Auseinandersetzung, der Kampf der Arbeiter mit Hilfe ihrer Gewerkschaften, den Lohn auf Kosten der Riesenprofite der Monopole zu erhöhen. Der Streik der Metallarbeiter im Frühjahr dieses Jahres hat eindringlich gezeigt, daß eine Politik, wie sie im Entwurf vorgeschlagen ist, den härtesten organisierten Kampf der Arbeiter erfordert.

7) Leber „Unser Weg“, Grundsatzreferat

8) Programmatische Erklärung der KPD, Parteitag 1963, „Wissen und Tat“, Sondernummer Juni 1963, S. 13

9) Ebenda, S. 33

10) Entwurf des Grundsatzprogramms des DGB, S. 8, Präambel

Anders dagegen bei Leber. Bei ihm gibt es die primitive Theorie vom „Suppen-topf“ (Sozialprodukt), dessen Inhalt die „Arbeitnehmer“ sich gütlich nach einem Prinzip der „Gerechtigkeit und Ordnung“ mit den Unternehmern (Monopolen, z. B. Philipp Holzmann, Hoch-Tief) und dem „Koch“ (Regierung) teilen sollen. Das einzige, was Leber für eine solche Theorie der Klassenharmonie ins Feld führen kann, ist der Appell an die „Moral“, an das „Verantwortungsbewußtsein“ der Monopolherren. Denn, so schlußfolgert Leber haarscharf, wenn die Monopolherren keine Einsicht haben, so werden die Arbeiter eine radikale Lösung anstreben, und dabei würden die Monopole alles verlieren. Dabei wird auch auf den Einfluß verwiesen, den die DDR ausübt in der Auseinandersetzung zwischen den Werktätigen und den Monopolgewaltigen. Nur so können jene Sätze im Referat Lebers verstanden werden, wo es heißt:

„Ein Unternehmertum, das hier keine Bereitschaft zeigt und nicht den Willen zum Ausgleich sucht, muß sich darüber im klaren sein, daß die seitherige Entwicklung zwar möglicherweise noch eine Zeitlang so weitergehen kann, aber eines Tages würde der gestaute Unmut sich eine Bahn schaffen, die mehr verändern könnte als nur unsere Vermögensstruktur.“¹⁾

Wie sehr die Plattform Lebers die Arbeiter in die Irre führt, zeigen auch folgende Stellen in seiner Rede:

„Das Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern ist im ganzen gesehen heute anders als es noch vor zehn Jahren gewesen ist. . . daß es auch auf der Unternehmenseite nicht minder zahlreiche und verantwortliche Männer gibt, die den gleichen Willen haben, und die in den letzten Jahren mit uns zusammen manches in eine solche andere Richtung verwirklicht haben . . . Es ist das Anerkennen, daß der andere im eigenen Ordnungsbild von der Gesellschaft auch seine Rolle hat und daß man . . . in seiner eigenen Position mit beeinflußt wird. . . Das Ganze ist auch der Wille zum Versuch im Miteinander nach einer Periode, die voll von gegenseitiger Ablehnung, Abneigung, Feindschaft und Haß war.“²⁾

Diese Gegenüberstellungen des Entwurfs für das Grundsatzprogramm des DGB und der Gegenplattform mögen genügen, um die Hauptpunkte zu zeigen, um die es bei der Diskussion um die Grundfragen der Gewerkschaften in der Bundesrepublik zur Zeit geht. Diese Gegenüberstellungen zeigen auch, warum die Hauptkritik gegen die Anti-DGB-Plattform Lebers gerichtet sein muß.

Angesichts der Forderung der Bergarbeiter und auch ihrer Gewerkschaft, den Bergbau in Gemeineigentum zu überführen (auch die IG Chemie, Papier, Keramik fordert die Überführung der Chemie-Konzerne in Gemeineigentum), kommt der Frage der Mitbestimmung der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften in Betrieb und Wirtschaft eine erhöhte Bedeutung zu. Die Forderung, wie sie im Entwurf steht, verdient die Unterstützung aller Gewerkschafter:

„Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, durch Ausweitung der Mitbestimmung eine gesellschaftliche Umgestaltung einzuleiten . . . Die wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist eine der Grundlagen einer freiheitlichen und sozialen Gesellschaftsordnung. Sie entspricht dem Wesen des demokratischen und sozialen Rechtsstaates. . . Die von den Gewerkschaften erstrebte Ordnung unserer Wirtschaft . . . soll eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung herbeiführen . . . den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht verhindern . . .“³⁾

VI.

In den bisherigen Diskussionen in den Gewerkschaften wurde immer wieder gefordert, daß die grundlegenden Ziele des Münchener Programms des DGB erhalten bleiben müssen. Bekanntlich enthalten die wirtschaftspolitischen Ziele dieses Programms im Kern drei Punkte: Planung, Mitbestimmung, Gemeineigentum. Jetzt aber wird die Forderung nach Gemeineigentum nur noch als Mittel zur Kontrolle wirtschaftlicher Macht erwähnt und nicht als Mittel zur Zurückdrängung der Macht der Monopole und als Basis für den demokratischen Einfluß des Volkes. Die Gewerkschafter sollten deshalb die Forderung der IG Chemie, Papier, Keramik unterstützen, auf dem außerordentlichen DGB-Kongreß in Düsseldorf in der endgültigen Fassung des Grundsatzprogramms den Kampf um das Gemeineigentum klar und

¹⁾ Grundsatzreferat Leber, Verbandstag IG Bau-Steine-Erden. Westberlin 1963

²⁾ Ebenda

³⁾ Entwurf des Grundsatzprogramms des DGB, Präambel, S. 6

unmißverständlich festzulegen. Sicherlich werden viele Gewerkschaftsorganisationen den gleichen Antrag an den DGB-Kongreß stellen.

Obwohl der Entwurf noch hinter den Beschlüssen des 6. DGB-Kongresses in einzelnen Fragen zurückbleibt und auch keine genügenden Lehren aus dem jüngsten Streikkampf zieht, ist er doch geeignet als Grundlagede sachlicher Diskussionen. Die Entwicklung in der Bundesrepublik seit der Annahme des Münchener Grundsatzprogramms ist weitergegangen und es ist in den Gewerkschaften ein anderes Kräfteverhältnis entstanden, das seinen gewerkschaftspolitischen Ausdruck im vorliegenden Entwurf gefunden hat, der jedoch in wesentlichen Fragen ein Kompromiß ist zwischen den kämpferischen Forderungen der Masse der Gewerkschafter und solchen Gewerkschaften, die im Sinne des Godesberger Programms auftreten. Die progressiven Kräfte in den Gewerkschaften sind stark genug, durch Verständigung untereinander und durch eine Massendiskussion in der Arbeiterschaft über den Entwurf für den außerordentlichen DGB-Kongreß Voraussetzungen zu schaffen, den Entwurf mit den im DGB bereits gefaßten Beschlüssen in Einklang zu bringen und alle Versuche der Wehner und Leber zu vereiteln, in das Grundsatzprogramm weitere Teile des Godesberger Programms der SPD einzuschmuggeln. Darum ist es nicht richtig, wenn einige Gewerkschafter fordern, dieser Entwurf solle in Bausch und Bogen abgelehnt und das Münchener Grundsatzprogramm bestätigt werden. Ein solcher Standpunkt ist ein Hindernis für das ernsthafte Ringen um eine Weiterentwicklung des vorliegenden Entwurfes. Die Forderungen im Entwurf nach einer besseren Einkommens- und Vermögensverteilung, für Mitbestimmung, gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht, für Vollbeschäftigung, für eine aktive Lohnpolitik, für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit, längeren Urlaub, Ausbau des Unfallschutzes und des Sozialwesens, Zehnklassenschule und anderes sind durchaus richtig und geeignet, die Arbeiterschaft zum Kampf gegen die Monopole zu mobilisieren.

Die Ansätze für eine richtige Einschätzung der Klassengesellschaft in der Bundesrepublik sind Stufen für die Hebung des Klassenbewußtseins der ganzen Arbeiterschaft.

Die grundsätzlichen Vorstellungen von einer demokratischen Gesellschaft in der Bundesrepublik erfordern den Kampf um konkrete demokratische Reformen. Wir wissen, daß jede Reform, die die Arbeiter in einheitlichen Aktionen erkämpfen, neue Ausgangspunkte für weitere Reformen und günstigere politische Positionen schafft. Diese Kämpfe sind prinzipiell eine unversöhnliche Klassenauseinandersetzung, in denen die Einheit und Schlagkraft der Arbeiterklasse durch neue Erfahrungen gefestigt und erhöht wird.

Das Bekenntnis zu einer Politik des Friedens als Grundlage für alle Ziele der Gewerkschaften ist geeignet, wenn es im Zusammenwirken von Kommunisten, Sozialdemokraten und Christen verwirklicht wird, die Gewerkschaften zum stärksten und einflußreichsten Friedensfaktor in der Bundesrepublik zu machen. Das alles sind reale Voraussetzungen; die Gewerkschaften auch zur entscheidenden Kraft einer erfolgreichen nationalen Politik zu machen, die sich zum Ziel setzt, eine Annäherung der Bundesrepublik und der DDR zu erreichen und den Weg einer Konföderation beider deutscher Staaten zu beschreiten, um so im Kampf gegen Militarismus und Reaktion in Westdeutschland die Einheit Deutschlands zu erreichen.

Vor allem kommt es jetzt auch darauf an, die Diskussion zum Entwurf des Grundsatzprogramms zu verbinden mit der Organisierung der notwendigen Aktionen der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften. Dazu gehören Aktionen gegen die Notstandsgesetze, gegen das Sozialpaket, gegen den Mietwucher, für die Durchsetzung der Lohnerhöhungen in den Betrieben, die Organisierung neuer Lohnbewagungen, besonders in der eisenschaffenden Industrie und im Bergbau. Dabei werden am besten die Illusionen überwunden, als ob bei den Bundestagswahlen 1965 alle Fragen entschieden werden könnten. Die Verstärkung des Massenkampfes, das ist der Weg, um in der Bundesrepublik eine Wende zu einer friedlichen und demokratischen Politik zu erzwingen.

VII.

Mit Recht wird im Entwurf die Unabhängigkeit des DGB und aller Industriegewerkschaften auch gegenüber den politischen Parteien betont. In der Praxis bezieht sich das auf die bürgerlichen Parteien CDU, FDP, DP usw. Aber diese Abgrenzung ist auch notwendig gegenüber der Politik der jetzt in der SPD bestimmten Gruppe, die ihrerseits sich mit ihrer über Leber gesteuerten Anti-DGB-Plattform massiv in die inneren Angelegenheiten der Gewerkschaften einmischt. Es ist natürlich, daß zwischen Gewerkschaften die entschlossen für die Interessen der Arbeiter

kämpfen und einer Arbeiterpartei, die auf dem Boden der Klasseninteressen der Arbeiter steht, ein gutes Verhältnis vorhanden ist. Die Ursache für die Entfremdung zwischen den Massen der Gewerkschaftsmitglieder und den jetzt bestimmenden SPD-Führern liegt in der Preisgabe der sozialistischen Grundsätze und damit auch der aktuellen und in die Zukunft reichenden Klasseninteressen der Arbeiterschaft. Die Politik der „Gemeinsamkeit“ mit der CDU ist unvereinbar mit dem Kampf, den die Gewerkschaften tagtäglich für die Interessen der Arbeiter führen müssen.

Da aber die Masse der Mitglieder und Anhänger der SPD in den Gewerkschaften organisiert ist und diese auf dem Boden der Gewerkschaftsbeschlüsse stehen, die den Kampf gegen Monopolkapital, Militarismus und reaktionäre Regierungspolitik erfordern, wirken die Beschlüsse, die Politik und Praxis der Gewerkschaften in die SPD hinein und eröffnen neue Möglichkeiten für die sozialistisch und demokratisch orientierten Mitglieder, Funktionäre und Leitungen der SPD, in ihrer eigenen Partei eine Politik durchzusetzen, die sich mit den Beschlüssen des DGB, der IG Metall und anderer Gewerkschaften trifft.

Was das Verhältnis zwischen KPD und Gewerkschaften betrifft, so ist von seiten der KPD alles klar. Sie setzt sich ohne Einschränkung für eine Stärkung der Gewerkschaften als Klassenorganisationen der Arbeiter ein und unterstützt alle Aktionen, die die Gewerkschaften für die Interessen der Arbeiter organisieren und führen. Dabei haben wir Kommunisten eine hohe Meinung von der Rolle der Gewerkschaften in der Bundesrepublik. In der Programmatischen Erklärung unserer Partei „Der Weg zur Rettung des Friedens, zum Schutz der demokratischen Rechte, zu sozialer Sicherheit“ heißt es dazu:

„Gegenwärtig tragen die Gewerkschaften und alle ihre Mitglieder eine besonders große Verantwortung. Die Gewerkschaften sind berufen, gemäß ihrer Bedeutung im Leben der Nation den Einfluß der Arbeiterklasse in Wirtschaft, Politik und Staat zur Geltung zu bringen.“⁽¹⁴⁾

Gerade die Gewerkschaften haben die Aufgabe, gegenüber den Monopolen und ihrer Regierung eine demokratische Alternative zu entwickeln und dafür den einheitlichen Kampf zu organisieren. Dazu wird in der „Programmatischen Erklärung“ des Parteitagcs 1963 der KPD gesagt:

„Die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften können sich nicht damit abfinden, daß alle wesentlichen Entscheidungen von den Monopolen bestimmt werden. Die Gewerkschaften müssen Einfluß nehmen auf Gesetzgebung und Politik, auf die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens in der Bundesrepublik. Die Arbeiterklasse steht vor der dringenden Notwendigkeit, auch die parlamentarische Vertretung ihrer Forderungen zu sichern. Die organisierte Arbeiterschaft muß sich dafür einsetzen, daß alle Abgeordneten, die Mitglieder der Gewerkschaften sind, die bindenden Beschlüsse gegen Atomrüstung und Notstandsgesetze, für den Schutz der demokratischen Rechte und eine Politik friedlicher Verhandlungen, für bessere soziale und kulturelle Lebensbedingungen zur Richtschnur ihres Handelns machen.“⁽¹⁵⁾

Aus diesen prinzipiellen Festlegungen des Parteitagcs 1963 ergibt sich die Notwendigkeit und Möglichkeit des einheitlichen, gemeinsamen Kampfes der KPD, der Gewerkschaften, der Masse der SPD-Mitglieder und, wie wir es anstreben und auch für real halten, der SPD im ganzen für eine Politik des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts in der Bundesrepublik. Dieser gemeinsame Kampf ist der Hebel, der stark genug ist, in der Bundesrepublik die Lage zum Besseren zu ändern.

Es ist ein Verdienst erfahrener Gewerkschafter in großen Industriegewerkschaften und im DGB Beschlüsse durchgesetzt zu haben, die durchaus geeignet sind, ein Kampfprogramm für alle Werktätigen in der Bundesrepublik zu werden. Auch im Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm des DGB gibt es dafür Ansatzpunkte.

Der Streik der Metallarbeiter in Baden-Württemberg hat bereits einen neuen Abschnitt des Kampfes der Werktätigen gegen die Profit- und Rüstungspolitik der Monopole und zur Verteidigung der demokratischen gewerkschaftlichen Rechte eingeleitet. Wir Kommunisten wollen unseren Beitrag dazu leisten, daß der außerordentliche DGB-Kongreß in Düsseldorf eine klare Marschroute für den gemeinsamen Kampf aller Werktätigen, für ein besseres Leben in Frieden und Demokratie ausarbeitet und beschließt.

⁽¹⁴⁾ „Wissen und Tat“, Sondernummer Juni 1963, S. 23

⁽¹⁵⁾ Ebenda, S. 26

Der Parteitag, der den Bolschewismus begründete*)

von O. SOKOLOW

Vor sechzig Jahren, auf dem II. Parteitag der SDAPR, entstand die Partei neuen Typus, die Leninische Partei der Bolschewiki, die Partei der sozialen Revolution und der Diktatur des Proletariats, eine Partei, die sich das Ziel setzte, die Gesellschaft auf der Grundlage des wissenschaftlichen Kommunismus umzugestalten. Im Frühlicht des Bolschewismus bestand sie aus einer verhältnismäßig kleinen Anzahl von Berufsrevolutionären und tausend fortschrittlichen Arbeitern, die sich auf der felsenfesten Grundlage der Ideen des Marxismus-Leninismus zusammengeschlossen hatten. Heute ist die KPdSU eine mehr als zehn Millionen zählende Armee, ist die bewährte Vorhut des gesamten sowjetischen Volkes.

Indem unsere Partei im Jahre 1903 das rote Banner des Sozialismus und Kommunismus erhob, erfüllte sie das zwanzigste Jahrhundert mit dem Ruhm ihrer Taten und machte es zum Jahrhundert eines grundlegenden Umschwungs im Geschick der Menschheit. Wahrhaft großartige Veränderungen vollzogen sich unter der Führung der Partei der Bolschewiki in der Heimat des Leninismus.

Die sozialistische Revolution, über deren Unvermeidlichkeit Marx, Engels und Lenin geschrieben hatten, siegte erstmalig in Rußland. Unter Führung der Leninischen Partei wurde in unserem Lande die sozialistische Gesellschaftsordnung errichtet und wird jetzt der Übergang zum Kommunismus vollzogen.

Lenin stellte die Aufgabe: Gründung einer revolutionär-proletarischen Partei neuen Typus

Der zweite Parteitag der SDAPR fand an einem Wendepunkt in der Entwicklung der russischen und der internationalen Arbeiterbewegung statt, als der Kapitalismus in sein höchstes und letztes, in das imperialistische Stadium eintrat und die proletarische Revolution zur praktischen Aufgabe wurde. In Rußland, das Mittelpunkt aller sich bis zum äußersten verschärfenden Widersprüche des Kapitalismus war, verflochten sich alle Arten der Unterdrückung, das kapitalistische, feudalistische, militaristische und nationale Joch, zu einem Knoten. Der zaristische Despotie und den Kapitalisten stand in der russischen Arbeiterklasse die revolutionärste Arbeiter-

Nach dem zweiten Weltkrieg entstand das mächtige Lager der sozialistischen Länder. Die kommunistische Bewegung wurde zur einflußreichsten Kraft der Gegenwart.

Auf dem historischen Weg der KPdSU ist jeder Parteitag ein wichtiger Meilenstein im Kampf um das Glück des Volkes. Hervorragende Parteiforen waren der II., VIII. und der XXII. Parteitag, wo Parteiprogramme beraten und zum Parteigesetz erhoben wurden. W. I. Lenin unterstrich, wie außerordentlich wichtig Programme für das Partelleben sind. „Ohne Programm ist eine Partei als einigermaßen geschlossener politischer Organismus, der bei jeder Wendung der Ereignisse stets die Linie einzuhalten vermag, unmöglich.“)

Parteiprogramme sind Bestandteile eines einheitlichen Ganzen, sie enthalten die in sich geschlossene, überprüfte und durch Erfahrungen erhärtete marxistisch-leninistische Theorie von der sozialistischen Revolution und vom Aufbau des Sozialismus und Kommunismus. Jedes Programm entspricht einer bestimmten Etappe im Leben unseres Landes. Die Programme der KPdSU kann man, wie N. S. Chruschtschow bildhaft ausdrückte, mit einer dreistufigen Rakete vergleichen. Die erste Stufe riß unser Land aus der kapitalistischen Welt heraus, die zweite führte es zum Sozialismus und die dritte ist dazu berufen, unser Land auf die Umlaufbahn, die Kommunismus heißt, zu bringen.

klasse der Welt gegenüber. Sie sollte in der herangereiften Revolution die führende Rolle spielen und im Sturm auf Selbstherrschaft und Kapitalismus breiteste Volksmassen und vor allem die Bauernschaft mit sich reißen. Um diese historische Mission erfüllen zu können, bedurfte das Proletariat eines politischen Führers wie der marxistischen Kampfpartei, die mit einer fortschrittlichen Theorie ausgerüstet und durch eiserne Disziplin zusammengeschweißt war, die unversöhnlich gegenüber dem Opportunismus und mit den Volksmassen untrennbar verbunden war.

Bereits zu Beginn der neunziger Jahre stellte W. I. Lenin die Aufgabe, in Rußland eine derartige revolutionäre proletarische Partei zu gründen. In unversöhnlichem Kampf gegen liberale Volkskümmler, „legale Marxisten“ und „Ökonomen“ bereitete er ihre Geburt vor

*) Auszug aus der Zeitschrift der KPdSU, der „Agitator“ Nr. 11 Juni 1963

†) W. I. Lenin, Werke, Dietz Verlag, Berlin, Bd. 17, S. 269

Der von W. I. Lenin 1895 gegründete Petersburger „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse“ war die Keimzelle der künftigen revolutionären Partei. In seiner Charakterisierung der Entwicklung der russischen Arbeiterbewegung in den Jahren 1894–1898 zeigte Lenin, daß die Sozialdemokratie in diesem Zeitraum als gesellschaftliche Bewegung, als Aufschwung der Volksmassen, als politische Partei in Erscheinung tritt. „Das ist“, so schreibt Lenin, „die Periode der Kindheit und des Knabenalters.“⁸⁾ Vor den Sozialdemokraten Rußlands stand damals die Aufgabe, die zersplitterten sozialdemokratischen Organisationen zu einer einheitlichen sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu vereinen und den wissenschaftlichen Sozialismus mit der Arbeiterbewegung zu verbinden. „Die Gründung der Partei im Frühjahr 1898“, schrieb Lenin, „war die hervorragendste und gleichzeitig die letzte Tat der Sozialdemokratie dieser Periode.“⁹⁾ Der erste Parteitag, der im März 1898 in Minsk stattfand, verkündete die Gründung der SDAPR und beschloß das „Manifest“. Parteiprogramm und Parteistatut wurden damals jedoch nicht beschlossen. Die zentralen Institutionen der Partei (das ZK und das Zentralorgan) wurden vom Zarismus zerlegt und konnten nicht wieder aufgebaut werden. Ideologische Unstimmigkeiten und Sektierertum herrschten nach wie vor unter den russischen Sozialdemokraten. In der Arbeiterbewegung verbreitete sich immer mehr der Ökonomismus. Um eine zentralisierte marxistische Arbeiterpartei zu bilden, mußte man sich von den Opportunisten abgrenzen. In grundsätzlicher Auseinandersetzung mit den liberalen Volkstümlern, den „legalen Marxisten“ und den „Ökonomen“, die die Arbeiterbewegung der bürgerlichen Ideologie unterwerfen wollten, vernichtete Lenin ideologisch die Opportunisten aller Schattierungen. Er entwickelte die marxistische Theorie schöpferisch weiter und wies überzeugend nach, daß nur eine mit einer fortschrittlichen Idee ausgerüstete Partei die führende Rolle im Kampf spielen kann.

Unter den Bedingungen brutalsten Polizeiterrors hielt Lenin die Bildung einer gesamt-russischen politischen Zeitung, die im Ausland erscheinen sollte, für das entscheidende Mittel, die Gründung einer Arbeiterpartei in Rußland vorzubereiten. Im Jahre 1900 erschien die erste Nummer der berühmten Lentschen „Iskra“, die

die Hauptarbeit zur Vorbereitung des zweiten ordentlichen Parteitages der SDAPR leistete. Auf den Seiten der „Iskra“ formulierte Lenin die vordringlichen Aufgaben der russischen Sozialdemokraten; Hineintragen des sozialistischen Bewußtseins in die spontane Arbeiterbewegung, politische Erziehung der Arbeiterklasse, Vorbereitung des Parteiprogramms und Ausarbeitung der taktischen und organisatorischen Prinzipien der marxistisch-leninistischen Partei. Die „Iskra“ entfaltete die Propaganda der Ideen des Marxismus-Leninismus, schmiedete auf dieser Grundlage die örtlichen Komitees und schuf damit die Voraussetzungen für die Einberufung des Parteitages. Die wichtigste Tat der „Iskra“ war die Ausarbeitung des Parteiprogrammentwurfs. Nachdem sich Lenin von der Unannehmbarkeit des von Plechanow entworfenen Programms überzeugt hatte, legte er seinen eigenen Entwurf dar und verteidigte alle seine Thesen auf der Beratung der von der „Iskra“ gewählten Kommission. Dieser Entwurf, der im Juni 1902 veröffentlicht wurde, spielte eine wichtige Rolle bei der Vereinigung der russischen Marxisten.

Lenin entwarf auch das Parteistatut und schrieb einige Arbeiten, die den organisatorischen Plan zur Gründung der Partei der Arbeiterklasse untermauerten. In dem berühmten Buch „Was tun“ entwickelte Lenin die Ideen von Marx und Engels weiter und arbeitete die Grundlagen für die Lehre von der revolutionären marxistischen Partei aus. Unter dem Einfluß dieses Buches und durch die praktische Tätigkeit der „Iskra“ und ihrer Vertreter in Rußland schlossen sich die meisten sozialdemokratischen Komitees im Kampf um eine Partei neuen Typus fest der „Iskra“ an.

Für die Hauptaufgabe des II. Parteitages der SDAPR hielt W. I. Lenin die Gründung einer wahrhaft revolutionären Partei auf den von der „Iskra“ vorgelegten und ausgearbeiteten prinzipiellen und organisatorischen Grundlagen. Auf Grund seiner sorgfältigen Vorbereitung, der vollzähligen Vertretung und dem weiten Kreis von Fragen, die gelöst werden sollten, war dieser Parteitag in der gesamten Geschichte der russischen revolutionären Bewegung eine bis dahin beispiellose Erscheinung. Die Delegierten brachten den Hauch des sich nähernden revolutionären Sturmes auf den Parteitag mit.

Der Kampf der Iskra-Richtung auf dem Parteitag

Der Parteitag wurde am 17. (30.) Juli 1903 eröffnet. Er arbeitete vollkommen

⁸⁾ Lenin Werke, Bd. 3, S. 538

⁹⁾ Lenin Werke, Bd. 3, S. 539

illegal, zuerst bis zum 24. Juli (6. August) in Brüssel und anschließend in London, wo die Sitzungen am 29. Juli (11. August) wieder aufgenommen wurden und bis zum 10. (23.) August andauerten.

Auf dem Parteitag waren 26 sozialdemokratische Organisationen vertreten, die 51 beschließende Stimmen besaßen. Die Zusammensetzung des Parteitages legte bereitetes Zeugnis davon ab, wie die sozialdemokratische Bewegung in Rußland angewachsen war und sich gefestigt hatte. Sie zählte damals einige zehntausend Arbeiter, die auf Hunderttausende von Proletariern, die der Organisation nicht angehörten, einen ideologischen Einfluß ausübten. Die meisten Delegierten waren Anhänger der „Iskra“. Auf dem Parteitag waren jedoch auch ihre Gegner vertreten, die „Ökonomen“, Bundisten sowie schwankende, zentristische Elemente.

Der Parteitag hatte Parteiprogramm und -statut anzunehmen, die leitenden Parteizentren zu bilden und einige taktische und organisatorische Fragen zu lösen. Viel Kraft und Energie verwandte Lenin darauf, der „Iskra“-Richtung den Sieg zu sichern. Er war der wahre Führer des Parteitages, führte auf den Sitzungen mehrfach den Vorsitz, war Mitglied des Büros des Parteitages, der Programm-, Organisations- und Mandatskommission, sprach fast zu allen Fragen der Tagesordnung, vernichtete dabei die Opportunisten und vereinigte den revolutionären Teil der Delegierten um sich.

Größte Bedeutung maß Lenin der Erörterung des Parteiprogramms bei. Die Beratung des Parteiprogramms vollzog sich in scharfem prinzipiellen Kampf. Die „Ökonomen“ und Bundisten wollten den Geist des Programms verändern, wollten das Programm seines revolutionären Inhalts berauben. Erbitterte Auseinandersetzungen wurden um die These von der Diktatur des Proletariats geführt. Daß diese grundlegende marxistische These in das Programm aufgenommen wurde, ist ein historischer Sieg W. I. Lenins und seiner Anhänger. Auch Lenins Forderung nach der führenden Rolle der Partei in der Arbeiterbewegung war auf dem Parteitag Angriffen ausgesetzt. Die „Ökonomen“ schworen auf die Spontaneität im proletarischen Kampf und erstrebten die Unterordnung der Arbeiterbewegung unter die bürgerliche Ideologie. W. I. Lenin trat energisch gegen diese opportunistischen Ausfälle auf, und der Parteitag wies die von den „Ökonomen“ eingebrachten Änderungsanträge zurück.

Den heftigsten Angriffen der „Ökonomen“, Bundisten und einer Reihe schwankender Elemente war der von Lenin verfaßte und auf die Festigung und Weiterentwicklung des revolutionären Bündnisses der Arbeiter und Bauern im Kampf gegen Zarismus, Gutsbesitzer und Bourgeoisie gerichtete Agrarteil des Programms ausgesetzt. Dieses Programm ging von den Aufgaben aus, die Über-

reste der Leibeigenschaft zu beseitigen, Voraussetzungen für eine Weiterentwicklung des Klassenkampfes auf dem Lande zu schaffen und das Bündnis der Arbeiter und Bauern zu festigen.

Ernsthaft wurde auch um die nationale Frage gestritten. Die polnischen Sozialdemokraten und die Bundisten sprachen sich gegen den Punkt über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen aus. In der irrigen Annahme, dieser Punkt würde den Nationalisten zum Vorteil gereichen, schlugen die polnischen Revolutionäre vor, ihn wegzulassen. Die Bundisten forderten, die marxistische These vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen durch die bürgerlich-nationalistische von der kulturellen und nationalen Autonomie zu ersetzen.

Der Parteitag wies die Vorschläge der polnischen Sozialdemokraten und auch die nationalistischen Forderungen der Bundisten zurück. Im Programm wurden die Leninschen Prinzipien des proletarischen Internationalismus verankert.

Die Opportunisten erlitten in allen Fragen des Programms eine völlige Niederlage. Das vom Parteitag angenommene Programm war ein echt marxistisches Dokument. Es unterschied sich von Grund auf von den Programmen der westeuropäischen Sozialdemokratie. Die SDAPR war damals die einzige Arbeiterpartei, deren Programm die These von der Diktatur des Proletariats enthielt.

Grundlegende Meinungsverschiedenheiten bestanden auf dem Parteitag auch bei der Beratung des Parteistatuts. In diesen Meinungsverschiedenheiten spiegeln sich zwei vollkommen entgegengesetzte Ansichten darüber, was eine Partei sein soll, wider.

Die Anhänger Lenins sahen in der Partei den bewußten, organisierten und mit einer fortschrittlichen Theorie ausgerüsteten Vortrupp der Arbeiterklasse. Sie kämpften für eine einheitliche, durch eine für alle Mitglieder verbindliche proletarische Disziplin zusammenge- schweißte Partei.

Der opportunistische Teil des Parteitages jedoch, der gegen diese Forderungen Lenins Sturm lief, wollte allen möglichen dahergelaufenen Elementen Tür und Tor zur Partei öffnen. Die Opportunisten traten für Unstimmigkeiten und Schwankungen in der Partei ein und trugen damit dazu bei, die proletarische Bewegung unter bürgerlichen Einfluß zu bringen. Der von Martow formulierte erste Paragraph des Statuts wurde angenommen, nachdem sich eine Gruppe schwankender Iskraleute abgespalten und mit den Opportunisten vereinigt hatte. Bereits auf dem folgenden III. Parteitag der SDAPR bestätigte die Partei den ersten Paragraphen des Statuts in der Fassung W. I. Lenins. In allen übrigen Punkten des

Statuta setzten Lenin und seine Anhänger auf dem II. Parteitag den Organisationsplan der „Iskra“ durch. Und eben

auf der Grundlage dieses Planes entstand, stählte sich und erstarkte die Partei der Bolschewiki.

Die Vorbereitung des welthistorischen Sieges

In ihrem Bestreben, die führende Rolle des Zentralkomitees zu schmälern, forderten die Opportunisten, das Recht des ZK auf Auflösung örtlicher Parteikomitees einzuschränken und nur die Verfügungen des ZK als verbindlich anzusehen, die die Partei insgesamt betreffen. Lenin und seine Anhänger erreichten, daß der Parteitag diese Vorschläge ablehnte, und setzten das Prinzip des Zentralismus im Aufbau der Partei gegenüber dem opportunistischen Prinzip der Autonomie und des Föderalismus durch. Der Kampf, den Lenin auf dem Parteitag um programmatische und organisatorische Fragen führte, zog einen Trennungsstrich zwischen dem revolutionären Teil der SDAPR, den Bolschewiki, und dem opportunistischen, den Menschewiki.

Einen entscheidenden Sieg errangen die Leninisten bei der Wahl der zentralen, führenden Parteorgane. Die Anhänger Lenins erhielten die meisten Stimmen.

„Als Strömung des politischen Denkens und als politische Partei“, schrieb W. L. Lenin, „besteht der Bolschewismus seit dem Jahre 1903.“⁴⁾

In unversöhnlichem Kampf gegen Menschewiki, Sozialrevolutionäre, Anarchisten und nationalistische und andere kleinbürgerliche Parteien verstand es die Partei der Bolschewiki, die Volksmassen durch ihre kluge und elastische Taktik an sich zu ziehen und um sich zu scharen und sie auf den entscheidenden Sturm gegen den Zarismus und Kapitalismus vorzubereiten. Das gelang ihr, weil sie im Verlaufe ihrer Geschichte stets für die unerschütterliche Einheit der Partei kämpfte und zum standhaften politischen Führer wurde, der die Arbeiterklasse sicher in den entscheidenden Kampf mit den Ausbeutern führte und befähigt war, seine große historische Mission zu vollenden.

1894 schrieb Lenin: „... dann wird sich der russische ARBEITER erheben, sich an die Spitze aller demokratischen Elemente stellen, den Absolutismus stürzen, und das RUSSISCHE PROLETARIAT (Schulter an Schulter mit dem Proletariat ALLER LÄNDER) auf dem direkten Wege des offenen

politischen Kampfes der SIEGREICHEN KOMMUNISTISCHEN REVOLUTION entgegenführen.“⁵⁾ Diese geniale Vorhersage erfüllte sich im Oktober des Jahres 1917. Die Kommunistische Partei vereinigte den allgemeindemokratischen Kampf um den Frieden, die Bauernbewegung gegen die Gutsbesitzer, die nationale Befreiungsbewegung der Völker unseres Landes und die sozialistische Bewegung des Proletariats für den Sturz der Bourgeoisie zu einem mächtigen revolutionären Strom.

Die Partei führte die Arbeiterklasse und das gesamte werktätige Volk zum Sturm auf die Festen des Kapitalismus und errang auf ihrem historischen Wege zum Kommunismus den ersten großen Sieg, indem die Herrschaft der Ausbeuter gestürzt und die Diktatur des Proletariats errichtet wurde. Somit wurde das auf dem II. Parteitag der SDAPR beschlossene Programm erfüllt.

Das zweite Parteiprogramm, das 1919 auf dem VIII. Parteitag beschlossene Programm des Aufbaus des Sozialismus, war bereits ein Programm der führenden Partei der Arbeiterklasse. Es zog die Schlußfolgerungen aus der zurückliegenden Etappe der weltweiten Befreiungsbewegung des Proletariats. Das neue Programm legte die Aufgaben der Partei für die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus fest. Es bewies kühne wissenschaftliche Voraussicht und war ein klarer Plan für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung, war ein leidenschaftlicher revolutionärer Aufruf an die Massen. Lenin meinte, daß eine einfache Übersetzung dieses Programms in andere Sprachen die beste Antwort auf die Frage sei, was die Kommunistische Partei Rußlands, die ein Teil des Weltproletariats war, geleistet hatte. Die Geschichte bewies der ganzen Menschheit erneut, daß Kommunisten nicht in den Wind reden. Der Sozialismus, dessen Unvermeidlichkeit Marx und Engels wissenschaftlich vorausgesagt hatten und den aufzubauen Lenin einen genialen Plan entworfen hatte, wurde in der Sowjetunion Wirklichkeit, er siegte vollständig und endgültig. So wurde das zweite Parteiprogramm erfüllt.

Der Triumphzug des Marxismus-Leninismus

Der Personenkult um J. W. Stalin und der Verstoß gegen die Hinweise, die Lenin in seinem „Vermächtnis“ gab, ha-

ben sich zweifellos negativ auf den sozialistischen Aufbau ausgewirkt. Das Zentralkomitee unserer Partei und N. S. Chruschtschow berichteten unserem Volk mit aller Offenheit darüber. Zugleich jedoch darf man nicht außer acht lassen,

⁴⁾ Lenin Werke, Bd. 31, S. 9

⁵⁾ Lenin Werke, Bd. 1, S. 304

daß auch diese Jahre keineswegs Stillstandzeiten in der Entwicklung der Sowjetgesellschaft waren, wie unsere Feinde behaupten. Die Leninschen Weisungen in die Tat umsetzend, vollzog unser Volk unter Führung der Partei die große sozialistische Umgestaltung und vervielfachte die Macht unserer Heimat. Dadurch konnte die Sowjetunion die faschistischen Horden vernichten. Nach Beendigung des Vaterländischen Krieges baute das Sowjetvolk, geführt von der Kommunistischen Partei, in einem ungemein kurzen Zeitraum die Volkswirtschaft wieder auf und sicherte deren ständigen Aufschwung.

Das auf dem XXII. Parteitag der KPdSU beschlossene dritte Programm kennzeichnet eine neue Etappe in der Weiterentwicklung der revolutionären marxistisch-leninistischen Theorie. Das Programm erteilt eine klare Antwort auf die Grundfragen der Theorie und Praxis des Kampfes um den Kommunismus, beantwortet die wichtigsten Fragen der gegenwärtigen Entwicklung in der Welt. Es begeistert unser Volk im Kampf um den Aufbau der kommunistischen Gesellschaftsordnung.

Die ereignisreiche sechzigjährige Geschichte des Bolschewismus beweist, daß nur die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft die Gewähr für Freiheit und Glück der Völker bietet. Nur die fortschrittliche, die marxistisch-leninistische Wissenschaft von der Gesellschaft kann die Fragen beantworten, wie die sozialen Probleme zu lösen sind, die in unserer Zeit vor der Menschheit stehen. Nur im Sozialismus können sich die Produktivkräfte unbegrenzt entfalten, können Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit und Armut beseitigt und kann eine Friedenspolitik betrieben werden. Nur im Sozialismus und Kommunismus ist eine unbegrenzte Entwicklung von Wissenschaft, Technik, Literatur und Kunst und eine allseitige Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit möglich.

Die Kraft und Lebenswichtigkeit des Programms unserer Partei beruhen im aufopferungsvollen Kampf der Arbeiterklasse und aller Sowjetmenschen für die Sache des Kommunismus. Unser Volk hat seine unerschütterliche Treue gegenüber der Lehre des Marxismus-Leninismus und seine Entschlossenheit bekundet, beharrlich an der Erfüllung des Programms der Kommunistischen Partei zu arbeiten.

Eng um die Kommunistische Partei geschart, bauen die Sowjetmenschen heute zuversichtlich den Kommunismus auf und erfüllen damit das neue Parteiprogramm.

Die große Bedeutung, die der führenden Rolle der Kommunistischen Partei zukommt, zeigte sich bereits in den frü-

heren Etappen ihres Kampfes um Erfüllung des ersten und zweiten Programms. Eine noch größere Rolle spielt die Kommunistische Partei beim Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus. Die von W. I. Lenin begründete Partei der Arbeiterklasse ist zur Partei des ganzen Volkes geworden. Sie vereinigt den fortschrittlichen, bewußtesten Teil der Arbeiterklasse, der Kolchosbauern und der Intelligenz unseres Landes.

Geleitet von dem größten Dokument unserer Gegenwart, dem auf dem XXII. Parteitag beschlossenen Programm, konnte unsere Partei bei der Lösung der drei Punkte umfassenden Aufgabe des kommunistischen Aufbaus — Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus, Herausbildung kommunistischer gesellschaftlicher Beziehungen und Erziehung des neuen Menschen — erste bedeutende Erfolge erringen.

Die KPdSU erfüllt konsequent das Vermächtnis von Marx, Engels und Lenin und kämpft unermüdlich für die Stärkung der Einheit und Geschlossenheit der brüderlichen kommunistischen und Arbeiterparteien und bietet ein Beispiel der Treue zu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus, deren strikte Einhaltung eine sehr wichtige Voraussetzung für das weitere Wachstum der Kräfte und des Ansehens der gesamten internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung ist. Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen und Arbeiterparteien auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus sind das Unterpfand für den Sieg der erhabenen Ideen des wissenschaftlichen Kommunismus in der ganzen Welt.

Das Programm der KPdSU ist ein Dokument, das die Völker der Welt für den Kampf um Freiheit, Frieden und Sozialismus begeistert. In ihm finden sie durch Erfahrung erprobte und durch die Wissenschaft begründete Antworten auf alle brennenden Fragen der Gegenwart. Das vor sechzig Jahren auf dem II. Parteitag der SDAPR und auf dem VIII. Parteitag der KPR (B) beschlossene Programm wurde unter unmittelbarer Beteiligung W. I. Lenins ausgearbeitet. Das dritte Parteiprogramm geht von den scharfsinnigen Gedanken Lenins, von seinen genialen Ideen über den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus aus. „Daher“, sagte Nikita Sergejewitsch Chruschtschow, „können wir dieses Programm mit vollem Recht als ein Leninsches bezeichnen.“

Die sechzig Jahre, die seit dem II. Parteitag vergangen sind, waren ein Weg des Kampfes und großer Siege, die den Triumph des Marxismus-Leninismus bedeuten.

August Bebel und die westdeutsche Arbeiterklasse

Gedanken zur 50. Wiederkehr seines Todestages am 13. August 1913
von WERNER MÜLLER

Als im August 1913 die Nachricht vom Tode des fast 73jährigen August Bebel um die Welt ging, schrieb kein Geringerer als W. I. Lenin dem Verstorbenen zu Ehren die folgenden Zeilen zur Würdigung seines kampferfüllten Lebens: „Mit Bebel ist nicht nur der unter den Arbeitern einflußreichste und von den Massen am meisten geliebte Führer der deutschen Sozialdemokratie ins Grab gesunken: Bebel verkörperte im Verlauf seiner Entwicklung und seiner politischen Tätigkeit eine ganze historische Periode aus dem Leben nicht nur der deutschen, sondern auch der internationalen Sozialdemokratie... er stellte alle seine reichen Kräfte voll und ganz in den Dienst der Ziele des Sozialismus; jahrzehntelang schritt er Schulter an Schulter mit dem wachsenden und sich entwickelnden deutschen Proletariat und wurde zum fähigsten Parlamentarier Europas, zum talentiertesten Organisator und Taktiker, zum einflußreichsten Führer der internationalen, dem Reformismus und dem Opportunismus feindlich gegenüberstehenden Sozialdemokratie.“¹⁾

Dieses hohe Lob August Bebels aus dem Munde des Führers jener revolutionären Partei, der Partei der Bolschewiki, die damals bereits an die Spitze der internationalen Arbeiterbewegung getreten war, ist eine treffende Charakteristik der wesentlichsten Züge in Bebels Persönlichkeit und Wirken. Diese hier genannten Züge bilden auch den Schlüssel für die grenzenlose Liebe der Arbeiter zu Bebel, der, selbst einst ein Arbeiter, sein ganzes Leben in den Dienst der Partei der Arbeiterklasse gestellt hatte. Sie erklären die Popularität und Autorität, die Bebel über den Kreis der Anhänger der revolutionären Sozialdemokratie hinaus genoß und lassen den stets mit Respekt gemischten Haß verstehen den ihm seine Widersacher, die Feinde der revolutionären Arbeiterklasse entgegenbrachten.

Diese große Autorität Bebels endete nicht mit seinem Tode, sie überlebte ihn. In der Deutschen Demokratischen Republik wird August Bebels Streben siegreich vollendet, besitzt sein Vermächtnis im ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat der deutschen Geschichte eine feste Heimstatt. Nicht minder lebt August Bebel in den Herzen der fortschritt-

lichen Kräfte der Bundesrepublik, der fortgeschrittensten Vertreter der westdeutschen Arbeiterklasse. Für viele sozialdemokratische Arbeiter und parteilose Gewerkschafter verkörpert August Bebel heute wie einst den Typ des wahren Volkstribuns, des Arbeiterführers, der die einheitliche Arbeiterbewegung in Deutschland zu großen Erfolgen führte, die zu den besten Traditionen der deutschen revolutionären Arbeiterbewegung gehören. Gerade darum sind jene Versuche der rechten sozialdemokratischen Führer so gefährlich, ihre heutige Politik der Unterstützung von Adenauers Atomaufrüstungs- und Notstandskurs mit der nach wie vor unter den Arbeitermassen lebendigen Autorität des alten Bebel zu untermauern. Ein nicht geringer Teil der Bemühungen der rechten Führer der westdeutschen Sozialdemokratie anlässlich ihrer Veranstaltungen zu „100 Jahre Sozialdemokratie“ galten und gelten noch dem Versuch, den revolutionären Arbeiterführer August Bebel zum Ahnherrn des bankrotten Godesberger Programms der Kapitulation vor den Bonner Machthabern zu stempeln. Bei diesen Bemühungen gehen die Wehner, Schmid und Co nicht gerade kleinlich vor. Sie rechnen bei den teils plumpen, teils raffinierten Verfälschungen Bebels mit der Unkenntnis vieler Arbeiter über die Tatsachen, zu deren Verhüllung die rechten Führer der SPD bereits seit längerem eifrig beigetragen haben. Es sei hier nur darauf verwiesen, daß nicht einmal Bebels eigene Memoiren „Aus meinem Leben“ ungekürzt in der Bundesrepublik herausgegeben wurden. Sie erschienen vielmehr in einer von Walter Oschilewski zweckgerecht gekürzten und erläuterten Ausgabe. Gerade darum ist es wohl ein besonders dringendes Anliegen und eine echte Würdigung des revolutionären Arbeiterführers Bebel, ihn vor diesen, von ihm selbst sicher mit Empörung zurückgewiesenen Verfälschungen und Unterstellungen in Schutz zu nehmen.

Eine der hauptsächlichsten Verfälschungen der Haltung Bebels, die von den rechten Führern der Sozialdemokratie aus sehr durchsichtigen Gründen durchgeführt wird, betrifft seine Haltung zum Militarismus. Es scheint auf den ersten Blick verwunderlich, denn Bebels unablässiger Kampf unter der Losung „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“, den er Seite an Seite mit den anderen Genossen seit seinem Eintritt in parlamentarische

¹⁾ W. I. Lenin, „Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung“, Berlin 1957, S. 278/279

Körperschaften wie außerhalb führte, ist ja gerade eine der Wurzeln seiner großen Popularität unter den werktätigen Massen. Aber eben deswegen findet sich in den Veröffentlichungen rechter sozialdemokratischer Führer und der auf ihrer Linie marschierenden Theoretiker kein Sterbenswörtchen über den lebenslangen unablässigen Kampf August Bebel's gegen den deutschen Militarismus, den Hauptfeind des deutschen Volkes damals wie heute. Willi Eichler hat es in der berühmten Broschüre „100 Jahre Sozialdemokratie“ nicht für notwendig gehalten über diese wesentliche Seite von August Bebel's politischem Wirken, seinen antimilitaristischen Kampf, überhaupt etwas zu sagen. Er drückt sich mit der verwachsenen, alles und nichts sagenden Bezeichnung „hinreißender Agitator“ vor einer Präzisierung und Konkretisierung des Wirkens von Bebel in dieser Lebensfrage unserer Nation.

In der Tat, die rechten sozialdemokratischen Führer und ihre historiographischen Fälschungshelfen kämen auch sehr in die Klemme, wenn sie den sozialdemokratischen Arbeitern jenen Bebel vorführen würden, der von der Tribüne des Reichstages in einer ähnlichen Situation wahnwitziger Rüstungspolitik des Wilhelminischen Reiches, wie sie heute die Bonner Nachfolger Wilhelms und Hitlers betreiben, der herrschenden Klasse entgegenrief: ... zu welchem Zweck, für wen und für was? Und wenn erst einmal diese Frage von den Völkern gestellt werden wird, dann wird auch die Antwort nicht ausbleiben, und diese Antwort dürfte allerdings viel anders ausfallen, als diejenigen sie erwarten, die gewillt sind, immer neue Opfer den Nationen aufzuerlegen.“²⁾

Im gleichen Jahre formulierte Bebel diesen Gedanken noch schärfer mit den Worten: „Der Militarismus lastet wie ein Alp auf ganz Europa ... Als ein Riesentyp durchwuchert er das Volksleben und nimmt die besten Kräfte und Säfte der Nationen für sich in Anspruch.“³⁾ Im selben Zusammenhang sprach er auch aus, daß er unter Militarismus weder einen besonderen zufälligen Auswuchs noch eine über den Gesellschaftsklassen stehende Erscheinung verstand, sondern den Militarismus als der kapitalistischen Gesellschaft zugehörig und eigentümlich betrachtete. „Die Sozialdemokratie“, erklärte damals August Bebel, „hat von

jeder gegen dieses auf der Klassenherrschaft und der Klassenausbeutung beruhende System protestiert, indem sie die Mittel zu seiner Erhaltung verweigerte. Die Sozialdemokratie ist der Ansicht, daß die Politik jedes Staates auf die Verständigung und Versöhnung der Völker gerichtet sein muß, daß der Wettstreit zwischen den Nationen nicht darin bestehen darf, wer die besten Mordwerkzeuge und die größten Armeen besitzt, sondern wer für die Kultur und den Fortschritt der Menschheit das größte und das meiste leistet.“⁴⁾

Dieser große Gedanke Bebel's findet heute in unermüden Bestrebungen der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers um eine Entspannung, um Abrüstung und um die Durchsetzung des friedlichen Wettstreits der beiden in der Welt bestehenden entgegengesetzten sozialen Systeme seine praktische Verwirklichung! Nie aber ist es eine Stellungnahme für die von den Wehner, Erler, Eichler und Schmid verfochtenen Standpunkte der „Vaterlandsverteidigung“, der Verteidigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nämlich, für den sie August Bebel lügenerischerweise in Anspruch nehmen wollen. Den angeführten Stellen aus Reden und Schriften Bebel's könnten noch viele andere hinzugefügt werden aber keine einzige würde in irgendeiner Weise den Fälschertrick rechter sozialdemokratischer Historiker stützen, Bebel in eine Reihe mit den Fürsprechern der „Vaterlandsverteidigung“ vom 4. August 1914 und damit in eine Reihe mit den heutigen rechten sozialdemokratischen Verfechtern der Bonner Militarisierung zu rücken.

Erst recht nutzlos müssen alle Versuche der rechten sozialdemokratischen Führer bleiben, Bebel im Punkte ihrer Einstellung zum bürgerlichen Staat für sich zu reklamieren. August Bebel, davon zeugt sein ganzes Leben und sein Kampf, hat niemals jene Illusionen vom über den Klassen schwebenden Staat, von einer „Versöhnung“ zwischen der Arbeiterklasse und diesem bürgerlichen Staatswesen geteilt, die die rechten sozialdemokratischen Führer als Fortsetzer der ideologischen Wühlarbeit Eduard Bernsteins so eifrig und zielstrebig verbreiten. In der erwähnten Schrift Willi Eichler's wird bezeichnenderweise über die heroischste Periode der alten deutschen Sozialdemokratie, über den Kampf der deutschen Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Vorhut gegen Bismarck's Sozialistengesetz gesagt: „Die tiefste und tragischste Wirkung des Sozialistengesetzes war zweifellos, daß es eine für absehbare Zeit offenbar unüberwindbare Kluft zwischen der Arbeiterchaft und dem Bürgertum aufgerissen hatte.“⁵⁾

²⁾ Berichte Reichstag. VIII. Legislaturperiode, II. Session 1892/93, Dritter Band, S. 2167

³⁾ Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstage, S. 443

⁴⁾ Ebenda

⁵⁾ Willi Eichler, „100 Jahre Sozialdemokratie“, S. 26

Was hier von den rechten sozialdemokratischen Führern als tragisch bezeichnet wird, hat Bebel, unter dessen maßgeblicher Führung der Kampf gegen das vom Bismarckschen Staat verhängte Sozialistengesetz geführt wurde, stets als klärend empfunden. Er erwartete keine „Ausöhnung“ zwischen dem Staat der Kapitalisten und der Arbeiterklasse. Vor 60 Jahren, auf dem Dresdener Parteitag, schleuderte er in der Auseinandersetzung mit den Revisionisten, diesen das stolze, nun schon geflügelte Wort entgegen: „Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben und sie, wenn ich kann, beseitigen.“⁹⁾

Ein Jahrzehnt zuvor hatte er auf dem Frankfurter Parteitag zur Frage der Haushaltsbewilligung gegenüber der damaligen Reichsregierung erklärt: „In der Agitation muß mit besonderem Nachdruck der Klassencharakter des heutigen Staates betont werden, das wird viel zu sehr vernachlässigt. Ist aber die Regierung nichts als der Verwaltungsausschuß der besitzenden Klasse, dann dürfen wir ihr unter keinen Umständen das Budget bewilligen und ihr, soweit es von uns abhängt, das Leben auch nur um einen Tag verlängern.“¹⁰⁾

Und um schließlich das Bild abzurunden, Worte aus den Verhandlungen des Nürnberger Parteitages der Sozialdemokratischen Partei 1908, wo August Bebel klipp und klar erklärte: „Wir sind aus diesem Grund Sozialdemokraten. Unsere ganze Tätigkeit ist darauf gerichtet, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu untergraben, das heißt, eine Tätigkeit zu entfalten, bei der wir die Zustände in Staat und Gesellschaft den Massen in einer Weise klarzumachen suchen, daß sie zum Bewußtsein kommen, daß das unnatürliche, ungerechte,

sie schwer belastende Zustände sind, an deren Stellen notwendigerweise andere, naturgemäße, gerechtere zu treten hätten.“¹¹⁾

Alles das paßt natürlich in keiner Weise in den Godesberger Katechismus der Unterordnung der Arbeiterklasse unter die Interessen des bürgerlichen Staates. Nicht Verwischung des Gegensatzes zwischen Ausbeuterstaat und Arbeiterklasse forderte Bebel, wie das die Wehner, Eichler, Eriker, Schmid heute tun, sondern eine Agitation, die „mit besonderem Nachdruck den Klassencharakter des heutigen Staates“ betont.

Um Bebel in die Reihe der Stammväter des Godesberger Programms zu rücken, ihn mit Eduard Bernstein auf eine Stufe zu stellen, verschweigen die rechten sozialdemokratischen Führer und ihre Geschichtsklitterer, daß Bebel sehr genaue und klare, marxistische Vorstellungen von dem Ziel der Arbeiterklasse, von der neuen erstrebenswerten Gesellschaft hatte, der der Kampf der Werktätigen gegen den Kapitalismus galt. Dieses Verschweigen soll Bebel als einen Anhänger der berüchtigten Linie — das Ziel, was immer es auch sei, ist mir nichts, die Bewegung alles — erscheinen lassen.

Aber Bebel hatte nicht jenen engen Horizont, wie ihn die derzeitigen rechten Führer der SPD immer wieder an den Tag legen. Welcher große historische und wissenschaftlich-marxistisch begründete Weitblick spricht doch aus dieser Äußerung in einem Brief Bebel's an Hermann Schüller vom 3. Februar 1910: „Das 20. Jahrhundert ist mehrfach als das Jahrhundert der Sozialreform bezeichnet worden. Ich betrachte es als das Jahrhundert der sozialen Revolution, in dem die letzten Rechte menschlicher Unfreiheit und der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt werden.“¹²⁾

Wir sind heute Mitzeugen dafür, daß Bebel's Voraussicht, die sich mit der wissenschaftlichen Voraussicht seiner Lehrer und engen Freunde Marx und Engels deckt, durch die Ereignisse bestätigt worden ist. Die Geschichte hat nicht Bernstein und seinen Anhängern recht gegeben sondern Bebel, dessen revolutionärer Geist die Entwicklung richtig voraussah. Heute sind auf einem Drittel der Erde bereits die letzten Reste der menschlichen Unfreiheit beseitigt und ist die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen überwunden. Und dieser Prozeß ist nicht an seinem Ende angelangt, sondern hat durch das Bestehen des sozialistischen Weltsystems einen gewaltigen Impuls erhalten, der den Befreiungskampf der unterdrückten Völker in der ganzen Welt vorwärtstreibt.

⁹⁾ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Abgehalten zu Dresden vom 13 bis 20. September 1903, Berlin 1903, S. 313

¹⁰⁾ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Abgehalten zu Frankfurt am Main vom 21. bis 27. Oktober 1894, Berlin 1894, S. 118

¹¹⁾ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Abgehalten zu Nürnberg vom 13. bis 19. September 1908, Berlin 1908, S. 288

¹²⁾ August Bebel an Schüller vom 3. Februar 1910 (Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam)

Das ist ganz verständlich, weil jetzt für alle sichtbar bereits in nicht wenigen Ländern der Erde jene Gesellschaftsordnung besteht mit den „naturgemäßen und gerechteren Zuständen“, also mit wahrhaft menschlichen Zuständen, die Bebel voraussah. August Bebel hat sich dazu keineswegs nebenher und zufällig geäußert. In seinem so verbreiteten und populärsten Werk „Die Frau und der Sozialismus“ hat er in den abschließenden Kapiteln eine zusammenfassende Darstellung der Gesellschaftsordnung gegeben, für die er seine ganze Kraft einsetzte.

August Bebel hat sehr genau, auf der Grundlage der wissenschaftlichen Feststellungen von Karl Marx und Friedrich Engels, die Züge der kommenden Gesellschaftsordnung beschrieben und dabei übrigens sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die von ihm geforderte demokratische Gleichheit und Selbstbestimmung der Arbeiterklasse, der Werktätigen nicht das geringste gemein hat mit den verschlissenen Lösungen von bürgerlicher Demokratie und Selbstbestimmung, mit denen die „Gemeinsamkeitspolitiker“ mit der CDU/CSU hausieren gehen. Bebel schreibt über die in der sozialistischen Gesellschaft sich entwickelnde Harmonie der Interessen zwischen den einzelnen Gesellschaftsgliedern: „Die auf voller Freiheit und demokratischer Gleichheit organisierte Arbeit, bei der einer für alle und alle für einen stehen, also die volle Solidarität herrscht, wird eine Schaffenslust und einen Wettstreit erzeugen, wie sie in dem heutigen Wirtschaftssystem nirgends zu finden sind. Dieser schaffensfreudige Geist wirkt aber auch auf die Produktivität der Arbeit ein. Ferner haben alle das Interesse, da sie gegenseitig füreinander arbeiten, daß alle Gegenstände möglichst gut und vollkommen und mit möglichst geringem Aufwand an Kraft und Arbeitszeit hergestellt werden, sei es um Arbeitszeit zu sparen oder um Zeit für Erzeugung neuer Produkte zur Befriedigung höherer Ansprüche zu gewinnen. Dieses gemeinsame Interesse veranlaßt alle, auf Verbesserung, Vereinfachung und Beschleunigung des Arbeitsprozesses zu sinnen. Der Ehrgeiz, zu erfinden und zu entdecken, wird im höchsten Grade angeregt, einer wird an Vorschlägen und Ideen den anderen zu überbieten suchen.“¹⁾

Und weiter fährt Bebel fort: „In der sozialistischen Gesellschaft ist der Gegensatz der Interessen beseitigt. Jeder entwickelt seine Fähigkeiten, um sich zu nützen, und damit nützt er zugleich dem

Gemeinwesen. Heute sind Befriedigung des persönlichen Egoismus und Gemeinwohl meist Gegensätze, die sich ausschließen; in der neuen Gesellschaft sind diese Gegensätze aufgehoben, Befriedigung des persönlichen Egoismus und Förderung des Gemeinwohls stehen miteinander in Harmonie, sie decken sich.“¹⁾

Selbstverständlich ist nirgends die Rede davon, daß dies etwa auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft erreicht werden könnte. Diese Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse, ihre Umgestaltung zu wahrhaft menschlichen Zuständen konnte und kann nur durch den Sozialismus, durch den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, das Kampfziel jeder revolutionären Arbeiterpartei, das auch das Ziel des Wirkens von August Bebel war, erreicht werden. Wo wäre hier Raum für jenen Bebel, der angeblich in den politischen Tageskämpfen die Hauptsache seines Wirkens sah, und der angeblich, nach der falschen Behauptung der Godesberg-Jünger, der großen geschichtlichen Mission der Arbeiterklasse keine große Bedeutung beigemessen haben soll? Wir brauchen heutzutage, ein halbes Jahrhundert nach Bebels Tode, nicht weit zu gehen, um uns zu überzeugen, daß auch solche Feststellungen über die sozialistische Gesellschaft, die Gesellschaft der Zukunft, haargenau eingetroffen sind. Wenn 1917 mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution der Auftakt der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab gemacht wurde, hat heute der Sozialismus, hat die Zukunft der Menschheit bereits unmittelbar in Deutschland Fuß gefaßt: in der Deutschen Demokratischen Republik. Hier zeigen sich jene von Bebel hervorgerufenen Züge der Überlegenheit des Sozialismus bei der Verwirklichung der Harmonie der Interessen zwischen Individuen und Gesellschaft. Diese neuen menschlichen Verhältnisse gehören zu den bleibenden und tiefsten Eindrücken, die von Arbeiterdelegationen aus der Bundesrepublik, Sozialdemokraten, Parteiloosen, Kommunisten, Christen — bei den Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenzen oder bei anderen Gelegenheiten in der DDR gewonnen wurden. Bebel ist in der Tat ein Kronzeuge für die Feststellung N. S. Chruschtschows auf dem VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Berlin: „Hier, in der Deutschen Demokratischen Republik, ist Deutschland, hier ist die Zukunft!“

August Bebel und sein Wirken gehört allen Verfälschungsversuchen der rechten sozialdemokratischen Führer zum Trotz, eindeutig und unverrückbar dem revolutionären Erbe der deutschen Arbeiterbewegung an. Es ist ein fruchtloses

¹⁾ August Bebel, „Die Frau und der Sozialismus“, Berlin 1953, S. 462/463

²⁾ a. a. O., S. 464/465

Beginnen, wenn irgendwelche Rechtfertiger des Godesberger Programms sich hinter der ehrfurchtgebietenden Gestalt des großen deutschen Arbeiterführers zu verstecken suchen, aus Gründen, die genau den politischen Zielen August Bebels entgegengesetzt sind.

August Bebel und sein Vermächtnis steht vielmehr an der Seite der westdeutschen Arbeiterklasse bei der Entfaltung einer wirklichen Arbeiterpolitik, im Kampf gegen Militarismus und Monopolkapital, für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt, einer Politik, die die Arbeiterklasse erzieht und für den Kampf um das große sozialistische Ziel vorbereitet, für das August Bebel bis zu seinem letzten Atemzug gewirkt hat.

Es ist bekannt, daß August Bebel in manchen Fragen den Vorstellungen aus der Periode der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert verhaftet blieb. Die neuen Bedingungen, die mit dem Übergang zum Imperialismus, der letzten Etappe des Kapitalismus, in Deutschland und in der Welt überhaupt entstanden, vermochte er nicht in allen Konsequenzen zu erkennen und diesen Bedingungen entsprechend zu handeln. Aber in seinem ganzen Wirken, bis zu seinem Tode blieb dieser alte Recke des Befrei-

ungskampfes der Arbeiterklasse unverrückbar dem Klassenstandpunkt der Arbeiterklasse verpflichtet. Nicht die Ebert, Scheidemann, Legien, nicht die rechten Führer der SPD betrachtete er als die würdigen Fortsetzer seines Werkes. Es war vielmehr Karl Liebknecht, der spätere Führer der Spartakusgruppe und Gründer der kommunistischen Partei Deutschlands, dem er schrieb: „Du bist der einzige, auf den ich meine Hoffnungen setze!“¹²⁾

Und noch an seinem 70. Geburtstag war es einer seiner sehnlichsten Wünsche, den Tag zu erleben, „wo ich Euch“, wie er den Genossen zurief, „das rote Banner zum Sturm vorantreiben kann.“¹³⁾

Das Vermächtnis August Bebels, sein ganzes Leben und Wirken, ist eine aktuelle Mahnung an die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik, den Kampf gegen den Bonner Militarismus, gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung, für eine entschlossene Wende in der Politik mit jener Konsequenz und jenem Verantwortungsbewußtsein vor der eigenen Klasse, vor dem Schicksal der ganzen Nation zu führen, das den großen Vorkämpfer gegen Militarismus und Kapitalismus, für eine Zukunft des Friedens und des Sozialismus auszeichnete.

Neue Kernwaffenpläne der westdeutschen Militaristen *



Das Streben nach dem Besitz und der Verfügungsgewalt über Kernwaffen steht seit wenigstens fünf Jahren im Zentrum der aggressiven Pläne und Machenschaften der westdeutschen Militaristen. In der letzten Zeit hat es jedoch einen besonders heftigen und abenteuerrichen Charakter angenommen.

I

Die wichtigsten Ursachen — in komplizierter Weise miteinander verflochten — sind die folgenden:

1. Innerhalb des imperialistischen Lagers und seines wichtigsten Kriegsblocks, der NATO, hat sich das Kräfteverhältnis

tiefgreifend geändert. Die imperialistischen Widersprüche sind schärfer geworden. Das von Lenin entdeckte Gesetz der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung der kapitalistischen Länder wirkt immer stärker zugunsten der imperialistischen Mächte Westeuropas, insbesondere Westdeutschlands und Frankreichs, zu ungunsten der USA. Von 1953 bis 1961 wuchs die Industrieproduktion der EWG um 82 Prozent, die der USA (und Kanadas) aber nur um 16 Prozent. Zwischen 1957 und 1961 stieg die Arbeitsproduktivität in der Bundesrepublik um 22 Prozent, in den USA um 16 Prozent. Von 1958 bis 1961 steigerte die Bundesrepublik ihren Export an Industriewaren um 44,1 Prozent (auf 11 207 Millionen Dollar), während er in den USA nur um 9,9 Prozent (auf 12 874 Millionen Dollar) stieg. Aus dieser Entwicklung resultiert, was in der westlichen Publizistik der „Aufstand der Europäer“ genannt wird. Die herrschenden Kreise der westeuropäischen imperialistischen Staaten, vor allem die Bonner Scharfmacher, wollen entsprechend ihrer ökonomischen Stellung auch politisch und militärisch größere Rechte und mehr

¹²⁾ August Bebel an Karl Liebknecht vom 10. November 1906, in „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Sonderheft anlässlich des 15. Jahrestages der Gründung der SED, Berlin 1961, S. 255.

¹³⁾ August Bebel, „Eine Biographie“, Berlin 1963, S. 209.

* Der Beitrag wurde uns von einem Militärpublizisten zur Verfügung gestellt.

Macht bekommen. Sie wollen „souverän“ sein. Dieser Souveränität aber verstehen sie — Strauß hat das schon vor Jahr und Tag erklärt — den Besitz und die Verfügungsgewalt über Kernwaffen.

2. Das erklärte politische und militärpolitische Ziel der Bonner Regierung ist Revanche, die Beseitigung der historischen Ergebnisse des zweiten Weltkrieges, insbesondere des deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates, der DDR. Wenigstens dreimal haben die Imperialisten versucht, die DDR erst ökonomisch zu würgen und mit allen Mitteln der sogenannten psychologischen Kriegsführung sturmreif zu machen, um sie dann mit einem direkten militärischen Stoß „aufzurollen“. Von der neuen Ausgangslinie an Oder und Neiße würde man dann sehen, wie es gegen Polen, die CSSR und später sogar gegen die Sowjetunion weitergeht. Nach diesem Plan handelten die Imperialisten im Sommer 1953, im Herbst 1956 und im Sommer 1961. Aber sie sind jedesmal gescheitert, am 13. August 1961 endgültig. Dieser historische Tag hat aller Welt klargemacht, daß die Ära Adenauer zu Ende und der Straußsche „Fall Rot“ bankrott ist. Es kam zu der bald dumpf dahinschwehenden, bald offen ausbrechenden Dauerkrise der Bonner Regierung. Es begann die Suche gewisser Gruppen der westdeutschen Bourgeoisie nach einer „neuen“, „biegsameren“ Taktik. Die am meisten reaktionären und aggressiven Kreise jedoch versuchten, ihrer gescheiterten Konzeption ein neues, stärkeres Rückgrat einzuziehen, um sie doch noch durchsetzen zu können. Dieses Rückgrat sollen Kernwaffen sein, anwendbar im Sinne des ehemaligen USA-Außenministers Dulles: als „großer Knüppel“, mit dem man drohen, erpressen und schließlich zuschlagen kann.

3. Nun war aber die Dulles-Doktrin, viele Jahre lang die offizielle politisch-strategische Linie sowohl der amerikanischen Regierung wie auch der NATO, mittlerweile auch gescheitert. Ein westliches Atommonopol bestand bereits seit November 1947 nicht mehr. Eine militärisch einsetzbare Wasserstoffwaffe hatte die Sowjetunion eher als die Vereinigten Staaten (August 1953). Im August 1957 startete die UdSSR ihre erste interkontinentale ballistische Rakete, einen strategischen Waffenträger, gegen den die amerikanischen Atombomber um eine ganze Entwicklungsstufe zurückblieben. Selbst als die USA ihrerseits strategische Raketen entwickelten, konnten sie den sowjetischen Vorsprung nicht mehr aufholen — es entstand und besteht auch heute die vielbesprochene „Raketengap“, in der sich die militärische Überlegenheit des Sozialismus besonders eindrucksvoll zeigt. Unter dem Einfluß die-

ser einschneidenden Veränderungen im militärischen Kräfteverhältnis büßte die atomare Stärkepolitik von Dulles mehr und mehr an Chancen ein. Es wurde möglich, Kriegsabenteuer der Imperialisten im Keim zu ersticken, den aggressiven Kreisen Zügel anzulegen, gegen ihren Widerstand der friedlichen Koexistenz den Weg zu bahnen und Möglichkeiten für Entspannung und Abrüstung zu eröffnen. Sichtbar wurde das vor allem mit den Ergebnissen der Krise im karibischen Raum, mit dem Moskauer Abkommen über die Einstellung von Kernwaffenversuchen und mit dem weltweiten Echo auf die sowjetischen Vorschläge für einen Nichtangriffspakt zwischen den Staaten der NATO und denen des Warschauer Vertrages. Gerade dieses Entwicklung fürchten aber die Bonner Militaristen. Sie können ohne das Klima des kalten Krieges und des Wettrüstens für den heißen Krieg nicht leben. Deshalb möchten sie diese Entwicklung, „ehe es zu spät ist“, blockieren, die Spannungen wieder verschärfen und das Wettrüsten erneut anstacheln — eben mit Kernwaffen.

II

Diese drei wichtigsten Ursachen des Strebens der westdeutschen Imperialisten nach dem Besitz und der Verfügungsgewalt über Kernwaffen zeigen: Die neuen Kernwaffenpläne Bonns sind Ausdruck nicht der Stärke, sondern der Niederlagen, der Defensive, der Kräfteniederlegung des Imperialismus und seiner wachsenden inneren Widersprüche. Sie sind der gefährliche, aber untaugliche Versuch, eine bereits gescheiterte Politik fortzuführen, das Kräfteverhältnis in Deutschland und der Welt wieder zugunsten des Imperialismus zu ändern und die gesetzmäßige Entwicklung zu Frieden und Sozialismus aufzuhalten.

Besonders deutlich wird das auch angesichts der Entwicklung der militärpolitischen Zusammenarbeit der Imperialisten und der gegenwärtig in der SPD bestimmenden Führungsgruppe während der letzten Zeit.

Die neuen Kernwaffenpläne, die ein Ausdruck der Schwäche und der Niederlagen der westdeutschen Imperialisten sind, werden von der Wehner-Erler-Gruppe immer offener unterstützt. Auf dem Stuttgarter Parteitag 1958 wurde noch (von Ollenhauer) über den Kampf gegen die Atomrüstung als „ein Gebot der Vernunft“, eine „Frage von Leben und Tod“ gesprochen. Auf dem Godesberger Parteitag 1959 war man zwar schon bis zur vollen Unterstützung der Bundeswehr gekommen, aber in der Frage der Atombewaffnung machte man noch in vorsichtiger Opposition. Auf dem

Parteitag in Hannover 1960 plädierte Carlo Schmid schon im Strauß-Jargon für eine „strategisch-atomare Abschreckung“. Auf dem Kölner Parteitag im Mai 1962 — also nach der Niederlage vom 13. August — gingen die rechten sozialdemokratischen Führer dann aber wesentlich weiter. Sie bejahten die Atomwaffe nicht mehr nur als ein politisches und militärisches Prinzip „abendländischer Sicherheit“, sondern sie bekannten sich zu dem entsprechenden Rüstungsprogramm der Bonner Nazigenerale. Erler erklärte: „Ich würde davor warnen, daß wir in dieser Lage glauben, es ließe sich ein ganz bestimmtes unteres oder oberes Limit (der Rüstungskosten im Staatshaushalt) festlegen.“ Ein Jahr später wurde der entsprechende praktische Schritt getan. Zum ersten Mal stimmte die SPD-Fraktion in einer Wehrdebatte des Bundestages nicht mehr gegen den Rüstungshaushalt, sondern enthielt sich der Stimme. Zur gleichen Zeit begrüßte Erler lautstark die Ergebnisse der NATO-Ratstagung in Ottawa, die den Bonner Militaristen den Zugang zu Kernsprengköpfen geöffnet hatte. Er forderte sogar, die „Mitwirkung an der atomaren Gesamtplanung zu verstärken“ und „ein Mitspracherecht möglichst im Pentagon“ (dem USA-Kriegsministerium) direkt zu bekommen. Schließlich verkündete Erler in der „Welt der Arbeit“ vom 17. Juli sogar, es sei „zu einer starken Annäherung der Standpunkte“ von Regierung und Opposition gekommen und es sei „nicht ausgeschlossen, daß der nächste Verteidigungshaushalt der Sozialdemokratischen Partei sogar die Zustimmung ermöglicht“.

III

Mit dieser Unterstützung der Wehner-Erler-Gruppe treiben die Bonner Militaristen ihre Kernwaffenpläne auf mehreren Gleisen gleichzeitig voran.

Das erste und wichtigste ist die sogenannte **Verwandlung der NATO in eine Atommacht**. Der Plan dafür wurde 1961 — maßgeblich von Adenauer, Strauß und dem damaligen NATO-Oberbefehlshaber, General Norstad — ausgearbeitet. Die NATO, genauer: das NATO-Kommando (Heusinger!) und sein wichtigster Abschnitt, Europa-Mitte (Speidel!), sollten ein eigenes Atompotential erhalten, welches den westeuropäischen Partnern größere „eigene Sicherheit“, also größere Selbständigkeit für atomare Abenteuer gäbe. Die Vereinigten Staaten sahen durch dieses Projekt zwar ihre atomare Vorherrschaft und bis zu einem gewissen Grade auch ihre eigene Sicherheit bedroht. Sie sahen in ihm aber gleichzeitig eine Möglichkeit zur Stärkung ihres Kriegspaktes und eine Chance, den Partnern noch größere Rüstungslasten auf-

zuhaufen und sie so als Konkurrenten zu schwächen. Deshalb gingen sie auf den Plan der NATO-Atommacht ein, wobei sie außerdem darauf spekulierten, eine „gemeinsame“ Atommacht werde das Streben der westeuropäischen Partner nach Besitz und Verfügungsgewalt über Kernwaffen „auffangen“ und „beschwichtigen“ können. So kam es zunächst zu dem Plan der sogenannten multinationalen Atommacht, die am 21. Dezember 1962 zwischen den USA und England vereinbart wurde. Dieses Projekt ging aber weil es im wesentlichen von den bereits kernwaffenbesitzenden NATO-Staaten und unter amerikanischem Kommando verwirklicht werden sollte, den atomwütigen Militaristen in Paris und auch denen in Bonn nicht weit genug. Adenauer erklärte Kennedy in einem offiziellen Schreiben, daß die Bonner Regierung „sich nicht mit den neuen strategischen Vorstellungen der amerikanischen Regierung einverstanden erklären“ könne. Daraufhin machten die USA weitere Zugeständnisse. Sie traten, wie die „Welt“ am 20. Februar 1963 schrieb, „die Flucht nach vorn an“ und schlugen vor, die multinationale zur multilateralen Atommacht auszubauen. Diese multilaterale Atommacht soll allen NATO-Partnern offenstehen und aus einem gemeinsamen Waffensystem gebildet werden, das gemeinsam finanziert, bemannt und kommandiert wird. Es ist dies die berühmte Atomflotte aus Frachtschiffen mit „Polaris“-Raketen, ein abenteuerliches Vorhaben, das weder militärischen Notwendigkeiten entspringt noch ernsthaften militärischen Wert hat, sondern Ausdruck der NATO-Widersprüche, der Aggressivität der Bonner Militaristen und der gefährlichen Zugeständnisse ist, die ihnen die Kennedy-Regierung macht.

Wie wenig die NATO-Atommacht die westdeutschen Militaristen „beschwichtigt“, wie sehr sie vielmehr ihren Appetit noch weiter reizt, geht aus den Forderungen hervor, die man in Bonn mit dem Projekt der „Polaris“-Flotte verknüpft. Kriegsminister von Hassel, Nazigeneral Foertsch und andere Vertreter der aggressiven imperialistisch-militaristischen Clique haben in den letzten Monaten nicht weniger als das folgende verlangt: Im gemeinsamen Kommando dürfe nicht das Einstimmigkeitsprinzip, sondern müsse die Mehrheitsentscheidung gelten; die Bundeswehr müsse an der Atomflotte und in ihrem Kommando entsprechend der Stärke ihres Truppenbeitrages zur NATO, also faktisch mit 50 Prozent, beteiligt werden; die „Polaris“-Schiffe seien gut, sie könnten aber strategische Atomraketen auf dem Festland nicht ersetzen; schließlich müßten neben der NATO-Atommacht taktische Kernwaffen

in der Verfügung der Korps und Divisionen der Bundeswehr sein und nach dem Prinzip der „Vorwärtsverteidigung“ direkt an der Grenze zur DDR aufgestellt werden.

Das zweite Gleis zum Besitz und zur Verfügungsgewalt über Kernwaffen ist die **Militärachse Bonn-Paris**. Sie ist es im doppelten Sinne. Einmal eröffnet sie den westdeutschen Militaristen die Möglichkeit, sich an der französischen Atomrüstung finanziell und personell, ideell und materiell zu beteiligen und früher oder später entsprechende Früchte zu ernten. Deutlich genug schrieb die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, es „kann die militärische und politische Kraft der Bundeswehr auf die Militärpolitik unseres westlichen Nachbarn einwirken. Die damit bestehende Abhängigkeit wird dann keine national eingeengte Verwendung der französischen Atomwaffen dulden“. Zum anderen ist die Achse ein Druckmittel der Scharfmacher gegenüber den USA. Die Drohung mit einem westdeutsch-französischen Alleingang zum „nuklearen Europa“ soll die Kennedy-Regierung zu immer weiteren Zugeständnissen zwingen und der Bonner imperialistisch-militaristischen Clique in der NATO-Atommacht eine Vorzugsstellung neben den USA sichern.

Das dritte Gleis der Bonner Atompolitik ist das massenhafte Eindringen von Bundeswehroffizieren in die NATO-Stäbe, wo ihnen die Kernwaffen der amerikanischen und englischen Partner unterstehen. Der entscheidende Schritt in dieser Richtung ist der Versuch, auch in die Standing Group, das oberste strategische Befehlszentrum der NATO zu kommen. Bis jetzt sind dort lediglich amerikanische, britische und französische Generale vertreten. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ständigen Militärausschusses der NATO sitzt zwar der Nazigeneral Heusinger schon seit langem in der Tür der Standing Group, aber er ist nicht offizielles Mitglied. Nun, da seine (bereits einmal verlängerte) Amtszeit in Washington abläuft, will man ihn dazu machen. Am 8. Juli 1963 schrieb der Intimus des Bonner Kriegsministers, Nazigeneralstäbler Adelbert Weinstein, in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“: „Die Zahl der hohen militärischen Positionen, die uns zugewiesen ist, entspricht nicht der Höhe unseres Beitrages an konventioneller Rüstung zur gemeinsamen Verteidigung. Sollte General Heusinger aus dem jetzigen Amt scheiden, so stellt sich ernsthaft die Frage, ob die Bundesrepublik dann nicht Aufnahme in die Standing Group der NATO finden müßte.“

Schließlich gibt es ein viertes Gleis der Bonner Atompolitik: die wissen-

schaftlich-technische, industrielle und militärische Vorbereitung zur Herstellung eigener Kernwaffen. In den Atomforschungszentren in Jülich, Karlsruhe, Garching bei München und vielen anderen läuft diese verbrecherische Arbeit auf Hochtouren. Bereits 1961 hatten Bonner Regierungssprecher anlässlich der DEGUSSA-Affäre zynisch verkündet, die Bundesrepublik sei in der Lage, eine besonders billige und wirksame „Volkaatombombe“ zu bauen. So klopft Westdeutschland, das vor 13 Jahren mit Polizeiformationen begann, heute frech an die Türen des Atomklubs. Seine vielgepriesene Integration in die NATO kehrt sich immer mehr in ihr Gegenteil, in die Integration der NATO durch Bonn. Aus dem angeblich an fester Kette liegenden Hofhund ist ein wild herumstreichender Wolfhund geworden, der in seiner Tollwut alle und auch seinen eigenen Herrn anzufallen bereit ist.

IV

Natürlich kann das vielgleisige Streben nach Kernwaffen die Chancen der Bonner Militaristen nicht erhöhen und die Gesetzmäßigkeit ihrer Niederlage nicht aus der Welt schaffen.

Militärisch vermag der Bonner Atomkoller am Kräfteverhältnis, an der Überlegenheit des sozialistischen Lagers und seiner Verteidigungskoalition nicht das mindeste zu ändern. Als „großer Knüppel“, mit dem man drohen und erpressen kann, sind imperialistische Kernwaffen heute untauglicher denn je. Der Versuch, sie einzusetzen, würde zur Selbstvernichtung des Aggressors führen. Das hat selbst eine solche imperialistische, antikommunistische Führungsgruppe wie die Regierung Kennedy bis zu einem gewissen Grade begriffen. Kennedy erklärte in einer Rede am 10. Juni 1963: „Ich spreche vom Frieden, weil der Krieg ein neues Gesicht trägt. Ein totaler Krieg ist sinnlos in einem Zeitalter, in dem Großmächte umfassende und verhältnismäßig unverwundbare Atomstreitkräfte unterhalten können... Wenn heute ein totaler Krieg ausbrechen sollte, so wäre alles, was wir aufgebaut haben, alles, wofür wir gearbeitet haben, in den ersten 24 Stunden vernichtet.“ Es ist offenbar diese weitgehend realistische Einschätzung gewesen, die Kennedy veranlaßte, auf den Vorschlag N. S. Chruschtschows einzugehen und einem Verbot der Kernwaffenversuche im Kosmos, in der Atmosphäre und unter Wasser zuzustimmen. Die westdeutschen Militaristen aber sind von solchen Einsichten und Schlußfolgerungen noch immer weit entfernt. In der Juli-Ausgabe der Zeitschrift „Wehrkunde“ verkündete Kriegsminister von Hassel, Bonns militärpolitische Ziele könnten nur erreicht werden, „wenn wir

über die wirksamsten technischen Mittel (also Kernwaffen) verfügen und wenn wir darüber hinaus entschlossen und bereit sind, von den uns gegebenen Mitteln Gebrauch zu machen". Das ist Ausdruck einer selbstmörderischen Abenteuerlichkeit. Ähnlich wie die Hitlerfaschisten sind die Bonner Militaristen bereit, im Falle eines Falles "die Tür mit einem Krach hinter sich zuzuschlagen", das heißt, die Bundesrepublik und ihre Bevölkerung in ihren eigenen Untergang hineinzuziehen. Käme es zu einem Kernwaffenkrieg, dann würde die Bundesrepublik schon in der ersten Stunde dieses Krieges verbrennen. Dies ist die einzige militärische Chance, die das Streben der Bonner Militaristen nach Kernwaffen eröffnet.

Aber auch **außenpolitisch** kann die Atompolitik die Dinge nur weiter zuspitzen. Dieselben imperialistischen Widersprüche, die durch die NATO-Atommacht und die Achse Bonn-Paris "gedämpft" werden sollen, werden in Wirklichkeit durch sie weiter verschärft. Charakteristische Beispiele dafür waren die Ereignisse anlässlich der Besuche des amerikanischen Präsidenten Kennedy und des französischen Präsidenten de Gaulle in der Bundesrepublik. Was den Kennedy-Besuch angeht, so hatte man in Bonn prophezeit, mit ihm würden die westdeutsch-amerikanischen "Mißverständnisse" der letzten Zeit endgültig ausgeräumt werden. Aber Kennedy war kaum weg, da tauchten alle die alten Widersprüche erneut auf: der westdeutsch-amerikanische Handelskrieg, der Krach um die fettesten Brocken bei der neokolonialistischen "Entwicklungshilfe", das Feilschen um die Gestaltung der NATO-Atommacht, vor allem aber die Gegensätze in der Frage des Ost-West-Verhältnisses. Als N. S. Chruschtschow während seines Besuches in der DDR Vorschläge zur Entspannung, zur Einstellung der Kernwaffenversuche und für einen Nichtangriffspakt NATO — Warschauer Vertrag machte, als alle Welt diese Vorschläge begrüßte und auch die Kennedy-Regierung sie für "höchst bedeutsam und positiv" hielt, tönte es aus Bonn: "Alle Parteien lehnen die sowjetischen Pläne ab." Als die Moskauer Dreimächteverhandlungen begannen, drohte die adenauerhörige Presse: "Hier ist ein offenes Wort mit unseren Freunden, auch mit den Amerikanern vonnöten". "Briten und Amerikaner sind gar nicht berechtigt, in Moskau für die NATO zu verhandeln." Angesichts dessen stellte das amerikanische Nachrichtenmagazin "I. F. Stones Bi-Weekly" mit Recht fest: "Die Versicherung, die Adenauer wirklich haben will, ist, daß wir den kalten Krieg nicht einstellen werden. Damit

würde Westdeutschland nämlich seine Fähigkeit verlieren, Ost und West sowie die USA und Frankreich gegeneinander auszuspielen, während es sich selbst wieder zu einer großen Militärmacht entwickelt, die erneut in der Lage ist, ihre Ziele mit Drohungen und Erpressungen anzustreben."

Und genauso, wie sich die außenpolitische Situation Bonns gegenüber den amerikanischen Partnern weiter verschärft — trotz des Kennedy-Besuches — so verschärft sie sich auch gegenüber dem Achsenpartner in Paris — trotz des de-Gaulles-Besuches. Das kürzliche Treffen, das der erste Schritt zur Verwirklichung des Vertrages vom 21. Dezember 1962 sein sollte, endete faktisch ergebnislos. Es brachte, wie viele bürgerliche Zeitungen übereinstimmend schrieben, "auf beiden Seiten des Rheins Ernüchterung und Enttäuschung". Gescheitert ist die Gemeinschaftsproduktion eines westdeutsch-französischen "Europa-Panzers"; sowohl die französischen wie auch die westdeutschen Rüstungsmonopole bauen ihren eigenen. Ohne den Achsenpartner auch nur zu konsultieren, hat Frankreich seine Atlantikflotte der NATO entzogen. Trotz der beschlossenen "Gemeinschaftsarbeit" der Generalstäbe gab der französische Kriegsminister Messmer durch einen Artikel in der Zeitschrift "Revue de Défense nationale" zu erkennen: Frankreich entwickelt eine eigene strategische Konzeption. Es wird seine Truppen nicht im Sinne der "Vorwärtsstrategie" möglichst weit ostwärts, also in der Bundesrepublik, aufstellen, sondern "in der Tiefe des Raumes, im Inneren Frankreichs".

Schließlich wird das Streben der Bonner Imperialisten nach Kernwaffen auch **innenpolitisch** zu neuen Erschütterungen des militaristischen Systems führen. Die ungeheuerliche Aufblähung des Rüstungshaushalts bedeutet neue Angriffe auf die Lebenslage der Arbeiterklasse und anderer Schichten. Der Ausbau der Bundeswehr, deren reaktionäre innere Funktion immer stärker wird, geht jetzt vor allem in Form der Verstärkung der sogenannten Territorialarmee weiter. Mit ihr soll ein millionenstarkes Ersatzheer entstehen, das entscheidende Teile der arbeitenden Bevölkerung unter die militärische Befehlsgewalt und die Militärgerichtsbarkeit bringt. Parallel dazu wird die Notstandsgesetzgebung vorangetrieben. Die Generalschule strebt nach der vollständigen Herauslösung der Bundeswehr aus der sogenannten parlamentarischen Kontrolle. Für den Fall, daß im Bundestag einmal andere Mehrheitsverhältnisse bestehen, soll die Bundeswehr als Instrument jener ultrareaktionären Kräfte, die sich im Schattenkabinett Globkes bereits formiert haben, ohne

oder sogar gegen das Parlament „Ruhe und Ordnung“ schaffen können. So erweist sich der westdeutsche Militarismus immer sichtbarer als jener Würgeengel, von dem Karl Liebknecht sagte, „er barbarisiert die Zivilisation und frisst das Volk aussaugend, alle Mittel auf, die einem wahrhaften Fortschritt dienen könnten. Er ist die Quintessenz und die Summe aller Volksfeindlichkeit, der brutale Exekutor und blutig-eiserne Schutzwahl des Kapitalismus“.

V

Die Schlußfolgerungen aus dem Streben der Militaristen nach Besitz- und Verfügungsgewalt über Kernwaffen können nur sein: Aktives Handeln der Arbeiterklasse und der friedliebenden Kräfte, um den atomwütigen Scharfmachern ihre verhängnisvolle Einflußnahme auf die Politik der Bundesrepublik zu entziehen. Jede von der Verantwortung für Leben und Zukunft unseres Volkes getragene Politik muß davon ausgehen, auf diese Weise eine atomare Katastrophe zu verhindern. Darum erklärt die Kommunistische Partei Deutschlands in ihrer „Programmatischen Erklärung“ vom Parteitag 1963:

„In unserer Forderung nach einer eigenen Abrüstungsinitiative der Bundesrepublik wissen wir Kommunisten uns einig mit den Gewerkschaften und der Mehrheit der Bevölkerung. Mit dem Verzicht der Bundesrepublik auf jegliche Atomrüstung würde der Weg frei zur Schaffung einer atomwaffenfreien und militärisch verdünnten Zone in Mitteleuropa, die von der DDR, der Volksrepublik Polen und der CSSR bereits bejaht wird. Wie die DDR, so sollte sich auch die Bundesrepublik im

Interesse der Entspannung für einen Nichtangriffspakt der Mächte des Warschauer Vertrages und der NATO einsetzen.“¹⁾

Nach dem Moskauer Abkommen über Versuchsstopp zeigen sich günstige Möglichkeiten, den Willen der Völker nach friedlichen Regelungen durchzusetzen. Die vielen Stimmen aus der Bundesrepublik, die das Abkommen als Grundlage weiterer Verhandlungen und Entspannungsmaßnahmen begrüßen, beweisen, daß die Kräfte des Friedens die u. a. ihren Willen in machtvollen Ostermärschen gegen die atomare Gefahr bekundeten, in der Bundesrepublik wachsen. Durch weitere Aktionen haben sie die Möglichkeit, sich noch mehr Einfluß zu sichern. Im Vorschlag des Genossen Walter Ulbrichts auf der Berliner Freundschaftskundgebung mit N. S. Chruschtschow, nunmehr auch normale und sachliche Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten herzustellen sind Wege gezeigt, wie durch Versachlichung und Normalisierung der Weg des Friedens erfolgreich beschriftet werden kann. Der Vorschlag Walter Ulbrichts, beide deutsche Staaten sollten auf „die Erprobung, den Besitz, die Herstellung und den Erwerb von Kernwaffen sowie auf die Verfügungsgewalt über sie verzichten“, entspricht den ureigensten Interessen aller Bürger der Bundesrepublik. Eine Bereitschaft dazu von der Bundesrepublik her zu erzwingen, das ist jetzt die Aufgabe aller Friedenskräfte. Durch machtvolle Aktionen wie am 1. September, dem Antikriegstag der deutschen Arbeiterklasse, durch unermüdbaren Kampf für sachliche und friedliche Regelungen, muß sich dieser Friedenswille stärker denn je durchsetzen.

Konjunkturflaute — Rüstung — Maßhalten*)

Eine Untersuchung von Dr. Rolf Gufermuth

„Nichts ist mehr so wie früher“. Mit diesen Worten drückte ein westdeutscher Publizist in den Tagen des Metallarbeiterstreiks sehr eindeutig aus, daß heute in Westdeutschland eine ganze Periode der Nachkriegsentwicklung — zusammen mit ihren Illusionen — zu Ende gegangen ist, daß eine neue Epoche angebrochen ist, in der die Widersprüche und die sozialen Gegensätze des modernen staatsmonopolistischen Kapitalismus offener zutage treten und ausgetragen werden müssen.

*) „Wissen und Tat“, Sondernummer Juni 1963, S. 17

*) Auszüge aus: „Neues Deutschland“, Zentralorgan der SED, 24. 5. 1963

Auf politischem Gebiet brachte das Jahr 1961 das offenkundige Scheitern der aggressiven außenpolitischen Konzeption der Bonner Ultras. Die im selben Jahre einsetzende Konjunkturflaute beendete den ungewöhnlich starken Nachkriegswirtschaftsaufschwung, der offensichtlich einer längeren Periode der Stagnation und der Verschärfung der Widersprüche auf ökonomischem Gebiet Platz gemacht hat.

Die Maßhalteloffensive der Konzernherren gegen die Arbeiterklasse, der Streik der Metallarbeiter und der Aussperrungsterror der Unternehmer, die die Phrasen vom „Wohlfahrtsstaat“ und von der „Sozialpartnerschaft“ zerfetzelten, las-

sen die ganze Schärfe der sozialen Gegensätze sichtbar werden, die mit dem großkapitalistischen „Wirtschaftswunder“ herangewachsen sind. Und die Versuche der Bonner Ultras, mit forcierter Atomrüstung und der Proklamierung der Not-

standsdictatur die dünne Decke abzustreifen, auf der sie stehen, lassen den volksfeindlichen und reaktionären Charakter des Bonner Staates immer deutlicher zutage treten.

Ein Produkt zeitweiliger Faktoren

Die Ursachen dieses „Klimawechsels“ liegen, soweit es sich um die sozial-ökonomischen Bedingungen handelt, im kapitalistischen, d. h. ausbeuterischen und instabilen Charakter der Nachkriegskonjunktur selbst. Diese beruhte auf der Wirksamkeit **einiger zeitweiliger Faktoren** der Wirtschaftsentwicklung, die sich vor allem aus den schweren wirtschaftlichen Depressionen der Vorkriegszeit, aus dem zweiten Weltkriege und aus seinen wirtschaftlichen Folgen ergeben haben. Sie beruhte weiter auf den militärischen Aggressionen des Imperialismus (Kogon: „Kaum jemand denkt z. B. noch daran, daß wir die erste Hochkonjunktur dieses Wunders einem Kriege verdanken, dem Krieg in Korea, in dessen Sog die Bundesrepublik ihre ersten Devisen-Milliarden einheimste.“). Sie profitierte von den aggressiven Plänen des amerikanischen Imperialismus (z. B. Marshallplan-Kredite statt Reparationen).

Sie hatte schließlich, solange die offene Grenze bestand und Westberlin uneingeschränkt als Provokationszentrum mißbraucht werden konnte, in der systema-

tischen Ausplünderung der Deutschen Demokratischen Republik, im organisierten Menschenhandel und im Diebstahl geistig-wissenschaftlichen Eigentums, von Patenten und Erfindungen, die Forscher der DDR gemacht hatten, eine ihrer Grundlagen.

Die Nachkriegskonjunktur mußte daher im selben Moment zu Ende gehen, in dem diese Faktoren ihre Wirksamkeit einzubüßen begannen. Und dieser Zeitpunkt ist — nicht nur in Westdeutschland, sondern auch in anderen kapitalistischen Ländern, wie die Verschärfung des Kampfes um die internationalen Märkte zeigt — offensichtlich eingetreten.

In vielen Industriezweigen können die vorhandenen Kapazitäten nicht mehr voll ausgelastet werden. Der Umfang teilweise oder vollständig brachgelegter Kapazitäten nimmt zu, der Ausnutzungsgrad der Kapazitäten nimmt dagegen ab, und zwar nicht nur in einzelnen besonders stark betroffenen Zweigen (Bergbau, Schiffbau), sondern auch im Durchschnitt der gesamten Industrie.

Widerspruch zwischen Produktion und Markt

Auch die außenwirtschaftliche Situation Westdeutschlands hat sich in den vergangenen Jahren zuungunsten des westdeutschen Monopolkapitals entwickelt. Die anhaltende Verschärfung des Kampfes um die internationalen Märkte, die z. B. in den wachsenden Widersprüchen sowohl zwischen den EWG-Partnern selbst als auch zwischen ihnen und den anderen kapitalistischen Ländern, darunter vor allem England und die USA, ihren Ausdruck findet, hat das Wachstumstempo der westdeutschen Ausfuhren im Jahre 1962 bis auf 3,9 Prozent verringert (1960: 16,4 Prozent). Dagegen sind die Einfuhren, beispielsweise an Fertigwaren aus den EWG-Ländern, in raschem Steigen begriffen. Dadurch sank der westdeutsche Außenhandelsüberschuß auf etwa die Hälfte, von 6,6 Mrd. D-Mark im Jahre 1961 auf 3,5 Mrd. im Jahre 1962, und die Zahlungsbilanz wurde passiv.

Der Widerspruch zwischen Produktion und Markt und die darauf beruhende Tendenz des Imperialismus zu Stagnation und Flaun der Produktion und der Produktivkräfte beginnen sich auch in Westdeutschland voll zu entfalten.

Dabei besteht auch gegenwärtig, zwei Jahre nach dem Eintritt des Wachstumsrückganges, keine Aussicht auf eine Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstumstempos, ganz im Gegensatz zu den krisenhaften Einbrüchen von 1952/53 und 1957/58, die nach 12 bzw. 18 Monaten in einen neuen Aufschwung übergingen.

Erstens verzeichnen auch die führenden Industrien wie Chemie und Elektrotechnik, die unter den Bedingungen der massenhaften Einführung der neuen Technik immer an der Spitze des Produktionszuwachses standen, erstmals stark sinkende Wachstumsraten. Sie mußten auf dem Verbrauchsgütersektor (Fernsehergeräte, Waschmaschinen usw.) bereits zu Produktionseinschränkungen greifen.

Zweitens sind bedeutende Investitionsprojekte (beispielsweise in der Stahlindustrie) zurückgestellt worden, so daß auch in der Produktionsmittel erzeugenden Industrie die Auftragseingänge sinken und teilweise hinter den Auslieferungen zurückbleiben. So hat nunmehr auch der Maschinenbau, der immer zu den sogenannten „Wachstums-

industrien“ gehörte, mit Produktionseinschränkungen zu rechnen. Seine Auftragsbestände, die im Februar 1962 noch die Produktion von 8,7 Monaten zu sichern vermochten, reichten im Februar 1963 nur noch für 8,9 Monate aus, eine für diesen Produktionszweig keineswegs mehr sehr beruhigende Zahl.

Drittens läßt auch die Auslandsnachfrage ganz erheblich nach.

Vor allem aber bestehen keine Aussichten auf eine Wendung, weil die kapitalistische Ausbeutung und das Raten-

geschäft die Kaufkraft der Volksmassen im Vergleich zu den Produktionsmöglichkeiten äußerst eingeschränkt haben. Die Maßhalteoffensive der Konzernherren vermag zwar die Profite des Monopolkapitals zu steigern und Produktionskapazitäten für die Rüstung frei zu machen, aber zugleich zwingt sie die Vergrößerung der Kaufkraft der Volksmassen (der zahlungsfähigen Nachfrage) und daher die Erweiterung des inneren Marktes für Konsumtionsmittel und für viele Produktionsmittel in noch engere Fesseln.

Scharfe Mißverhältnisse in der Industrie

Die kapitalistischen Ökonomen sprechen von einer „uneinheitlichen“ oder „gespaltenen Konjunktur“ und meinen damit die Tatsache, daß sich die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der einzelnen Zweige der Wirtschaft in Westdeutschland gerade im Zusammenhang mit der Nachkriegskonjunktur ganz außerordentlich verschärft hat, eine Ungleichmäßigkeit, die das Ende der Nachkriegskonjunktur für eine Reihe von Industrie- und Wirtschaftszweigen besonders bedrohlich macht.

Während einige Industriezweige noch vorankommen (Chemie, Elektrotechnik, Autoindustrie, Bau), sind andere dank kolossaler Überinvestitionen in der Periode der Nachkriegskonjunktur in eine zum Teil existenzbedrohende Krise geraten (Steinkohle- und Erzbergbau, Stahlindustrie, Schiffbau, Schuh-, Leder- und die traditionelle Textilindustrie u. a.). Die Produktion des Schiffbaus ist auf 96 Prozent des Standes von 1956 zurückgegangen und droht weitgehend zum Erliegen zu kommen, wenn die vorhandenen Aufträge ausgeliefert sind; denn Anschlussaufträge sind — außer von der Bundeswehr, die auch nur bestimmte Werften beschäftigen kann — kaum vorhanden, und die aggressive Embargo-Politik hat die Aussichten auf Auslandsaufträge keineswegs verbessert.

Der Steinkohlebergbau produziert 7 Millionen Tonnen weniger als noch vor einigen Jahren und keiner — auch die Bundesregierung nicht — wagt es, ihm einen stabilen Absatz von 142 Millionen Tonnen im Jahre (die seit 1960 übliche Jahresproduktion) zu garantieren.

Das westdeutsche Monopolkapital hat sich also — wie seit eh und je — als unfähig erwiesen, selbst unter den äußerst günstigen Bedingungen der lang anhal-

tenden Nachkriegskonjunktur ein organisch entwickeltes und aufeinander abgestimmtes System der Produktivkräfte zu schaffen. Scharfe Widersprüche zwischen den einzelnen Zweigen und Abteilungen der Produktion (Disproportionen) bilden heute eine der Hauptursachen für die zunehmende Verschärfung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Westdeutschland und für die Differenzen innerhalb des Monopolkapitals.

Unter den Bedingungen der zunehmenden Stagnation und Fäulnis in der westdeutschen Wirtschaft verschärfen sich die reaktionären Grundeigenschaften der monopolkapitalistischen Gesellschaft ganz außerordentlich. Notstandsdiktatur und Aufrüstung sowie die Maßhalteoffensive gegen die Arbeiterklasse drücken dies überzeugend aus. In geradezu unverhämter Weise versucht dabei die konzerthörige Presse, die Rüstung als Ausweg aus der wirtschaftlichen Lage und die gerechten sozialen Forderungen der Arbeiterklasse als „Gefahr für die Konjunktur“ und „Bedrohung der Stabilität der Währung“ hinzustellen.

Natürlich wird genau umgekehrt ein Schuh daraus. Wenn die Währung bedroht ist und damit von dieser Seite her neue Krisenelemente für die westdeutsche Wirtschaft entstanden sind, dann wegen der monopolistischen Preistreiberei und der offiziell anerkannten Finanzierung der Investitionen „über den Preis“ (durch überhöhte Abschreibungen), dann wegen der staatsmonopolistischen Praktiken der Investitionsfinanzierung und der Kreditinflation durch die Banken, dann vor allem wegen der Verwendung wachsender Teile des gesellschaftlichen Produkts für die Aufrüstung und die anderen parasitären Bedürfnisse des imperialistischen Staats.

Der große Raubzug

Wenn wir die im Statistischen Jahrbuch der Bundesrepublik enthaltene „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung“ nehmen, dann können wir für die Jahre

1950 bis 1960 näherungsweise berechnen, daß die Arbeiterklasse mit 500 Milliarden D-Mark am westdeutschen Volkseinkommen dieser Jahre beteiligt war, die

Bourgeoisie aber mit 800 Milliarden, davon 600 Milliarden Vermögenszuwachs, während der imperialistische Staat (ohne Sozialaufwendungen) 570 Milliarden verschlang. Wer hier die Volkswirtschaft untergräbt und die Stabilität der Währung gefährdet, bedarf wohl nach diesen Zitäten und Zahlen und nach den Erfahrungen der Geschichte keiner Erörterung mehr.

Das Vermögen des Kriegsverbrechers und Sklavenhändlers Dr. Friedrich Flick, dem 1945 bedeutende Teile seines Konzerns auf dem Gebiete der heutigen DDR endlich genommen worden waren, wird heute wieder steuermäßig auf 1,6 Milliarden D-Mark geschätzt, während sein „wirtschaftlicher Wert“ mit vier Milliarden angegeben wird. Allein von der Daimler-Benz AG bezog Flick im Jahre 1962 ein Dividendeneinkommen von 20 Millionen D-Mark. Das wäre ein „Stundenlohn“ von 10 000 (zehntausend!) D-Mark bei 2000 Jahresarbeitsstunden oder der Lohn von mehr als 3000 Arbeitern, die 1961 in der Autoindustrie laut Statistischem Jahrbuch der Bundes-

republik einen durchschnittlichen Brutto-Stundenlohn von 3,28 D-Mark hatten.

10 000 Vermögensmillionäre zählte 1957 die Bundesrepublik, doppelt soviel wie 1953 und 1000 davon vereinigten den Löwenanteil der Millionärsvermögen auf sich. Wahrscheinlich „enorme Gewinne und eine lawinenhafte Kapitalbildung“, wie Prof. Kogon sagte.

Dieses „Profitwunder“ hat die westdeutsche Arbeiterklasse nicht nur mit ihrem Schweiß, sondern auch mit ihrem Blut und ihrer Gesundheit bezahlt. Das Produkt des Arbeiters ist in den letzten fünfzehn Jahren in vielen Industriezweigen auf das Zwei- bis Dreifache gestiegen. Sicher war die Einführung der modernsten Technik in den Konzernbetrieben die Grundlage dieser starken Leistungssteigerung der Arbeiter. Aber man darf dabei nie vergessen, daß unter kapitalistischen Bedingungen die Einführung der neuesten Technik untrennbar verbunden ist mit der weiteren Steigerung der Arbeitshetze, der Erhöhung der Arbeitsintensität und einer maximal gesteigerten Ausbeutung der Arbeitskraft.

Der Blutzoll der Arbeiterklasse

Im Ergebnis dessen haben Betriebsunfälle und Berufserkrankungen heute ein solch erschreckendes Ausmaß angenommen, daß Westdeutschland damit an der Spitze der kapitalistischen Welt steht. Jede Million Tonnen Stahl wird mit vier Toten bezahlt. Jeder sechste bis siebente „Arbeitnehmer“ erleidet jährlich einen „meldepflichtigen Unfall“, das heißt einen Unfall, der eine mindestens dreitägige Arbeitsunfähigkeit zur Folge hat (in der DDR etwa jeder Zwanzigste, wobei die Meldepflicht viel umfassender ist).

In bedrohlichem Umfang sind auch solche Erkrankungen und Gesundheitsschädigungen wie Herz- und Kreislafstörungen angestiegen, die selbst nach dem Urteil westdeutscher Sachverständiger auf ununterbrochene Arbeitshetze und ständigen psychischen Druck zurückzuführen sind.

Von der Verwüstung der Arbeitskraft zeugt eindeutig das Ansteigen der sogenannten Frühinvalidität, d. h. des vorzeitigen Verbrauchs der Menschen. Mehr als 60 Prozent aller Männer und 75 Prozent aller Frauen werden heute vor Erreichung des gesetzlichen Rentenalters invalide. Das Durchschnittsalter bei Eintritt des Invaliditätsfalls ist schon auf 53 bis 54 Jahre abgesunken. Und das bei den großen Fortschritten der medizinischen Wissenschaft in den letzten drei Jahrzehnten!

Die Verteidiger der „sozialen Marktwirtschaft“ kommen uns nun hier mit dem angeblich noch niemals erreichten

Lebensstandard der westdeutschen Arbeiter. Sicher ist der tägliche Verbrauch an Nahrungsmitteln und Industriewaren höher als zu Beginn der Nachkriegskonjunktur. Sicher hat — bei gleichzeitiger bedeutender Senkung des Verbrauchs an Kartoffeln, Getreideerzeugnissen und anderen Grundnahrungsmitteln — der Verbrauch an hochwertigen Nahrungsmitteln gegenüber der Zeit des Hitlerfaschismus (durchaus nicht in allen Fällen gegenüber der Weimarer Republik) zugenommen.

Aber der Mensch kann nicht beliebig den Verschleiß seiner Arbeits- und Lebenskraft ersetzen. Er kann — auch bei bester Ernährung — Tag für Tag nur in einem durch biologische Grenzen bestimmten Umfang seine Arbeitskraft wiederherstellen. Wenn also in Westdeutschland in erschreckendem Maße Frühinvalidität und Berufserkrankungen zunehmen, dann zeigt das nur, in welchem Umfang bei vielen Arbeiterkategorien der beständige Verschleiß an Arbeitskraft die Möglichkeiten ihrer Wiederherstellung überschreitet! Ihren gegenüber der Vorkriegszeit gestiegenen Verbrauch bezahlt die Arbeiterklasse trotz verkürzter Arbeitszeit und gestiegener Löhne im Dienste des Profits und der wachsenden Kapitalmacht der Konzerne mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben.

Die Maßhaltteoffensive der Konzernherren ist nun der Versuch, auch unter den Bedingungen des Endes der Nachkriegskonjunktur die Ausbeutung weiter zu verschärfen und anhaltend hohe Profite zu erzielen sowie die ständig wach-

senden Kosten der imperialistischen Expansionspolitik (etwa der „Entwicklungshilfe“ oder eines westdeutschen „Friedenskorp“) des kalten Krieges und vor allem der Atomrüstung aufzubringen.

Zweitens glauben die westdeutschen Konzernherren, mit einer breiten Entwicklung einer eigenen Rüstungsproduktion der Konjunkturverschlechterung begegnen zu können. Sie haben bereits das Kriegsministerium aufgefordert, den Anteil der aus der westdeutschen Produktion stammenden Kriegsmaterialien bedeutend zu erhöhen. Hätten sich bis etwa 1960 eine Reihe westdeutscher Konzerne sowohl aus „optischen Gründen“ als auch im Interesse der Sicherung ihrer außenwirtschaftlichen Expansion mit einem etwa 50prozentigen Einfuhranteil am Bundeswehrbedarf einverstanden erklärt, so gibt es heute wohl kaum noch eine der großen Konzerngruppen, von den Monopolbanken ganz zu schweigen, die nicht in größerem Umfange direkt oder indirekt an der Aufrüstung beteiligt wäre.

Natürlich können gewisse Produktionsimpulse von den neuen Bonner Rüstungsplänen ausgehen. In einzelnen Zweigen und Konzernbetrieben, etwa des Schwermaschinenbaus und der Elektrotechnik, kann die Lage durch forcierte Rüstungsanstrengungen für kürzere oder längere Zeit stabilisiert und die Produktion gehalten oder gar gesteigert werden. Das scheint sich auch die Stahlindustrie von einer Eigenproduktion an „schwerem Gerät“ (Panzer, Artillerie) zu versprechen. Auch ein gewisser Impuls zu neuen Investitionen kann erwartet werden. Ohne die Verdoppelung der Produktion der fast ausschließlich militärischen Zwecken dienenden Flugzeugindustrie im Jahre 1962, deren Umsatz erstmals die Milliarden-Grenze überschritt (bei 32 000 Arbeitskräften¹⁾), wäre der Rückgang des Zuwachses der industriellen Gesamtproduktion in Westdeutschland auf 4,5 Prozent bestimmt schärfer ausgefallen.

Aber insgesamt kann die Erweiterung der Rüstungsproduktion keinen einzigen der ökonomischen Widersprüche in Westdeutschland lösen. Das zeigt auch das Beispiel der USA, wo das seit 15 Jahren anhaltende Wettrüsten nach einigen Anfangsergebnissen weder die Stagnation überwinden noch das Wachstum der Arbeitslosigkeit auf mehr als fünf Millionen Menschen verhindern konnte.

Erstens: Wachsende Teile des gesellschaftlichen Produkts fallen aus dem

¹⁾ Genaugenommen sind Geldentwertung und Inflation die Methode, diejenigen Rüstungskosten aufzubringen, die nicht mehr durch Steuern, Staatsanleihen u. dgl. bestritten werden können.

volkswirtschaftlichen Kreislauf heraus. Sie werden mit Milliardenkosten produziert und müssen bezahlt werden, gehen aber weder in den Verbrauch der Bevölkerung noch in die Entwicklung der Produktion oder des Kultur- und Sozialwesens ein. Der unproduktive, parasitäre Verbrauch des imperialistischen Staates nimmt rasch zu.

Da aber die Profite heilig sind, kann dies nur auf Kosten des werktätigen Volkes gehen. So ist also die Aufrüstung untrennbar verbunden mit dem Angriff des Konzernkapitals auf die sozialen Rechte und den Lebensstandard der Arbeiterklasse, mit Maßhalteoffensiven aller Art, Verschärfung der Arbeitshetze, „Sozialpaket“ und Notstandsdictatur. Die sozialen Gegensätze werden ebenso zugespitzt wie der Widerspruch zwischen Produktion und Markt in den nicht rüstungswichtigen Zweigen der Produktion.

Zweitens verstärkt die Rüstungsproduktion die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der verschiedenen Zweige der Produktion, vor allem innerhalb der Industrie. Die Entwicklung der Produktivkräfte, die die Grundlage allen gesellschaftlichen Lebens ist, wird weiter deformiert. Es wachsen die Widersprüche und Mißverhältnisse (Disproportionen) zwischen den einzelnen Zweigen der Produktion, es wachsen daher die Krisenelemente in der Volkswirtschaft.

Drittens untergräbt die Aufrüstung das Währungs- und Finanzsystem. Ein bedeutender Teil des gesellschaftlichen Produkts, für den Löhne und Gehälter gezahlt worden sind und der gewissen Unternehmern riesige Profite brachte, kann ökonomisch nicht realisiert werden. Den Löhnen, Gehältern und Profiten wiederum steht kein reales Produkt gegenüber, das damit gekauft werden könnte. Also wird die Rüstungspolitik unvermeidlich zur Quelle der Geldentwertung und der Inflation mit allen ihren so schwerwiegenden Folgen für die Lohn- und Gehaltsempfänger und Rentenbezieher, denen der Geldwert unter den Händen zerrinnt.¹⁾

Heute schon ist die westdeutsche Mark „nur noch 66 Pfennig wert“, wie selbst die westdeutsche Presse eingestehen mußte. Auch auf dem Gebiete des Staatshaushalts „ist es nicht mehr so wie früher“.

Wenn also heute die westdeutsche Wirtschaft und die Stabilität der Währung gefährdet werden, dann auf dem Boden der allgemeinen Tendenz des Imperialismus zu Stagnation und Fäulnis durch die Rüstungs- und Aggressionspolitik der westdeutschen Konzernherren und Militaristen.

Für ein Programm der Vernunft

Der Metallarbeiterstreik, der Aussperrungsterror der Konzernherren und das Eingreifen des Staates zugunsten der Unternehmer in den Streik haben viele Illusionen von einer „Sozialpartnerschaft“ und einem „Volkskapitalismus“ zerschellen lassen. Der Pressechef der IG Metall, Thönnessen, zog in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ die Schlußfolgerung, „daß die Härte des Kampfes eine Bestätigung für eine Gewerkschaftskonzeption ist, die davon ausgeht, daß soziale Gegensätze auch weiterhin bestehen, ausgetragen werden müssen und nicht verschleiert werden dürfen“.

Damit hat er den Weg formuliert, der die westdeutsche Arbeiterklasse und die ganze Bevölkerung Westdeutschlands vor

einer neuen Katastrophe zu bewahren vermag.

Walter Ulbricht hat auf dem VI. Parteitag mit dem 7-Punkte-Programm ein Abkommen der Vernunft zwischen beiden deutschen Staaten vorgeschlagen. Ein solches Abkommen würde aber nicht nur die Möglichkeit geben, den Rüstungswettlauf in Westdeutschland zu bremsen, sondern auch die soziale und politische Lage der Arbeiterklasse zu erleichtern und den Druck des Militarismus auf das ganze Volk einzuschränken. So wäre dies nicht nur ein Abkommen der politischen Vernunft in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, sondern auch ein Abkommen der ökonomischen Vernunft für Westdeutschland und seine Bevölkerung.

Zum Offenen Brief des ZK der KPdSU

Stellungnahme des Politbüros des ZK der KPD

Das Politbüro des ZK der KPD erklärt seine volle Übereinstimmung mit dem Offenen Brief des Zentralkomitees der KPdSU vom 14. Juli 1963. Dieser Brief befindet sich voll und ganz in Einklang mit der Deklaration und mit der Erklärung der Moskauer Beratungen von 1957 und 1960. Er stellt einen neuen großen Beitrag im Interesse der Einheit der kommunistischen Weltbewegung und ihrer Festigung auf den Positionen des Marxismus-Leninismus und der gemeinsam gefaßten Beschlüsse dar.

Die Veröffentlichung des Briefes des Zentralkomitees der KPdSU war richtig und notwendig. Die Führer der KP Chinas haben sich nicht an den Vorschlag der Einstellung der öffentlichen Polemik gehalten, den Genosse Chruschtschow im Namen des ZK der KPdSU gemacht hatte und der von den Bruderparteien unterstützt wurde. Sie haben in der Öffentlichkeit verleumderische Angriffe gegen die KPdSU, ihr Zentralkomitee und den Genossen Chruschtschow persönlich sowie gegen andere Bruderparteien gerichtet und so noch vor dem Beginn die vereinbarten Verhandlungen zwischen der KPdSU und der KP Chinas erschwert.

Wir lehnen die dogmatischen, lebensfremden Thesen der Führung der KP Chinas entschieden ab. Wir teilen uneingeschränkt den marxistisch-leninistischen Standpunkt der KPdSU zu allen im Offenen Brief dargelegten Grundfragen: Zum Problem von Krieg und Frieden, über die Rolle und Entwicklung des sozialistischen Weltsystems, zum Kampf gegen die Ideologie und Praxis des Personenkults, zur Strategie und Taktik der internationalen

Arbeiterbewegung und des nationalen Befreiungskampfes.

Die Generallinie der kommunistischen und Arbeiterparteien ist niedergelegt in den Beschlüssen der Beratungen von 1957 und 1960. Die KPD hat dazu, gestützt auf ihre eigenen jahrzehntelangen Erfahrungen im Kampf gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus, ihren Beitrag geleistet. Das Leben, der Kampf der Arbeiterklasse und der Friedenskräfte in der Bundesrepublik bestätigen die Richtigkeit dieser Beschlüsse. In voller Übereinstimmung mit ihnen und in ihrer konkreten Anwendung auf die Bedingungen unseres Kampfes hat unser Parteitag 1963 einstimmig die Programmatische Erklärung der KPD beschlossen. Unsere Partei wendet sich entschieden gegen den Versuch der Führer der KP Chinas, der gemeinsam erarbeiteten und beschlossenen Generallinie der kommunistischen Weltbewegung eine andere Generallinie entgegenzusetzen, die auf Entstellung und willkürlicher Auslegung der gemeinsam gefaßten Beschlüsse beruht.

Ausgehend von einer wissenschaftlichen Einschätzung des Charakters unserer Epoche und der Lage in der Welt, wurde auf den Moskauer Beratungen die Politik der kommunistischen und Arbeiterparteien im Kampf um die Erhaltung des Friedens, um nationale Unabhängigkeit, für Demokratie und Sozialismus festgelegt. Von allen Parteien wurde übereinstimmend erklärt, daß die Frage von Krieg und Frieden das brennendste Problem der Gegenwart ist und daß die Kommunisten ihre historische Mission nicht nur darin sehen, die Werktätigen

von der Ausbeutung zu befreien, sondern bereits in der gegenwärtigen Epoche die Menschheit vom Alpdruck eines neuen Krieges zu erlösen. Alle Parteien stimmen auch darin überein, daß es heute für die Menschheit nur eine Alternative gibt: friedliche Koexistenz der Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung oder verheerenden Krieg. Auch die Delegation der KP Chinas setzte ihre Unterschrift unter die Feststellung, daß die Verwirklichung des von der Sowjetunion unterbreiteten Programms der allgemeinen und vollständigen Abrüstung größte Bedeutung für die Geschicke der Menschheit haben würde.

Diese Politik, mit der sich die Kommunisten als die besten Vorkämpfer der Lebensinteressen aller Völker erweisen, hat sich international wie auch in unserem Kampf gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus als richtig erwiesen. Diese Politik findet die immer stärkere Zustimmung und Unterstützung der Völker. Sie gibt den Massen Kraft und feste Siegeszuversicht im Kampf gegen die imperialistischen Kriegstreiber. Dank dieser konsequenten Friedenspolitik wuchs die Autorität der Sowjetunion, konnten die marxistisch-leninistischen Parteien ihren Einfluß erhöhen. Während der schweren Krise im karibischen Raum, angesichts der imperialistischen Atomkriegsdrohung hat sich diese Politik aufs beste bewährt: die Unabhängigkeit des sozialistischen Kuba wurde gefestigt, der Weltfriede gerettet.

Wenn die Führer der KP Chinas jetzt entgegen allen Tatsachen die Dinge so hinstellen, als ob der Kampf um friedliche Koexistenz, für allgemeine und totale Abrüstung nur Illusionen über den Charakter des Imperialismus schaffe und ihn damit begünstige, so entgegnen wir:

Die KPD, von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gegründet, im Ringen gegen Militarismus und imperialistischen Krieg geboren, kämpfte stets mit aller Leidenschaft gegen den Imperialismus. Zehntausende deutscher Kommunisten, unter ihnen der Vorsitzende der KPD, Genosse Ernst Thälmann, haben ihr Leben im Kampf gegen den faschistischen deutschen Imperialismus geopfert. Auch heute stehen die westdeutschen Kommunisten in den ersten Reihen des Kampfes gegen den wiedererstandenen deutschen Imperialismus und Militarismus. Gerade darum werden sie von den Kräften der Reaktion und des Revanchismus gehaßt und auch heute wieder verfolgt. Die schlimmste, volksfeindlichste Seite des deutschen Imperialismus war und ist stets seine Kriegspolitik. Deshalb sehen wir im Kampf für eine Politik des Friedens und der friedlichen Koexistenz den Kern jeder antiimperialistischen Politik,

das Lebenselement jeder nationalen Volksbewegung in der Bundesrepublik.

Wer widersetzt sich denn in Westdeutschland hartnäckig einer Politik der friedlichen Koexistenz und jedem Schritt zur Entspannung? Das sind doch die aggressivsten Kräfte des Monopolkapitals. Das Ringen um eine Politik der friedlichen Koexistenz ist schärfster Klassenkampf, ist entschlossener allseitiger Kampf der Arbeiterklasse und aller Volkskräfte gegen die imperialistischen Machthaber. Auf unserem Boden, in unserer Situation erfordert das den Kampf gegen die Verfügungsgewalt der deutschen Imperialisten über Atomwaffen, zur Zurückdrängung des Einflusses der Militaristen und Revanchisten, für die Mobilisierung der Massen im Interesse einer Politik der friedlichen Koexistenz und der Abrüstung. Nur indem sich die Kommunisten als die mutigsten Verteidiger der elementaren Lebensinteressen der Nation bewähren, können sie die Aktionseinheit der Arbeiterklasse im Kampf um Frieden und Demokratie herstellen, das Bündnis aller friedliebenden Kräfte schmieden.

Die Vertreter unserer Partei haben den chinesischen Genossen bereits auf der Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien im Jahre 1960 in aller Eindringlichkeit gesagt, daß ein Atomkrieg für unsere Arbeiterklasse, für unser Volk eine unvorstellbare Katastrophe bedeuten würde. Die Frage der sowjetischen Genossen ist völlig berechtigt, ob sich die chinesischen Genossen mit der Arbeiterklasse der Länder beraten haben, in denen der Imperialismus herrscht. Die Antwort der Arbeiter an Rhein und Ruhr, der schaffenden Menschen in Hamburg und München könnte nur lauten: Schon die ersten Stunden eines Atomkrieges würden das Leben in der Bundesrepublik auslöschen. Darum wissen wir Kommunisten uns mit dem besten Streben der Massen einig, darum finden wir Widerhall in den Gewerkschaften, in der sozialdemokratischen Bewegung, unter der Jugend und bei den Frauen, bei allen friedliebenden Menschen, wenn wir in unserer Programmatischen Erklärung vorschlagen:

Eigene Abrüstungs-Initiative der Bundesrepublik, Vereinbarungen der beiden deutschen Staaten über den Verzicht auf Atomwaffen und ihre Eingliederung in eine atomwaffenfreie und militärisch verdünnte Zone in Mitteleuropa.

Das ist der reale Weg, um die Revanchepläne des deutschen Imperialismus gegen die Deutsche Demokratische Republik zu durchkreuzen und zu verhindern, daß vom Boden der Bundesrepublik ein neuer Weltkrieg ausgeht.

Das ist unser Beitrag, um die Pläne des Weltimperialismus für einen Kreuzzug gegen die Sowjetunion und das sozialistische Lager zu vereiteln. Unser gesamter Kampf, alle unsere Erfahrungen bestätigen die Feststellungen im Offenen Brief des ZK der KPdSU, daß der Kampf um den Frieden, für friedliche Koexistenz und Abrüstung den Imperialismus schwächt und uns hilft, seine aggressivsten Kräfte von den Volksmassen zu isolieren, die Arbeiterklasse und alle friedliebenden Menschen zusammenzuschließen. Das ist der Weg, um schließlich den Imperialismus zu überwinden.

Die größte Hilfe erfahren die fortschrittlichen Menschen in der Bundesrepublik durch die unbeirrbar auf Frieden, friedliche Koexistenz und Abrüstung gerichtete Politik der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik. Der Kampf um die Sicherung des Friedens in der Bundesrepublik erhält neue Impulse durch die Vorschläge des Genossen Chruschtschow für Einstellung der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, unter Wasser und im Weltraum, für den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Vertrags, für die Verringerung der Rüstungsausgaben, zur Verhinderung von Überraschungangriffen, für den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und weitere Maßnahmen zur Entspannung. Die Vorschläge, die der Vorsitzende des Staatsrats der DDR, Genosse Walter Ulbricht für ein Abkommen der Vernunft und des guten Willens zwischen der Bundesrepublik und der DDR und für die Bildung von Kommissionen aus Vertretern beider deutscher Staaten unterbreitet hat, sind Ausdruck hohen Verantwortungsbewußtseins für eine friedliche Zukunft in Deutschland und in der Welt. Sie finden auch in der Bundesrepublik zunehmend Widerhall. Das erleichtert es unserer Partei, die Arbeiterklasse, die Werktätigen mehr und mehr davon zu überzeugen, daß die Politik der Sowjetunion und der DDR den wahren Interessen auch der westdeutschen Bevölkerung entspricht, daß Frieden und Sozialismus eine untrennbare Einheit bilden.

Wir müssen feststellen, daß die westdeutschen Imperialisten und Militaristen zunehmend Gelegenheit finden, aus Veröffentlichungen der KP Chinas und der Albanischen Partei der Arbeit Nutzen für ihre finsternen Absichten zu ziehen. Die Adenauer-Regierung läßt mit Hilfe ihres Staatsapparates und ihrer Propaganda-Instrumente die antisowjetischen Ausfälle der Führer der KP Chinas und der Albanischen Partei der Arbeit verbreiten. Sie hält diese für

gut geeignet, Spaltung und Zersetzung in die Reihen der Arbeiterbewegung zu tragen. Die aggressivsten imperialistischen Kreise der Bundesrepublik, deren Politik in einer tiefen Krise steckt, sind auch darum an der Verbreitung dieser Materialien interessiert, um damit die Friedenspolitik der Sowjetunion und der DDR zu diskreditieren und die bankrotte Revanchepolitik des deutschen Militarismus aufzuwerten. Ist es etwa Zufall, wenn dieselben Machthaber die Verbreitung des Programms der KPdSU mit Verboten und Verfolgungen zu hindern suchen und mit ihren Polizeibütteln hinter jedem Exemplar der Programmatischen Erklärung der KPD herjagen, während sie die Verbreitung der späterischen Auffassungen der Führer der KP Chinas nicht nur dulden, sondern sogar fördern?

Was denken sich eigentlich die chinesischen Genossen, an wen wenden sie sich, wenn sie im führenden Sprachrohr des deutschen und USA-Imperialismus in der Bundesrepublik, in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ ein Inserat aufgeben, um ihre Angriffe gegen die KPdSU und andere Bruderparteien, darunter auch gegen unsere Partei, auf den Markt bringen? Weiß die Führung der KP Chinas etwa nicht, daß unsere Partei der Möglichkeit beraubt ist, in der Bundesrepublik auch nur eine einzige Zeile legal zu veröffentlichen und ihr entsprechend zu antworten? Verstehen die chinesischen Genossen so ihre Verpflichtung, die sie auf der gemeinsamen Beratung mit allen kommunistischen und Arbeiterparteien zusammen unterzeichnet haben, sich nicht in innere Angelegenheiten einer Bruderpartei einzumischen? Wie vereinbaren die Führer der KP Chinas damit ihre Aufforderung, westdeutsche Kommunisten sollten ihnen Adressen zum Versand ihrer gegen die gemeinsamen Beschlüsse und gegen die politische Linie unserer Partei gerichteten Auffassungen besorgen und diese Materialien verbreiten? Erwarten die chinesischen Genossen etwa, ihre Thesen durch die Beilage kleiner Geschenke anziehender zu machen? Jeder westdeutsche Kommunist, jeder klassenbewußte Arbeiter der Bundesrepublik verurteilt eine Handlungsweise, die nur für die Imperialisten von Vorteil ist.

Die KPD war und ist stets bestrebt, alles für die Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und der gemeinsamen Beschlüsse zu tun. Für uns ist die untrennbare Verbundenheit mit der Partei Lenins unumstößliches Gesetz, ebenso wie die Kampfgemeinschaft, die uns westdeutsche Kommunisten mit der

SED aufs engste verbindet. Der Parteitag der KPD 1963 hat erneut bekräftigt:

„Die KPD sieht in der KPdSU die erprobte Vorhut der internationalen kommunistischen Bewegung. Die Beschlüsse des XX. und XXII. Parteitages der KPdSU sind ein Beispiel der schöpferischen Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die Arbeiterbewegung unserer Zeit. Die gesamte Politik der KPdSU ist ein Vorbild der Treue zu den gemeinsamen Beschlüssen der Moskauer Beratungen von 1937 und 1960. Alle ihre Anstrengungen gelten der Festigung der Einheit des sozialistischen Lagers und der kommunistischen Weltbewegung, der Stärkung der brüderlichen Beziehungen der kommunistischen und Arbeiterparteien. Ihr unversöhnlicher Kampf gegen den Imperialismus, ihre konsequente und elastische Politik des Friedens, für friedliche Koexistenz und Abrüstung, die selbstlose Hilfe für den nationalen Befreiungskampf der Völker, ihre Solidarität mit der internationalen Arbeiterklasse verleihen den Ideen des Kommunismus weltweite Anziehungskraft.“

Das Politbüro des ZK der KPD appelliert an die Führung der KP Chinas, die in den gemeinsamen Beschlüssen festgelegte Generallinie einzuhalten, ihre Beziehungen zur KPdSU und zu den anderen Bruderparteien auf dem aufzubauen, was uns eint, und den Weg der Beseitigung der Meinungsverschiedenheiten und der Festigung der Einheit unserer Weltbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und der gemeinsamen Beschlüsse zu beschreiten.

Wir rufen alle Mitglieder unserer Partei, den Offenen Brief des ZK der KPdSU zu studieren und entsprechend seiner prinzipiellen Bedeutung für alle klassenbewußten Arbeiter, für alle fortschrittlichen Menschen weit zu verbreiten. Das Politbüro des ZK der KPD wendet sich an alle Kommunisten, auf der Grundlage der Beschlüsse des Parteitages 1963 unsere Politik in die Massen zu tragen und sie in Aktionen gegen Atomrüstung und Notstandsgesetzgebung, für eine Politik des Friedens und der friedlichen Koexistenz, der Abrüstung und der Verhandlungen mit der DDR, für die sozialen und demokratischen Interessen aller Werktätigen zu verwirklichen.

Seminarplan zum Studium des „Grundrisses der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“

Thema:

Von der Pariser Kommune bis zum Beginn des Imperialismus

In diesem Seminar sollen die folgenden beiden Hauptfragen behandelt werden:

I. Warum ist die Bejahung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse der Prüfstein für jeden klassenbewußten Arbeiter und Sozialisten?

II. Die Durchsetzung des Marxismus in der Arbeiterbewegung ist die notwendige Voraussetzung ihres Sieges.

Zur Beantwortung der ersten Frage sollen folgende Hinweise dienen:

1) Die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zum deutsch-französischen Krieg 1870/71 und zur Pariser Kommune.

Die rasche Entwicklung des Kapitalismus nach der Revolution von 1848 machte die nationale Einigung Deutschlands unaufschiebbar. Der Verrat der Bourgeoisie in der Revolution und ihr Bündnis mit dem preußisch-feudalen Junkertum ermöglichte den reaktionären Kräften, unter Bismarcks Führung die Einigung Deutschlands auf dem Wege von Blut und Eisen durchzuführen. Den Abschluß dieses Weges zur nationalen Einheit Deutschlands bildete der Krieg von 1870/71, der zwei Etappen hatte

In seiner ersten Etappe war dieser Krieg für das deutsche Volk ein nationaler Verteidigungskrieg. Der französische Kaiser Napoleon III. und die französische Großbourgeoisie, die ein einheitliches Deutschland als Bedrohung der

französischen Vormachtstellung fürchteten, waren bestrebt, die Vereinigung mit allen Mitteln zu verhindern. Mit der Niederlage der französischen Armee bei Sedan änderte sich der Charakter des Krieges: Napoleon war gestürzt; das Volk von Paris rief die Republik aus. Für Deutschland war damit jeder Grund zur Weiterführung des Krieges entfallen, aber Bismarck und die preußisch-deutschen Militaristen dachten nicht an eine Einstellung der Feindseligkeiten. Aus dem Verteidigungskrieg wurde ein Raubkrieg der deutschen Junker und der Großbourgeoisie gegen das französische Volk.

In dieser ersten Situation trug die deutsche Arbeiterklasse eine große Verantwortung. August Bebel und Wilhelm

Liebknecht zeigten der Arbeiterklasse, daß sie den gerechten Charakter des Krieges in seiner ersten Etappe anerkannten. Aber ohne auch nur einen Augenblick zu schwanken, wandten sie sich gegen die Fortsetzung des Krieges und den geplanten Raub der französischen Provinzen Elsaß und Lothringen. Als prinzipielle Gegner jedes Eroberungskrieges, als wahre Internationalisten waren Bebel und Liebknecht zuerst Sozialisten und dann Deutsche.

Während die deutsche Bourgeoisie, wie Karl Marx schrieb, als „brüllender Löwe des deutschen Patriotismus“ die europä-

ische Bühne betrat, demonstrierten die Führer der deutschen Arbeiterbewegung beispielhaft die untrennbare Einheit von patriotischem Internationalismus und demokratischem Patriotismus: „Kein Schlachtenruhm, kein Gerede von deutscher Reichsherrlichkeit zog bei ihnen; ihr einziges Ziel blieb die Befreiung des gesamten europäischen Proletariats“, konnte Friedrich Engels mit Genugtuung erklären. Die Prinzipien des proletarischen Internationalismus, die Ideen von Marx und Engels hatten in den Reihen der deutschen Arbeiterklasse bereits tiefe Wurzeln geschlagen und fanden immer weitere Verbreitung.

2) Die Pariser Kommune und ihre Lehren

Der Höhepunkt des sich verschärfenden Klassenkampfes auf internationaler Ebene war die Pariser Kommune. Um die französische Republik gegen den nationalen Verrat der eigenen Großbourgeoisie und den aggressiven preußischen Militarismus zu schützen, erhoben sich die Arbeiter und Handwerker von Paris und stürzten die Macht der Bourgeoisie. Zum ersten Male in der Geschichte der Menschheit eroberten die Arbeiter die politische Macht, wurde die Diktatur des Proletariats errichtet. Was Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“ wissenschaftlich begründet hatten, wurde in der Praxis bewiesen: Der Arbeiterklasse ist von der Geschichte die Aufgabe zugewiesen Totengräber der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft zu sein.

Während die junkerlich-bourgeoise Reaktion in Deutschland um die Früchte ihres Raubkrieges gegen Frankreich bangte ergriffen die revolutionären deutschen Arbeiter gemeinsam mit ihren Klassenbrüdern aus vielen Ländern leidenschaftlich Partei für die Kommune. August Bebel, der vor der tobenden Meute feudaler Junker und national-liberaler Großindustrieller im Reichstag keinen Fußbreit zurückwich, schleuderte ihnen am 25. Mai 1871 entgegen: „Seien Sie überzeugt, das ganze europäische Proletariat und alles, was noch ein Gefühl für Freiheit und Unabhängigkeit in der Brust trägt, sieht auf Paris. Und wenn im Augenblick Paris unterdrückt ist, in wenigen Jahrzehnten wird der Schlachtruf des Pariser Proletariats: Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggang! — der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariats sein.“ (Stenografischer Bericht, I. Legislaturperiode, Session 1871, 2. Band, S. 291)

Ungeachtet der Kritik der Opportunisten in der Sozialdemokratie, sich nicht so stark zur Kommune zu bekennen, nahmen Bebel und Liebknecht lieber

Verfolgungen auf sich, als die Prinzipien des proletarischen Internationalismus zu verraten. Ihr Bekenntnis zur Pariser Kommune ist das Bekenntnis zum revolutionären Kampf für die Errichtung der Macht der Arbeiterklasse.

Die Niederschlagung der Pariser Kommune, die die wahre Interessenvertreterin der französischen Nation war, durch die verbündete deutsch-französische Reaktion ist der Beweis dafür, daß die Bourgeoisie jedes Landes keine Skrupel kennt, daß sie selbst bereit ist, sich mit dem Hauptfeind zu verbünden, wenn es um die Wahrnehmung ihrer egoistischen Klasseninteressen geht.

Auf fremdem, besiegtem Boden, besudelt mit dem Blut der gemordeten Pariser Arbeiter, so errichteten die reaktionären preußischen Junker und die deutsche Großbourgeoisie das neue Reich. Das deutsche Volk war nicht zugelassen. „Dieses Reich hat nie aufgehört, eine antidemokratische arbeiterv- und volksfeindliche Macht zu sein und andere Nationen zu unterdrücken.“ („Grundriß“, Kapitel III)

Karl Marx zog in seiner Arbeit „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ die Lehren aus der Pariser Kommune. Er begründete, daß das Wesen des bisherigen Staates — gleich, welche Klasse die Macht in den Händen hielt — darin bestand, Instrument der Herrschaft über das Volk, Instrument der Unterdrückung und Ausbeutung einer Minderheit über die Mehrheit zu sein. Das Proletariat muß, wenn es sich selbst befreien will, jede Form der Ausbeutung abschaffen. Es muß unter der Führung einer revolutionären Arbeiterpartei und im Bündnis mit allen werktätigen Schichten, vor allem mit den Bauern, die alte Staatsmaschine durch eine neue staatliche Ordnung ersetzen, deren Aufgabe vor allem darin besteht, jede Ausbeutung ein für allemal zu beseitigen.

Die Pariser Kommune war eine Wende in der Geschichte. Nach ihrer Niederlage

verlagerte sich das Schwergewicht der internationalen Arbeiterbewegung von Frankreich nach Deutschland. Die deutsche Arbeiterklasse, die 1869 als erste den Grundstein für eine revolutionäre Arbeiterpartei gelegt hatte, bewies 1870/71 eine hervorragende internationalistische Gesinnung. Auf der Grundlage des einheitlichen deutschen Staates konnte sie jetzt ihre Kräfte im gesamt-nationalen Maßstab zum Kampf gegen den preußisch-deutschen Absolutismus, gegen Junkerherrschaft und Reaktion sammeln. So wurde sie nun, wie Friedrich Engels voller Stolz schrieb, „mit einem einzigen Ruck“ an die Spitze der revolutionären Bewegung in Europa gestellt.

Die wichtigste geschichtliche Lehre dieser Periode — besonders der Pariser Kommune — ist, daß der Kampf für die Beseitigung aller Ausbeutung und Unterdrückung letztlich nur durch die Errichtung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse zum Siege geführt werden

kann. Darum ist die Bejahung der Diktatur des Proletariats, die die höchste Form der Demokratie nämlich Demokratie für die gewaltige Mehrheit des Volkes darstellt, der Prüfstein für jeden Sozialisten. Viele westdeutsche Arbeiter — durch Illusionen, die von der Hochkonjunktur genährt und durch antikomunistische Hetze irreführt wurden — verstehen noch nicht das Wesen und den Charakter der Arbeiter- und Bauern-Macht in der DDR, die zum ersten Male in der deutschen Geschichte der Arbeiterklasse den Werktätigen wahre Freiheit und Demokratie, Selbstverantwortung und Selbstbestimmung auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens gesichert hat. Der Arbeiterklasse in Westdeutschland die allseitige Überlegenheit der sozialistischen Demokratie am Beispiel der Deutschen Demokratischen Republik zu erläutern, ist eine der wichtigsten Aufgaben jedes Kommunisten in der Bundesrepublik.

Zur Beantwortung der zweiten Frage sollen folgende Hinweise dienen:

- 1) Die Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei nach 1875 bis zur Unterdrückung durch das Sozialistengesetz.

Getragen von nationaler Verantwortung haben die revolutionären deutschen Arbeiter unter Führung August Bebel und Wilhelm Liebknechts eine große Bewährungsprobe glänzend bestanden. Jetzt bestand die nationale Aufgabe der Arbeiterklasse darin, an die Spitze einer breiten Volksbewegung für den Kampf gegen den preußisch-deutschen Militarismus und die Errichtung einer demokratischen Republik in Deutschland zu treten. Die Arbeiterklasse mußte sich zum Vorkämpfer der Demokratisierung Deutschlands, der Beseitigung allen mittelalterlichen Schuttes und der Herrschaft der feudalen Junkerkaste machen. Das war die Aufgabe, auf die Marx und Engels immer wieder hinwiesen.

In den ersten Jahren nach der Gründung des Deutschen Reiches festigte sich die Partei der Eisenacher. Die marxistische Richtung gewann immer stärkeren Einfluß auch auf den Lassalleanischen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Die gesunden proletarischen Kräfte im ADAV erkannten immer mehr die Notwendigkeit des Zusammenschlusses mit den Eisenachern. Das wurde durch die Verfolgung der Arbeiterbewegung und durch die gemeinsamen Kämpfe gefördert.

Die Vereinigung der Eisenacher und der Lassalleaner erfolgte auf dem Kongreß in Gotha 1875. Auf diesem Parteitag wurde ein Programm angenommen, das von den fehlerhaften Lassalleanischen Auffassungen durchsetzt war.

Die Kritik, die Marx und Engels an dem Programm von Gotha übten, ist von

grundsätzlicher Bedeutung für die gesamte Arbeiterbewegung und stellt nach dem „Manifest“ und dem „Kapital“ das wichtigste theoretische Dokument des Marxismus dar. Im Mittelpunkt der Programm-Kritik stehen die Lehren der Pariser Kommune über den Klassencharakter des Staates und die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats. Marx und Engels widerlegten gründlich die opportunistischen Ideen Lassalles über den bürgerlichen Staat.

Obwohl das Programm von Gotha viele opportunistische Lassalleanische Auffassungen enthielt, war die praktische Vereinigung der beiden Richtungen von großer Bedeutung für die Stärkung der deutschen Arbeiterbewegung. Der jahrelange Bruderkampf wurde beendet. Als führende Kraft des Kampfes gegen kapitalistische Ausbeutung und preußisch-deutschen Militarismus stand jetzt an der Spitze eine einheitliche Partei der deutschen Arbeiterklasse, die einen wirklich nationalen Charakter trug. Trotz des von Lassalle beeinflussten Programmes führte die Mehrheit der Mitglieder der Partei eine revolutionäre Arbeiterpolitik durch.

Maßgeblichen Anteil an der Entwicklung der Sozialdemokratie zu einer revolutionären Massenpartei haben die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus. Sie erarbeiteten in dieser Zeit grundlegende Werke des Marxismus, entwickelten die Theorie in vielen Fragen weiter und leisteten damit der deutschen Arbeiterbewegung eine unschätzbare Hilfe. In seiner hervorragen-

den Arbeit „Anti-Dühring“ versetzte Engels den theoretischen Ansichten des kleinbürgerlichen Sozialisten Dühring, die teilweise Eingang in die Partei gefunden hatten, mächtige Schläge. Der „Anti-Dühring“ half, den opportunisti-

schen Einfluß und die Verwirrungen in der Partei zu überwinden und spielte eine außerordentlich bedeutsame Rolle bei der Verbreitung des Marxismus in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung.

2) Der Kampf der Partei unter dem Sozialistengesetz.

Die preußisch-deutsche Reaktion unter Bismarck beantwortete das rasche Wachstum der deutschen Sozialdemokratie mit Unterdrückung und Verfolgung, mit dem Sozialistengesetz von 1878. Die Unterdrückungsmaßnahmen stellten die Partei vor neue, schwierige und sehr komplizierte Aufgaben. Die Fortsetzung der revolutionären Tätigkeit, die dem Kampf um Demokratie und die sozialen Interessen der Arbeiterklasse und der Werktätigen diente und gegen den Militarismus und die Junkerherrschaft gerichtet war, erforderte veränderte Methoden der Tätigkeit der Partei, großes organisatorisches Können, ein hohes Maß an Beweglichkeit bei gleichzeitiger strengster Parteidisziplin und ideologisch-politischer Geschlossenheit und Klarheit. Nur eine Partei, die jeden Opportunismus und alle Versuche des anarchistischen Putschismus überwand und sich eng mit den Massen verband, konnte diese Aufgabe lösen. Die Partei löste sie glänzend.

Von der legalen Tribüne des Reichstages herab rief August Bebel am 16. September 1878: „Kurz, meine Herren, die Regierungen mögen machen, was sie wollen, sie können uns doch nicht an den Kragen . . . Die Arbeiter werden, dessen seien Sie sich sicher, mit der äußersten Zähigkeit für ihre Überzeugung eintreten, sie werden in Werkstätten, in Fabriken, in der Familie und im Bierhaus, auf der Eisenbahn, Sonntags auf Spaziergängen und an vielen anderen Orten, wo sie niemand genau zu kontrollieren imstande ist, zusammenkommen . . . Und diese Tätigkeit lahmzulegen, wird Ihnen ganz unmöglich sein . . .“ (Stenografischer Bericht. IV. Legislaturperiode. 1. Session, 1. Band, S. 45/46)

So orientierte die Parteiführung, die Parlamentstribüne ausnutzend, die in die Illegalität getriebenen Genossen. Wie stets an den Wendepunkten des Kampfes der Arbeiterklasse traten die opportunistischen Elemente (Bernstein) in der Partei jetzt offen auf, versuchten, die schwierige Lage ausnutzend, die Partei am revolutionären Klassenkampf zu hindern und in eine kleinbürgerliche Partei zu verwandeln, wobei sie die Illusion nährten, dadurch von Bismarck die Aufhebung des Verbots erbetteln zu können.

In dieser schwierigen Lage schwankten solche revolutionären Arbeiterführer wie

Bebel und Liebknecht keinen Augenblick. Wiederum wiesen ihnen Marx und Engels den Weg zur Überwindung der Schwierigkeiten. Ihren Hauptstoß richteten sie gegen den Rechtsopportunismus, der zum Haupthindernis bei der Durchsetzung einer revolutionären Politik und Taktik geworden war. In dem berühmten **Zirkularbrief** entlarvten Marx und Engels die Machenschaften der rechten Opportunisten und übten eine vernichtende Kritik an ihrer Ideologie. In ihm wird überzeugend nachgewiesen, daß die Partei nur dann erfolgreich handelt, wenn sie eine konsequente Arbeiterpolitik durchführt und sich rückhaltlos zum revolutionären Klassenkampf bekennt.

Im Verlaufe dieses Kampfes säuberte sich die Partei von kleinbürgerlichen Elementen und stärkte sich auf diese Weise. Sie orientierte sich mehr und mehr auf die großen Industriezentren. Neue Kämpfer, junge klassenbewußte Arbeiter traten in die Reihen der Partei und festigten sie.

Der ständige Kampf um die Durchsetzung des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung war eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß es der Partei möglich wurde, immer größere Teile der Arbeiterklasse in den Kampf einzubeziehen. Ein großer Aufschwung der Arbeiterbewegung zeigte sich in den Streikkämpfen der Jahre 1887 und 1889. Trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen nahm der Einfluß der Sozialdemokratie zu. Das fand vor allem seinen Ausdruck in dem ständigen Stimmenzuwachs für die Partei bei den Reichstagswahlen.

Das Sozialistengesetz zerbrach am Widerstand, an der Geschlossenheit und Überzeugungstreue der deutschen Arbeiterklasse und ihrer marxistischen Partei. Der Marxismus, die ideologische Grundlage dieser heroischen Periode des Kampfes der deutschen Arbeiterbewegung, hat den Sieg über die Reaktion errungen. „Der Sieg der deutschen Arbeiterklasse über das Sozialistengesetz war die entscheidende Ursache für den Sturz Bismarcks und bewies, daß der Aufstieg der revolutionären marxistischen Arbeiterbewegung durch Terror und Unterdrückung nicht aufzuhalten war.“ („Grundriß“, Kapitel III)

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes und dem Rücktritt Bismarcks wuchs die deutsche Arbeiterbewegung stürmisch an.

Die Sozialdemokratie wurde zu einer Partei mit über Hunderttausend Mitgliedern. Sie zog auf ihrem Parteitag im Jahre 1891 in Erfurt mit der Annahme eines in seinen Grundzügen marxistischen Programms die Lehren aus dem Kampf gegen das Sozialistengesetz. Obwohl auch jetzt noch die Hinweise auf das revolutionäre Kampfziel, die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, der Diktatur des Proletariats, und die Forderung nach der demokratischen Republik fehlten, stand das Programm von Erfurt nach Meinung Engels' „nach seiner theoretischen Seite ganz auf dem Boden der heutigen Wissenschaft“. Solange die Sozialdemokratische Partei die Massen im Geiste dieses Programms führte, errang sie Erfolge im Kampf gegen die preußisch-deutsche Junkerherrschaft, gegen Militarismus und Großbourgeoisie, in der Sammlung und Erziehung der Kräfte der Arbeiterklasse.

Das revolutionäre Erbe dieser Periode des heldenhaften Kampfes der deutschen Arbeiter und der alten Sozialdemokratie unter Führung von August Bebel und Wilhelm Liebknecht wurde übernommen und weitergeführt durch die deutschen Linken unter Führung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Franz Mehring, Clara Zetkin. Es fand seine feste Heimstatt in der von ihnen 1918 gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands.

Buchbesprechung:

Zur zweiten Ausgabe des Lehrbuchs „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“

Das Lehrbuch „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“¹⁾ erschien nach dem XX. Parteitag, mit dem eine neue Etappe in der schöpferischen Entwicklung des marxistisch-leninistischen theoretischen Gedankens begann. Das Ziel des Buches ist es, gestützt auf die Arbeiten von Marx, Engels und Lenin, sowie auf die Beschlüsse und Dokumente der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und die Erfahrungen der kommunistischen Arbeiterbewegung im Weltmaßstab in allgemein verständlicher Form die Grundlagen des Marxismus-Leninismus als einer einheitlichen in sich geschlossenen Lehre darzulegen. Ihre Hauptaufmerksamkeit haben die Verfasser den Thesen des Marxismus-Leninismus geschenkt, die unter den augenblicklichen Verhältnissen besonders aktuell sind.

¹⁾ Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Lehrbuch. Zweite Ausgabe. Gospolitizdat, 1962, 784 S.

Heute sind die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die an der Spitze des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates den umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR leitet und die Kommunistische Partei Deutschlands in der Bundesrepublik die Erben dieser stolzen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung.

Ihren programmatischen Ausdruck finden diese in der an den Lehren Lenins und dem Vorbild der KPdSU gestalteten Theorie und Praxis unseres Kampfes, in dem vom VI. Parteitag der SED angenommenen Programm des umfassenden Aufbaus des Sozialismus und der vom Parteitag 1963 beschlossenen programmatischen Erklärung der KPD.

Vor der Arbeiterklasse der Bundesrepublik steht heute die Aufgabe, die Lehren aus dieser heroischen Periode der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu beherzigen und die Erfahrungen auf die jetzige Lage in Westdeutschland anzuwenden. Das erfordert die Zusammenfassung aller Arbeiter, die Herstellung der Aktionseinheit auf dem Boden des Marxismus-Leninismus, für eine eigene, den Interessen der Klasse und des Volkes entsprechende Politik. Das erfordert die Festigung des Bündnisses mit den Bauern, die Mobilisierung aller fortschrittlichen und friedliebenden Menschen und die Entfaltung ihres Kampfes gegen Militarismus und Revanchismus.

I.

Die zweite Ausgabe des Lehrbuches „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“ behält die Struktur und den Hauptinhalt der ersten Ausgabe bei. Zugleich ist das Buch durch neue Ideen bereichert worden, die in dem hervorragenden Werk des modernen marxistisch-leninistischen Gedankens – dem Programm der KPdSU –, in den Referaten von N. S. Chruschtschow und anderen Dokumenten des XXII. Parteitages aufgestellt sind. Bei der Vorbereitung der neuen Ausgabe wurden viele in Rezensionen und Leserbriefen geäußerte Wünsche berücksichtigt. Es wurde neues Tatsachenmaterial zusammengetragen, und die Darlegung der Ereignisse wurde bis auf die letzten Tage erweitert. Einige Kapitel und Paragraphen wurden wesentlich umgearbeitet und ergänzt. Auf der Grundlage des neuen Programms der KPdSU und der Materialien des XXII.

Parteitage wurde das Kapitel „Die Periode des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus“ neu geschrieben. Dabei wurde der frühere Umfang des Buches beibehalten.

Wie auch in der ersten Ausgabe hat das Autorenkollektiv der Überwindung der fehlerhaften Ansichten und Schemata, die zur Zeit des Personenkultes um Stalin üblich waren, viel Aufmerksamkeit geschenkt. Im philosophischen Abschnitt ist der Paragraph „Der Personenkult widerspricht dem Marxismus-Leninismus“ bedeutend erweitert worden. Hier wird die Unvereinbarkeit der Ideologie und Praxis des Personenkults mit der revolutionären Weltanschauung der Arbeiterklasse noch deutlicher hervorgehoben und die Kritik der Fehler und des Mißbrauchs der Macht durch Stalin verstärkt. Die Ideologie des Personenkults hat, wie in dem Buch gezeigt wird, nichts mit dem Marxismus gemeinsam und wurzelt in der Weltanschauung des Feudalismus mit seinen Theorien der absoluten Gewalt und des bürgerlichen Individualismus mit seiner Gegenüberstellung von „Held“ und „Masse“. Die groben Verstöße gegen die Normen der Partei und der Sowjetdemokratie, die sich Stalin zuschulden kommen ließ, stehen im direkter Widerspruch zu den Lebensgesetzen der sozialistischen Gesellschaft und wurden durchaus nicht von ihnen hervorgebracht. Daher — so heben die Verfasser hervor — entsprechen der Kampf der KPdSU gegen die Ideologie und die Praxis des Personenkults sowie die Maßnahmen, die die Partei gegen die Möglichkeit seines Wiederauflebens getroffen hat, voll auf dem Geist und den Traditionen der revolutionären Bewegung, entsprechen sie dem Vermächtnis von Marx und Lenin.

Kapitel 10, das die Überschrift „Der Imperialismus in der gegenwärtigen Etappe“ trägt und in dem ein breitangelegtes Bild der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus gegeben wird, wurde durch eine Analyse seiner neuesten Tendenzen und wichtigsten Widersprüche ergänzt. In diesem Kapitel ist insbesondere der Versuch gemacht worden, die Charakterzüge der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus dessen Eintritt in die Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien (1960) und im Programm der KPdSU konstatiert wurde, herauszustellen.

Eine allseitige Einschätzung haben in dem Buche die in letzter Zeit im Westen vor sich gehenden Prozesse der kapitalistischen „Integration“ erfahren. Das Wesen dieser Prozesse wird in Kapitel 10 aufgezeigt, wo sie als der deutlichste Ausdruck der staatsmonopolistischen Tendenzen im internationalen Maßstab ge-

kennzeichnet werden. Im Unterschied zu den gewöhnlichen internationalen Kartellen privater Monopolgesellschaften ist die „Integration“ das Ergebnis von Vereinbarungen, die zwischen den Regierungen getroffen werden. Jedoch hinter den Regierungen stehen auch hier die Interessen und der Wille der größten Monopole. In der Politik der „Integration“ sind sowohl ökonomische als auch politische Kalkulationen der Finanzoligarchie der Länder Westeuropas miteinander verflochten. Der „Gemeinsame Markt“ ist das „Europa der Trusts“, ist die moderne Form der Aufteilung der Märkte unter die größten Monopole. Die bestimmende Rolle spielen jedoch hier die politischen Ziele der Imperialisten. Die internationale staatsmonopolistische Vereinigung ist die ökonomische Basis für die aggressiven Blöcke.

An anderen Stellen des Buches werden die Folgen behandelt, die die „Integration“ für die Arbeiterklasse (Kapitel 17, S. 459) und die Bauernschaft der kapitalistischen Länder (Kapitel 15, S. 405) sowie für die jungen Entwicklungsländer, insbesondere in Afrika nach sich zieht (Kapitel 16, S. 431 u. 443). In Kapitel 17 wird die Stellungnahme der kommunistischen Parteien zum „Gemeinsamen Markt“ dargelegt. „Die Kommunisten sind auch heute konsequente Anhänger der ökonomischen und politischen Zusammenarbeit und der allseitigen Annäherung der europäischen und anderen Völker“ — heißt es in dem Buch. Sie sind jedoch entschieden gegen eine solche „Integration“, wie sie durch die kapitalistischen Monopole zu deren eigennützigem Interesse betrieben wird. „... Indem die Kommunisten eine solche europäische Einheit ablehnen, treten sie nicht gegen die Idee der Annäherung der Völker aus, sondern sind dagegen, den ‚Gemeinsamen Markt‘ zur Vertiefung der Spaltung Europas, zur Schaffung in sich geschlossener ökonomischer Blöcke und zur Umwandlung derselben in eine Aggressionsbasis auszunutzen.“

II.

Natürlich ist die Analyse der neuesten Tendenzen des Imperialismus nicht nur von sozial-ökonomischem Interesse. Nicht weniger wichtig sind auch jene Schlußfolgerungen, die sich aus diesen Tendenzen für die politische Strategie und Taktik der kommunistischen Parteien ergeben. Abschnitt vier, der der Theorie und Taktik der internationalen kommunistischen Bewegung gewidmet ist (er umfaßt 10 Kapitel von 27), wurde bei der Vorbereitung der zweiten Ausgabe ergänzt und bereichert. Viele in der ersten Ausgabe gewissermaßen nur durch punktierte Linien angedeutete Konzeptionen sind jetzt präzisiert und entwickelt worden.

Das betrifft vor allem jene Paragraphen in Kapitel 13, in denen von den wichtigsten wissenschaftlichen Begriffen der marxistisch-politischen Strategie und Taktik die Rede ist. Der Leser erinnert sich, daß sich die Darlegung der Probleme der Strategie und Taktik in den „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“ stark von der früher üblichen und von Stalin ausgehenden Festlegungen unterschied. Die Autoren, die entschieden dagegen auftraten, sich allzu sehr von Analogien aus dem Gebiet der Militärwissenschaft hinreißen zu lassen, heben hervor, daß sich die politische Strategie grundlegend von der militärischen unterscheidet. Es wäre beispielsweise falsch, die Verbündeten der Arbeiterklasse als eine Art von „Reserven“ der Partei zu betrachten, die man nach seinem Gutdünken „einsetzen“ und mit denen man genau so „manövrieren“ kann, wie dies ein Heerführer mit seinen Reserven auf dem Schlachtfeld tut. Das Buch gibt eine andere, von der Stalinschen sich unterscheidende Behandlung der Frage nach der Auswahl der Hauptstoßrichtung und dem Verhältnis zu den Zwischenschichten. Das Objekt eines solchen Stoßes muß immer der Hauptklassenfeind sein, nicht aber die schwankenden sozialen Zwischenschichten und gesellschaftlichen Kräfte.

Alle diese Gedanken, die die Leninsche Art der Behandlung von Fragen der politischen Strategie und Taktik wiederaufleben lassen, wurden in der zweiten Ausgabe weiterentwickelt. So stellt das Lehrbuch, indem es die Kritik an den unrichtigen Schemata Stalins noch vertieft, insbesondere fest: „1928 ging Stalin sogar soweit, daß er die linken Sozialdemokraten zu den gefährlichsten Vertretern der Politik der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterklasse erklärte und entsprechende Ergänzungen an den Thesen des VI. Kongresses und des X. Plenums des Exekutivkomitees der Komintern vornehmen ließ, wodurch er die kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder auf den Weg eines fruchtlosen Sektierertums stieß“.

III.

Stark umgearbeitet wurde Kapitel 16 „Die nationale Befreiungsbewegung der Völker gegen den Kolonialismus“. Die Paragraphen, in denen eine Charakteristik des Standes und der Aufgaben des nationalen Befreiungskampfes in den wichtigsten Gebieten der Welt, vor allem in Afrika, gegeben wird, sind durch neues Tatsachenmaterial ergänzt worden. Besonderes Gewicht wurde auf die Ausarbeitung solcher Fragen gelegt, wie das Verhältnis zur nationalen Bourgeoisie und zum Nationalismus; die nächsten Perspektiven für die historische Entwick-

lung der freigewordenen Länder und die Gefahren und Formen des Neokolonialismus.

Gestützt auf die Analyse, die N. S. Chruschtschow im Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XXII. Parteitag gegeben hat, zeigt das Buch, welche Abgrenzung der Kräfte in den freigewordenen Ländern nach der Erringung der Unabhängigkeit vor sich geht. Auf der einen Seite stehen die breiten Schichten des werktätigen Volkes sowie ein nicht geringer Teil der nationalen Bourgeoisie, die weiter vorwärtskommen wollen, um die Aufgaben der ant imperialistischen und antifeudalistischen Revolution zu lösen, die Unabhängigkeit zu festigen und demokratische Umgestaltungen durchzusetzen. Auf der anderen Seite stehen Kräfte, die die weitere Entwicklung der nationalen Unabhängigkeit und Demokratie hemmen wollen, die mit dem Imperialismus nach außen und dem Feudalismus innerhalb ihrer Länder paktieren und die zu diktatorischen Methoden greifen.

Die nächsten Perspektiven für die historische Entwicklung der jungen Staaten hängen folglich davon ab, was für ein Verhältnis sich in diesen Ländern zwischen den genannten sozialen Kräften herausbildet, und welche von ihnen die gesellschaftliche Entwicklung entscheidend beeinflussen werden. Davon hängt letzten Endes auch die Lösung der Kernfrage ab, d. h., ob diese Länder den Weg des Sozialismus oder des Kapitalismus beschreiten werden. In dem Buche heißt es, daß die breite Zusammenarbeit aller nationalen und demokratischen Kräfte in den jungen Ländern Asiens und Afrikas unter günstigen Bedingungen weit genug vorankommen kann, sogar so weit, daß die Werktätigen an den Staatsgeschäften teilnehmen, und daß sich Staaten der nationalen Demokratie bilden.

IV.

Einen großen Raum nimmt in dem Lehrbuch die Behandlung der brennendsten Aufgaben der kommunistischen Bewegung ein, nämlich die Zusammenfassung aller friedliebenden Kräfte zum Kampf gegen die Gefahr eines neuen Weltkrieges. Das entsprechende Kapitel der zweiten Ausgabe ist praktisch neu geschrieben worden. Hier sind ausführlich die Möglichkeiten für die Verhinderung eines Krieges in der gegenwärtigen Epoche, die marxistische Lehre von der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichen sozialen Systemen, die Prinzipien der Friedenspolitik der sozialistischen Länder und die Wege und Formen für den Kampf gegen die Kriegsgefahr behandelt. Die Autoren schneiden auch solche Fragen an, wie den Einfluß der neuen militärischen Mittel und Kriegswaffen auf die politischen Bezie-

hungen (insbesondere auf die Differenzierung im bürgerlichen Lager) sowie die Einstellung der Marxisten zum Abrüstungsgedanken. „Ein solcher friedlicher Wettstreit zwischen Sozialismus und Kapitalismus — auf ökonomischem, kulturellem und sozialem Gebiet — ist unter den augenblicklichen Bedingungen eine spezifische Form des Klassenkampfes zwischen beiden Systemen auf internationaler Ebene. Die Spezifik dieser Form des Klassenkampfes besteht ja gerade darin, daß er ausschließlich mit friedlichen Mitteln geführt wird.“

Gerade auf dieser Ebene hat W. I. Lenin bereits zu Beginn der zwanziger Jahre seine Idee vom friedlichen ökonomischen Wettstreit der beiden Systeme entwickelt. Seinem Gedanken nach soll dies ein „Wettstreit zweier Verfahren, zweier Formationen, zweier Wirtschaftssysteme — des kommunistischen und des kapitalistischen sein. Wir werden beweisen, daß wir stärker sind.“

V.

Das Abschlußkapitel 20, das der Theorie und Taktik der kommunistischen Bewegung gewidmeten Abschnittes gibt gleichsam eine Synthese der Hauptideen und Konzeptionen, die in den vorangegangenen Kapiteln entwickelt wurden. Viele Formulierungen sind präzisiert worden. Ein neuer Paragraph wurde eingeführt — „Der Hauptfeind und das Hauptziel des demokratischen Kampfes in den Ländern des Monopolkapitalismus“.

Die Verfasser waren bestrebt, dieses Kapitel so zu schreiben, daß in ihm all das Neue aufgenommen wurde, womit der moderne theoretische marxistische Gedanke die Leninsche Theorie der sozialistischen Revolution bereichert hat. Eingehend wird die Frage nach den Möglichkeiten des Hinüberwachsens der heutigen demokratischen Bewegungen in den revolutionären Kampf um den Sturz der Herrschaft der Monopole, in den Kampf um den Sozialismus untersucht. „Die reaktionäre Diktatur einer Handvoll Monopolisten ist zu einem unerträglichen Elend für das Volk und zu einem Hemmnis auf dem Wege des gesellschaftlichen Fortschritts und der Demokratie geworden“ — heißt es in dem Buch. „Aus diesem nationalen Notstand gibt es keinen anderen Ausweg, als alle Arbeiterbewegungen und demokratischen Bewegungen, die gegen die Herrschaft der Finanzoligarchie auftreten, zu einem mächtigen Strom zusammenzufassen, der die Diktatur der Monopole hinwegfegt und alle ihre Agenten von den Kommandostellen in Staat und Wirtschaft fortspült.“

Darin besteht in der gegenwärtigen Etappe das Hauptziel der politischen Strategie der revolutionären Arbeiter-

bewegung und der demokratischen Bewegung in den Ländern des Monopolkapitalismus.“

Die Aufgabe des revolutionären Sturzes der Diktatur der Monopole bedingt die Notwendigkeit einer demokratischen Phase der Revolution in den hochentwickelten Ländern des Kapitalismus. Gleichzeitig wird in dem Buche hervorgehoben, daß in der gegenwärtigen Epoche eine weitere Annäherung der Aufgaben der demokratischen und der sozialistischen Revolution vor sich gegangen ist. Darauf hatte zum ersten Male W. I. Lenin hingewiesen. Diese Annäherung verleiht dem revolutionären Prozeß neue Charakterzüge. „Erstens wird der Kampf um die Lösung der demokratischen und sozialistischen Aufgaben nicht unbedingt zu zwei getrennten und selbständigen Revolutionen, sondern bildet gewöhnlich nur zwei Phasen eines einheitlichen revolutionären Prozesses. Zweitens überschneiden sich im Verlaufe einer solchen Revolution die Elemente der sozialistischen und der demokratischen Umwälzung, und dadurch ist es bereits auf der Anfangsetappe, der demokratischen Etappe, möglich, einige Aufgaben der sozialistischen Revolution zu lösen.“

Daneben wird im Buche gesagt, daß das Verständnis für die allgemeine Entwicklungstendenz der revolutionären antimonopolistischen Bewegungen noch keinen Grund bietet, irgendwelche Schemata aufzubauen, die für alle Länder und Völker verbindlich sind. Solche Schemata duldet die revolutionäre Theorie nicht. Die demokratische und antimonopolistische Umwälzung ist eine mögliche, aber nicht unvermeidliche Phase des Kampfes um den Sozialismus in allen entwickelten kapitalistischen Ländern. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß die allgemeindemokratischen Bewegungen nicht zu solchen Umwälzungen führen werden (oder nicht in allen Ländern dazu führen werden), und daß es gleich, unter Umgehung der allgemeindemokratischen Phase, zur sozialistischen Revolution kommen wird

VI.

Wie ein roter Faden zieht sich durch alle Kapitel die Idee des entschiedenen Kampfes gegen den Revisionismus als der Hauptgefahr in der gegenwärtigen Etappe sowie der Kampf gegen dogmatische und sektiererische Entstellungen des Marxismus. In der zweiten Ausgabe sind diese Fragen noch eingehender behandelt worden. Der Opportunismus, in welcher Form er auch immer auftritt, hat immer das Ziel — sei es offen oder versteckt — die Arbeiterklasse mit dem Kapitalismus auszusöhnen und die Arbeiterbewegung den Interessen der herrschenden Klassen anzupassen. „Die Revisionisten — heißt

es in dem Buche — treten gewöhnlich unter der Flagge des Kampfes gegen Dogmatismus und Doktrinarismus auf. Ihre faktische Absage vom Marxismus bemänteln sie mit Hinweisen darauf, daß die marxistische Lehre selbst das Ersetzen veralteter Thesen durch neue voraussetzt. **Aber das Ersetzen veralteter Thesen durch neue marxistische Thesen hat nichts gemeinsam mit der Aufhebung der Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus, die die Seele dieser revolutionären Lehre bilden.**“ Gestützt auf die Deklaration der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien im Jahre 1957 stellt das Buch die charakteristischsten Züge des modernen Revisionismus heraus.

Entlarvt wird in dem Lehrbuch auch die Schädlichkeit dogmatischer und sektiererisch-doktrinarer Ansichten. Das Wichtigste beim Sektierertum besteht in der Loslösung von den Massen, besteht in der Nichtausnutzung der vorhandenen Möglichkeiten der revolutionären Arbeit und im Bestreben, den brennenden Fragen, die das Leben stellt, auszuweichen. Der für die Sektierer charakteristische Unglaube an die Kräfte der Arbeitermassen findet seinen Ausdruck in dem Bestreben, die Parteidemokratie und die kollektiven Formen der Leitung abzuschaffen, alles zu zentralisieren, die bewußte Parteidisziplin zu einer mechanischen zu machen, die auf Einschüchterung und Repressalien beruht und die Methode der Überzeugung durch die des Zwanges zu ersetzen. Es ist nicht verwunderlich, daß Dogmatismus und Sektierertum nicht von dem Personenkult zu trennen sind, der dem Marxismus-Leninismus fremd ist. Ausführlich wird in dem Lehrbuch von dem Beitrag gesprochen, den die Beratung der 81 kommunistischen Parteien zur Festigung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung und zum entschiedenen Kampf an zwei Fronten — gegen den Revisionismus und gegen Dogmatismus und Sektierertum — geleistet hat.

VII.

Wie auch in der ersten Ausgabe besteht der Inhalt des **Schlußabschnittes** des Buches „Die Lehre vom Sozialismus und Kommunismus“ in der Erläuterung der historischen Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats, in der Aufdeckung des Wesens der proletarischen Demokratie, in der Darlegung der ökonomischen Hauptaufgaben der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und in einer Charakteristik, der Grundzüge der sozialistischen Produktionsweise, der gesellschaftlichen Beziehungen und der Kultur im Sozialismus.

Besondere Aufmerksamkeit haben die Autoren der Analyse neuer theoretischer und politischer Probleme geschenkt, die

im Programm der KPdSU gestellt werden. Es handelt sich vor allem um eine solche überaus wichtige Frage, wie den Abschluß der historischen Mission der Diktatur des Proletariats in der UdSSR und die Umwandlung des Staates der Diktatur des Proletariats in einen sozialistischen Volksstaat. Diesem Thema ist ein besonderer Paragraph in Kapitel 24 gewidmet. Hier wird die gewaltige theoretische Bedeutung der programmatischen Thesen gezeigt, die die Diktatur des Proletariats betreffen. In diesen Thesen werden Fragen beantwortet, die früher im Marxismus offengeblieben waren, z. B. wie die Umgestaltung des Staates nach dem Sieg des Sozialismus vor sich gehen wird, wie dann der Charakter und die Funktion des Staates sein werden usw.

In dem Buche wird ein Problem behandelt, das viele Propagandisten und Dozenten interessiert, und zwar, worin die Umgestaltung des Staates der Diktatur des Proletariats zu einem sozialistischen Volksstaat konkret zum Ausdruck kommt.

Die konkreten Formen dieses Prozesses muß man — wie in dem Lehrbuch gezeigt wird — in der Umwandlung der proletarischen Demokratie, die sich in der Übergangsperiode herausgebildet hat, in eine sozialistische Demokratie des ganzen Volkes sehen, in der zunehmenden Erweiterung der demokratischen Einrichtungen und der Rechte der Bürger, in der Herstellung der Gleichheit der Klassen bei der Lenkung des Staates, in der Herausbildung der Machtorgane, im gesamten politischen Leben, sowie in der Veränderung des objektiven Inhalts der dem Staat verbleibenden Zwangsfunktionen und der Formen und Maßstäbe für die Anwendung dieses Zwanges.

Die Diktatur des Proletariats, die ihre Mission in der UdSSR erfüllt hat, bleibt das Ziel des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern. Es ist daher verständlich, wie wichtig es war, in einem Lehrbuch die Möglichkeit für die Entstehung neuer Formen der Diktatur der Arbeiterklasse oder einer solchen Volksmacht zu erörtern, die ihre Funktionen erfüllen wird. (s. S. 565—567.) Wir glauben, daß die Behandlung dieser Frage den Studenten der marxistisch-leninistischen Theorie helfen wird, sich über die These im Programm der KPdSU klar zu werden, daß in einigen Ländern Übergangsstufen in der Entwicklung der Diktatur des Proletariats und verschiedenartige Formen der politischen Organisation der Gesellschaft, die den Sozialismus aufbaut, möglich und notwendig sind.

A. Borissov, L. Schagow
Gekürzt aus: „Polititscheskoje samobrasowanije“ Nr. 11/1962

Bisher erschienen:

**Heft 1: Das Nationalbudget –
Begriff und Arten**

**Heft 2: Das Wirtschaftsvermögen
der öffentlichen Hand**